

Ein Like für gute Bildung!

Faszination und Skepsis beim Einsatz digitaler Medien



- Digitalpakt:** Funke ist übergesprungen
- Besoldung und Versorgung:** Überfälliger Aufholschritt
- Klima:** Schule muss wachrütteln
- Wunderding Handy:** Da ist die Welt drin!
- Datenschutz:** Konferenzprotokolle, Schülerakten und Mailversand
- KlarText:** Unrühmliches Aus für Berufseinstiegsbegleitung

Inhalt

Ausgabe Mai 2019

Titelthema

► Ingelheimer Fachkongress 2019: Ein Like für gute Bildung

Michael Eich: „Likes sind die soziale Währung der digitalen Welt!“	6
Julia Egbers und Armin Himmelrath: „Was sich in Schule und Studium, Gesellschaft und Politik ändern muss. Ein Like für gute Bildung.“	7
Christoph Krier: Talkrunde mit Vorstellung der Arbeitskreise	8
Aussteller	12
Timo Lichtenthäler: „Die Digitalisierung verändert die Welt, die Gesellschaft, die Bildung. Forderung nach einem ‚DigitalpaktPlus‘“	13
Jürgen Böhm: „Chancen und Grenzen beim Einsatz digitaler Medien“	15
Haiku	16
ZDF-Chefredakteur Dr. Peter Frey: „Qualitätsjournalismus in Zeiten des Populismus“	17
Fake-News-Quiz und Resümee	19

Interviews

Im Gespräch mit Armin Himmelrath und Julia Egbers: „Digital heißt nicht besser oder effektiver“	20
Im Gespräch mit dem ZDF-Chefredakteur Dr. Peter Frey: „Wir müssen andere Meinungen darstellen, aushalten, ihnen Raum geben“	23

Bildungspolitik

Pinnwand	25
----------------	----

► Digitalpakt Schule: Bund und Länder finden einen Weg aus der Sackgasse – der Funke ist überggesprungen!

VRB-Pressemitteilung: VRB fordert „DigitalpaktPlus“	28
--	----

Kommentar: Selbstkritik: Fehlanzeige! Bundesrat sieht den Bildungsföderalismus gestärkt	29
--	----

Fridays for Future: Schülerproteste nach Gretas Vorbild	30
--	----

VRB-Verbandsarbeit

VRB im Gespräch mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Soziales Lernen gewinnt in den Schulen an Bedeutung“	34
---	----

VRB im Gespräch mit dem ADD Präsidenten Thomas Linnerz	35
---	----

VRB im Gespräch mit Ministerin Dr. Stefanie Hubig und Staatssekretär Hans Beckmann	36
---	----

Brockhaus: Kostenloser Zugriff auf Online-Nachschlagewerke für alle Schulen	37
--	----

Landeselternbeirat: „Zukunftssichere Schulen für unsere Kinder schaffen“	38
---	----

Frühjahrestagung der dbb frauenvertretung rheinland-pfalz	39
--	----



46_AUF EIN WORT



48_DSGVO: DAS RECHT AUF VERGESSENWERDEN – LÖSCHUNGSPFLICHT TEIL II



59_DAS EUROPÄISCHE MITEINANDER STÄRKEN: IM GESPRÄCH MIT BETTINA BECHT



70_KLARTEXT: ÜBERGANGSCOACH UND LBB STATT BerEb



Schule in Rheinland-Pfalz

MINT im Dialog – Rheinland-Pfälzische Gespräche zur Pädagogik:

Harald Lesch: In Notfallmodus für unser Klima umschalten!

Schule muss wachrütteln 40 ◀

Dr. Stefanie Hubig: „Unsere MINT-Strategie:

Entdecken – Entwickeln – Zukunft gestalten“ 41

Im Gespräch mit Harald Lesch: Es ist wichtig, dass kein Konflikt entsteht. Das wäre fatal. 42

Georg Stenner feiert 80. Geburtstag: „Blick in die Vergangenheit ist wichtig, um die Gegenwart zu verstehen.“ 44

Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte trifft Malu Dreyer:

Rheinland-Pfalz will mehr für die Gewinnung und Bindung von Fachkräften tun 45

Auf ein Wort, Frau Leicher! 46

Schule und Recht

DSGVO: Das Recht auf Vergessenwerden: Löschungspflicht, Teil II 48 ◀

Beruf Lehrer

Pinwand 51

Einkommensrunde 2019 im öffentlichen Dienst:

Harte Verhandlungen: Gutes Ergebnis 51 ◀

didacta 2019: Begegnungen 54

Unterrichten – Pädagogik, Didaktik und Methodik

Pinwand 56

Ernst Peter Fischer: „Handys im Unterricht“ 57 ◀

Im Gespräch mit Bettina Becht: Das europäische Miteinander stärken – die Begegnung der Menschen fördern 59

VRB-Bezirk Koblenz

Personalräte-Fortbildung: Rechtssichere Personalratsarbeit erfordert adressatenbezogene Schulungsangebote 62

VRB-Bezirk Neustadt

Personalräte-Fortbildung: Im Mittelpunkt: Schul- und personalrechtliche Fragestellungen 63

VRB-Mitglieder in der Kunsthalle Mannheim:

„Konstruktionen der Welt – Kunst und Ökonomie“ 65

VRB-Bezirk Trier

Studienseminar: VRB begrüßt neue Lehramtsanwärterinnen und -anwärter 66

Personalräte-Fortbildung: Kollegialer Austausch zu Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten 67

Termine, Service und Internes

Geburtstagswünsche 68

Feedback an die Redaktion, Heft-Vorschau, Impressum 69

KlarText!

Übergangcoach und LBB statt BerEb 70 ◀

▶ Unsere Titelbeiträge sind mit einem roten Pfeil versehen.

Impulse



Gespräche mit Harald Lesch, Bettina Becht, Stefanie Hubig, Peter Frey und Antonia Dufeu

Die Klimaschäden sind offenkundig. Und dennoch glauben viele, sie ignorieren zu können. Der Astrophysiker und Wissenschaftsjournalist Harald Lesch erläutert, warum die Akzeptanz der Klimarealität so schwerfällt und was er für das Allerwichtigste beim Umgang mit den Schülerinnen und Schülern hält, die für die Klimawende unter anderem freitags auf die Straße gehen.

Anfang des Jahres unterzeichneten Angela Merkel und Emmanuel Macron den Aachener Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Rheinland-Pfalz hat die Impulse aufgenommen. Wir fragen Fachleiterin Bettina Becht, was sie von den neuen Europa-Ideen für die Schule hält.

MINT ist für Bildungsministerin Hubig zu einem besonderen Anliegen geworden. Es geht ihr um die Frage, wie wir es schaffen, Kinder und Jugendliche entlang der gesamten Bildungskette für die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik zu begeistern.

Peter Frey spricht über Qualitätsjournalismus, Einschaltquoten, die Geschwindigkeit des Nachrichtengeschäfts, den Umgang mit Kritik und über nicht verhandelbare Werte.

Im Datenschutzrecht gelten sowohl Löschpflichten als auch Löschrechte. Rechtsanwältin Antonia Dufeu befasst sich mit dem „Recht auf Vergessenwerden“ (Teil 2) und nimmt Konferenzprotokolle, Schülerakten und den E-Mailverkehr von Lehrkräften unter die Lupe.

Auch das gibt es in dieser Ausgabe zu entdecken.

Der Funke ist übergelungen. Beim Digitalpakt Schule haben Bund und Länder einen Weg aus der Sackgasse gefunden.

Wilfried Rausch zeigt auf, dass der Bildungsföderalismus jetzt beweisen muss, dass er Schulqualität bundesweit und dauerhaft sichern kann.

Überfällig. VRB-Mitglieder waren mit-tendrin bei den Demonstrationen gegen schleppende Tarifverhandlungen. Am Ende wurden die Tarifiergebnisübernahme und eine „2 x 2 %“-Zusatzanpassung von Besoldung und Versorgung für die beamteten Lehrkräfte erreicht. Beides zusammen ist ein längst überfälliger Aufhol-schritt im Bund-Länder-Vergleich.

Fridays for Future. Wolfgang Häring geht den anhaltenden Schülerprotesten für eine effektive Klimaschutzpolitik auf den Grund. Die Bewegung legt einen Generationenkonflikt offen.

Auf ein Wort. Im Zeitalter der Digitalisierung muss sich das Kino nicht nur gegen-über dem Fernsehen behaupten. Filme sind durch die Streamingdienste jederzeit verfügbar. Im Stichwortinterview begründet Kinobetreiberin Karin Leicher, wieso sie auf die Schulen zugeht und im digita-len Zeitalter eine lohnenswerte Herausfor-derung sieht.

Wunderding Handy. Der Wissenschafts-historiker Ernst Peter Fischer nimmt eine Zeitungs-Schlagzeile auf und vertritt eine überraschende und klare Haltung zum Thema „Handys in der Schule“. Sein Mot-to: „Wer Menschen etwas erklären will, muss sie da abholen, wo sie stehen.“

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr Wolfgang Wünschel



Weichen stellen. Und zwar jetzt!

Der Ingelheimer Kongress stand unter dem Thema „Ein Like für eine gute Bildung! Faszination und Skepsis beim Einsatz digitaler Medien“. Die Autoren Julia Egbers und Armin Himmelrath warnen davor, die Distanz zwischen der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler und der Schule zu groß werden zu lassen: „Schule muss sich um digitale Kompetenzen kümmern. Und zwar jetzt!“ Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF, sprach über „Qualitätsjournalismus in Zeiten des Populismus“. Den Kongress dokumentieren wir als „Heft im Heft“.

Trotz allgemein leicht rückläufiger Schülerzahlen sind die Anmeldezahlen an den Realschulen plus erneut landesweit gestiegen. Timo Lichtenthäler gibt sich in seinem Leitartikel damit nicht zufrieden. Er schaut genauer hin und benennt Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung.

Das Förderprogramm zur Berufseinstiegsbegleitung endet. Der Bund steigt aus. Michael Eich nimmt in seinem Klartext das Nachfolgeprogramm kritisch unter die Lupe.

Eine „Digitale Schule“ wird es auch in Zukunft nicht geben

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Schuljahr 2018/2019 biegt auf die Zielgerade ein und die pädagogischen, strukturellen und personellen Planungen des neuen Schuljahres laufen auf Hochtouren. Trotz allgemein leicht rückläufiger Schülerzahlen sind die Anmeldezahlen an den Realschulen plus erneut landesweit gestiegen, wie uns Ministerin Dr. Hubig in einem Anfang April geführten Gespräch mitteilte.

Spiegel des unermüdlichen Einsatzes der Lehrkräfte

Tenor war, dass diese positive Resonanz in hohem Maße den unermüdlichen Einsatz der Lehrkräfte widerspiegelt. Auch im öffentlichen Bewusstsein ist die Erkenntnis angekommen, dass die Realschule plus ein unverzichtbares Element unseres Schulsystems ist. Umso wichtiger ist es, dass die Attraktivität dieser Schulart noch transparenter wird. Informationsveranstaltungen sind ein wichtiger Beitrag, aber sie dürfen sich nicht auf isolierte Maßnahmen reduzieren.

Investitionen in Personal und Ausstattung sind überfällig

Zur Attraktivitätssteigerung müssen aus Sicht unseres Verbandes noch einige Schrauben bewegt werden. Weitere Investitionen in Personal und Ausstattung sind mehr als überfällig. Während die „Pluspunkte“ immer noch unzureichend und infolgedessen kaum wahrnehmbar sind, werden die Belastungen beispielsweise durch den ausgeweiteten Anspruch an Erziehungsaufgaben sowie durch die Herausforderungen zusätzlicher gesellschaftlicher Aufgaben, die der Schule neu zugewiesen werden, nicht ansatzweise durch Entlastungen und Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung kompensiert. Unter den gegebenen Bedingungen wird es nicht gelingen, junge Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen.

Realschule plus und Gesamtschule inhaltlich weiterentwickeln

Unser Verband zielt neben dem gewerkschaftlichen Auftrag auf eine inhaltliche Weiterentwicklung der Realschulen plus und der Gesamtschulen. Der Ingelheimer Fachkongress setzt ein beispielhaftes Zeichen. In diesem Jahr thematisierte der Kongress den reflektierten Einsatz von Medien im pädagogischen Alltag. Expertinnen und Experten zeigten dort auf, was sich in Schulen und Studium, Gesellschaft und Politik ändern muss.

Unterstützung der Lehrkräfte bei der Umsetzung des Digitalpakts

Schulpolitisch leiten wir übergreifend im Zusammenhang mit dem so genannten Digitalpakt unsere Forderung gegenüber der Landesregierung und dem Landkreistag ab, dass die Kriterien der Vergabe der Gelder transparent erfolgen. Es muss das gemeinsame Interesse sein, dass das Geld auch wirklich bei den Schülerinnen und Schülern ankommen wird. Gleichermaßen wichtig ist es, dass wir Lehrkräfte Unterstützung bei der didaktischen und methodischen Umsetzung der durch die Digitalisierung entstandenen schulischen Aufgaben erhalten. Dazu gehören ein qualitatives Fort- und Weiterbildungsangebot und angemessene Freiräume. Denn trotz digitaler Entwicklungen und daraus entstehender Veränderungen wird es auch weiterhin auf die Lehrkräfte ankommen. Eine rein „Digitale Schule“ wird es auch in Zukunft nicht geben.

Ihr Timo Lichtenthäler

Timo Lichtenthäler



Ingelheimer Fachkongress 2019: Ein Like für eine gute Bildung!

Faszination und Skepsis beim Einsatz digitaler Medien

Die Digitalisierung verändert die Welt und die Gesellschaft. Das Bildungssystem ist gefordert, den digitalen Wandel der Gesellschaft in die Lehr- und Lernprozesse einzubinden. Das Lehren und Lernen im digitalen Zeitalter ist daher ein zentrales Thema der aktuellen Bildungspolitik wie auch der Schulpädagogik und -psychologie. Der Einsatz digitaler Medien stößt sowohl auf Faszination als auch auf Skepsis. Der Ingelheimer Fachkongress hatte in diesem Jahr den Themenschwerpunkt auf den Einsatz der digitalen Medien gelegt und dabei unterschiedliche Akzentuierungen vorgenommen.

Als Experten gingen die Buchautoren Julia Egbers und Armin Himmelrath in ihrem Vortrag der Frage nach, was sich in Schule und Studium, Gesellschaft und Politik ändern muss. In den daran anschließenden Arbeitskreisen wurden für den schulischen Alltag konkrete Hinweise und praktische Anregungen gegeben.



In seiner programmatischen Einführung versprach der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Eich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen abwechslungsreichen, informativen und spannenden Tag.

Der Vormittag



Michael Eich

» Likes sind die soziale Währung der digitalen Welt!

In seiner programmatischen Einführung versprach der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Eich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen abwechslungsreichen, informativen und spannenden Tag.

» Digitalisierung verändert die Kommunikation und das Zusammenleben

Michael Eich griff zunächst den Begriff „Like“ des Kongressthemas auf. Bei diesem Begriff habe man sofort den bekannten Like-Button vor Augen; denn der Button entfalte in den sozialen Netzwerken eine enorme Wirksamkeit. Er erinnerte an die Teenager, die in Instagram ständig

kontrollieren, ob ihr Beitrag geliked würde. Ähnlich verhielten sich Erwachsene, wenn sie Beiträge auf Facebook stellten. Die Enttäuschung sei groß, wenn Bestätigungen über Likes ausblieben. Die Beispiele belegten, dass wir längst in einer digitalen Welt leben, die selbstverständlich Auswirkungen auf unsere analoge Welt habe. Likes seien die soziale Währung der digitalen Welt.

» Spannungsverhältnis von Chancen und Risiken der digitalen Welt ausloten

Die unbegrenzten Möglichkeiten der digitalen Welt faszinieren die Menschen, erschrecken sie allerdings auch. Insbesondere

re Hass und Gewalt seien in der digitalen Welt weit verbreitet und es entstünde der Eindruck, dass die „analogen Regierungen“ dem nichts entgegensetzen könnten. Dies gelte auch für Google, Amazon, Facebook und Apple, deren Einfluss und Macht zunehme und die Politik herausfordern würden.

„Der DigitalPakt, die Datenschutzgrundverordnung und auch die angekündigte Stundenerhöhung für das Fach Sozialkunde sind Reaktionen auf die Chancen und Risiken der digitalen Welt.“ Lehrkräfte seien nach wie vor kritisch gegenüber der digitalen Welt eingestellt, in der sich unsere Schülerinnen und Schüler ganz selbst-

verständlich bewegten. Es wurde Skepsis geäußert, ob Schule und Unterricht digitaler werden müssten. Wenn wir vermeiden wollten, dass unsere Kinder in einen ungebremsten Digitalisierungshype getrieben würden, müssten wir eine pädagogische Antwort auf die Herausforderungen der

digitalen Welt finden. Es gelte, das Spannungsverhältnis von Risiken und Chancen der digitalen Welt auszuloten.

» **„... und wenn es Ihnen bei uns gefallen hat, dann geben sie uns doch einen Like!“**

Julia Egbers und Armin Himmelrath

» Was sich in Schule und Studium, Gesellschaft und Politik ändern muss. Ein Like für gute Bildung.



Unter diesem Titel stimmten Julia Egbers und Armin Himmelrath die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses auf dessen Thematik ein und begannen mit einer kleinen Fragerunde, von wem nämlich das nachfolgende Zitat stamme:

„Das Bildungssystem muss sich daher nachhaltig mit den neuen Medien auseinandersetzen, es sollte sich nachhaltig mit den neuen Medien auseinandersetzen. Der geübte Umgang mit ihnen wird zu einer elementaren Kulturtechnik wie Lesen, Schreiben und Rechnen werden. Das ist eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Lebensgestaltung.“

Zur Auswahl standen die ehemalige Bildungsministerin Johanna Wanka (2013), der verstorbene Bundespräsident Roman Herzog (1999), Andreas Schleicher von der OECD (2006) und die aktuelle Bildungsministerin Anja Karliczek (2018). Die Abstimmung erfolgte über die App „Kahoot“, die sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Vorfeld kostenlos herunterladen konnten.

» Dekade der digitalen Lähmung

Ungefähr die Hälfte der Anwesenden hatte richtig getippt und diese Aussage Roman

Herzog zugeschrieben. Dass diese Forderung schon 1999 – also vor 20 Jahren geäußert wurde – wirft die Frage auf, warum bisher so wenig geschehen ist. Julia Egbers sprach von einer Dekade der digitalen Lähmung, denn durch den PISA-Schock im Jahr 2000 wurden alle Energien auf Lesekompetenzen, Rechenkompetenzen u. ä. konzentriert, und es gab keine Zeit und keine schulischen Ressourcen für die neuen Medien. Hinzu kam, dass wir laut Andreas Schleicher „immer besser darin sind, unsere Kinder für unsere Vergangenheit zu bilden, als für deren Zukunft.“ Es ist daher die große Herausforderung, Schülerinnen und Schüler für etwas vorzubereiten, von dem wir nicht genau wissen, was es ist.

» Was sollten Schülerinnen und Schüler denn können?

Armin Himmelrath erläuterte, „seit es Öffentlichkeit gibt, gibt es auch Fake News.“ Bereits Cäsars *De bello gallico* ist eine reine Propagandaschrift, in der sein Handeln – ich kam, sah und siegte – ungeachtet aller Realitäten glorifiziert wird.

Zeitungsbilder werden seit Jahrzehnten manipuliert (z.B. Wasser wird in Blut gefärbt beim Attentat in Luxor am 17. November 1997), um Überschriften drastischer wirken zu lassen. Und nach dem Anschlag auf ein Konzert in Las Vegas am 2. Oktober 2017 tauchte im Netz eine Nachricht mit einem Bild von Mesut Özil auf, dass dieser muslimische Bruder vermisst werde. Dank der Technik ist eine Wiederholung oder Weiterleitung solcher Nachrichten sehr schnell möglich, den Sinn dahinter konnte auch Armin Himmelrath nicht erklären.

Anders verhält es sich mit dem Inhalt eines Tweets des SWR zu dem Mord in Kandel, der von der AfD so verkürzt wurde, dass



der Inhalt ihren Ansichten zu entsprechen schien. Hier war die Verkürzung, in anderen ähnlichen Fällen die Verknappung oder die Herausnahme aus dem Zusammenhang eindeutig als Manipulationsabsicht zu erkennen.

» Welche Antworten geben wir darauf?

Die Kultusministerkonferenz hat 2016 ein Strategiepapier mit dem Titel „Bildung in der digitalen Welt“ herausgegeben, in dem sechs Kompetenzen genannt werden, über die alle Schülerinnen und Schüler, die 2018 eingeschult wurden, am Ende ihrer Schullaufbahn verfügen sollen. Laut Julia Egbers ist das Strategiepapier vielen Lehrkräften gar nicht bekannt.

Die erste Kompetenz steht unter der Überschrift „Suchen, verarbeiten, aufbewahren“ und wir müssen die Frage stellen, wie





gehen junge Menschen mit dem riesigen Informationsschwall, der ihnen z. B. von Google geboten wird, um? Sie müssen lernen, welche Informationen sind relevant, welche sind gefaked, welche Interessen stehen dahinter? Oder kennen die Schülerinnen und Schüler die Umgangsregeln (digitale „Netiquette“) und halten sie ein? Das Internet ist kein rechtsfreier Raum, bestimmte Umgangsformen müssen gelten, um der Phänomene Cybermobbing und Hate Speech Herr zu werden. Im Strategiepapier steckt auch ein demokratischer Aspekt: Die Teilnahme an der Gesellschaft soll nicht nur analog, sondern auch digital erfolgen. Junge Menschen sollen digitale Medien nutzen, um sich selber in der Ge-

sellschaft mitteilen zu können. Gleichzeitig sollen Schülerinnen und Schüler dazu befähigt werden, digitale Medien zu analysieren und zu reflektieren. Dies ermöglicht ihnen, Nachrichten kritisch zu hinterfragen, auf Kleinigkeiten zu achten und entsprechende Informationen einordnen zu können. Das bedeutet natürlich auch, zugrundeliegende Algorithmen zu erkennen und zu formulieren. Dazu sollten Lehrkräfte – laut KMK – ebenso in der Lage sein. Die Einführung des Pflichtfachs Informatik wird kontrovers diskutiert.

Neben diesem Kompetenzmodell der KMK wurde 2013 das 4K-Modell aus den USA nach Deutschland importiert: Kommunikation – Kollaboration – Kreativität – Kritisches Denken. Das sind die vier Kompetenzbereiche, die gebraucht werden, um angemessen mit den digitalen Medien umgehen zu können. Dahinter steckt der Gedanke, dass die Menschen sich mit bestimmten Fähigkeiten von der künstlichen Intelligenz unterscheiden, so dass sie in vielen Berufsfeldern nicht ersetzbar oder austauschbar sind. Daher ist dieses 4K-Modell parallel zum KMK-Papier durchaus für die Schule relevant, auch wenn es nicht unumstritten ist. In der PISA-Studie 2021 werden wahrscheinlich diese vier Kompe-

tenzbereiche Bereiche mit Kreativität, Entrepreneurship, Offenheit und Empathie abgefragt werden.

» **Schule muss sich um digitale Kompetenzen kümmern! Und zwar jetzt!**

Der „Versuch“ eines Fazits von Armin Himmelrath: Man sieht die Schnelligkeit und das Tempo der Entwicklung in der digitalen Kommunikationswelt, in der sich unsere Schülerinnen und Schüler bewegen. Weil sich jedoch der Schulsaal in einem vergleichbaren Zeitraum nicht so elementar verändert hat wie beispielsweise technische Geräte wie das Telefon oder der Fotoapparat, muss es Schule jetzt gelingen, eine Balance herzustellen zwischen den schulischen Anforderungen und der Lebenswelt unserer Schülerinnen und Schüler. Letztere werden nämlich eine Institution ablehnen, die digitale Kommunikation und digitale Kompetenzen einfach ausblendet. Schule muss sich darum kümmern, sonst wird die Distanz zwischen der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler und der Schule zu groß. Schule muss sich um digitale Kompetenzen kümmern! Und zwar jetzt!

Regina Sersch

Christoph Krier

» **Talkrunde mit Vorstellung der Arbeitskreise**

Um die Entscheidung zu erleichtern, stellte Christoph Krier die jeweiligen Referentinnen und Referenten in einer kurzen Talkrunde vor und ließ sie die Ziele der Workshops präsentieren.

Julia Egbers (3. v. li.), Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Pädagogik

an der Universität Oldenburg, kündigt für ihren Arbeitskreis **„Hate Speech, Fake News, Hass im Netz. Zum Umgang mit einem neuen Phänomen“** interessante Beispiele aus dem Netz an und möchte praktische Tipps zur Erkennung von Falschmeldungen geben.

Antonia Dufeu (3. v. re.), Rechtsanwältin für Medien- und Arbeitsrecht und seit vielen Jahren VRB-Justiziarin, leitet den Arbeitskreis **„Rechtssicherer Umgang mit digitalen Medien: Nicht alles ist erlaubt, was möglich ist!“** Sie will den juristischen Blick der Lehrkräfte schärfen für das Hochladen von Inhalten sowie für haftungsrechtliche Regelungen beim Medieneinsatz.

Armin Himmelrath (Mitte), Bildungs- und Wissenschaftsjournalist sowie Sachbuchautor, verspricht im Arbeitskreis **„Neue**

Medien – gute Bildung? Lernen mit und über Medien“ Anregungen für die medienpädagogische Praxis.

Franziska Lehnhardt (2. v. re.), Redakteurin bei SWR Aktuell Rheinland-Pfalz, wird die Möglichkeiten des vom SWR entwickelten **„Fake-Finders“** aufzeigen. Die Teilnehmer können sich in die Rolle der Schüler begeben und Nachrichten bewerten.

Der Workshop **„Digitalisierung in der Ausbildung“** soll den Blick dafür öffnen, wie Wirtschaft und Industrie mit dem Thema umgehen. Die Referenten Berthold Raab (2. v. li. – Boehringer Ingelheim) und Andreas Fels (links – IHK Rheinhessen) werden von Felix Kressmann, IT-Student im Dualen Studium, unterstützt, der über seine Ausbildung berichten soll.

Wolfgang Häring



Arbeitskreis 1

» Hate Speech, Fake News, Hass im Netz. Zum Umgang mit einem neuen Phänomen

» Referentin: Julia Egbers – Moderatorin: Regina Sersch

Der Umgangston bei digitalen Kommunikationsprozessen ist zuweilen scharf geworden. Kommentarfunktionen und soziale Netzwerke ermöglichen die Verbreitung von ungeprüften wie anonymen Meinungen und Nachrichten. Die Grenze zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerungen und verbalen Angriffen ist längst nicht immer trennscharf. Infolgedessen sind Phänomene wie Fake News und Hate Speech allgegenwärtig.

Der Arbeitskreis gab einen Überblick über die Strategie der KMK zur Bildung in der digitalen Welt und zeigte Möglichkeiten auf, Themen wie Fake News und Hate Speech im Unterricht kompetenzorientiert aufzugreifen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wurden aktiv einbezogen und konnten Tools und Apps direkt an ihren Endgeräten ausprobieren. Da laut Ergebnis der JIM-Studie Schülerinnen

und Schüler soziale Netzwerke als seriöse Informationsquellen ansehen, müssen sie lebensnah für einen kritischen Nachrichtenkonsum sensibilisiert werden. Wichtig ist, dass Schülerinnen und Schüler lernen, Lügen und Fake News von Wahrheit und seriöse Nachrichten zu unterscheiden. Die Schule kann und muss das Informationsverhalten von Kindern und Jugendlichen prägen. Insbesondere muss die Schule die Aufmerksamkeit der Schülerinnen und Schüler trainieren, damit sie erkennen, wie schnell und einfach falsche Informationen ins Internet gelangen und sich dann „viral“ verbreiten.

Hilfreich können Apps sein, die die Tricks der Fake-News-Macher spielerisch verdeutlichen. Im Arbeitskreis wurden beispielhaft die Apps „Faktenfinder“ (Tagesschau, Spiegel online, SWR) und Fake-News-Bingo vorgestellt und direkt an den Endgeräten der Teilnehmer auspro-

biert. Mit den Tools können die Schülerinnen und Schüler Nachrichten gezielt auf ihren Wahrheitsgehalt hin untersuchen. Apps können allerdings keine kritische Beurteilung vermitteln. Da Falschmeldungen immer raffinierter gestaltet werden, muss die Fähigkeit zur kritischen Analyse im Unterricht geschult werden.

Fazit: Schülerinnen und Schüler müssen vor Einflüssen geschützt werden, die in der digitalen Kommunikation neu oder in verschärftem Maße auftreten. Es ist auch Aufgabe der Lehrkräfte, Aspekte der digitalen Kommunikation in den eigenen Unterricht zu integrieren. Das bedeutet jedoch zunächst, dass Lehrkräfte detaillierte Kompetenzen besitzen und entsprechende Fortbildungen bzw. Schulungen benötigen. Es kommt dabei nicht auf den Einsatz modernster Medien an, es kommt darauf an, digitale Kommunikationsstrukturen überhaupt im Unterricht aufzugreifen und ihre Möglichkeiten nutzbar zu machen. **Tipp:** Mit Google ist eine Rückwärtssuche bei Bildern möglich. Hiermit lassen sich Fälschungen oder Veränderungen erkennen.

Marlies Kahn



Arbeitskreis 2

» Rechtssicherer Umgang mit digitalen Medien: „Nicht alles ist erlaubt, was möglich ist!“

» Referentin: Rechtsanwältin Antonia Dufeu – Moderator: Wilfried Rausch

Der Einsatz digitaler Medien eröffnet für den unterrichtlichen Einsatz neue Möglichkeiten, aber auch zahlreiche Herausforderungen. Es gilt auch hier: Nicht alles, was möglich ist, ist zugleich auch rechtlich erlaubt.

Der Arbeitskreis stellte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an ausgewählten Beispielen aus dem Schulalltag die Rechtslage dar.

» Nutzung der schülereigenen Endgeräte im Unterricht (BOYD – Bring Your Own Device)

Herausforderungen bestehen:

- Sicherheit vor Hacker-Angriffen
- Datenschutzrechtliche Aufgaben
- Lizenzen bei Lernsoftware
- Entscheidung über schulische oder auch private Nutzung
- Jugendgefährdende Inhalte

- Haftung für die Geräte
- Urheberrechte

Sinnvolle Vereinbarungen mit Schülern und Eltern sind:

- Vorgehen der Schule bei rechtswidrigen Inhalten
- Vorgehen der Schule bei diskriminierenden Äußerungen
- Ermächtigung der Lehrkräfte zur Einsichtnahme in die Geräte bei

- begründetem Verdacht von rechtswidrigen Inhalten und Äußerungen
- Vorgehen der Schule bei verursachten Schäden an den Geräten bis hin zum Totalschaden
- Hinweis auf Umgang mit Urheberrechtsverletzungen
- Hinweis zur außerunterrichtlichen Nutzung
- Hinweis auf Datenschutz

Wichtig: Vereinbarungen sollten klar definiert werden. Lehrerinnen und Lehrer erhalten dadurch einen Rechtfertigungsrahmen für eine konsequente und souveräne Haltung gegenüber Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern.

» **Umgang mit WhatsApp**

Problemfelder von Messenger-Diensten sind Persönlichkeitsrechtsverletzung, die Verletzung von Urheberrechten und Da-

tenschutz, die Überwachungsmöglichkeiten und die Erstellung von Bewegungsprofilen.

Lehrkräfte sollten ihren Schülerinnen und Schülern deutlich die Risiken und Nachteile von WhatsApp benennen und ihnen Alternativen zu dieser sozialen Kommunikationsplattform aufzeigen.

Nicole Weiß-Urbach



Arbeitskreis 3

» Neue Medien – gute Bildung? Lernen mit und über Medien. Ansätze für die medienpädagogische Praxis

» Referent: Armin Himmelrath – Moderator: Martin Radigk

Der Einsatz von sogenannten Neuen Medien ist in Schule und im Unterricht noch immer nicht selbstverständlich, auch wenn wir mittlerweile breit über deren Mehrwert in Bildungsprozessen diskutieren. Wie gestaltet sich der Bildungsbegriff? Auf welche gesellschaftlichen Herausforderungen müssen Schülerinnen und Schüler in Zeiten der Digitalisierung vorbereitet werden?

» Phänomen „Fake News“ ist nicht neu

Achim Himmelrath stellte an anschaulichen Beispielen aus Geschichte, Politik, Gesellschaftsleben und Wissenschaft dar, was Fake News sind, wie sie entstehen

und eingesetzt werden können und welche Funktionen und Wirkung sie haben können. Er verdeutlichte an Beispielen, dass das Phänomen „Fake News“ nicht neu ist. Das eigentlich Neue ist, dass zur Verbreitung der Fake News digitale Wege genutzt werden und diese sich sehr schnell verbreiten. In der Schnelligkeit der digitalen Wege sieht Armin Himmelrath ein großes Problem.

» Digitale Bildungswelt erschließen

Aufgabe der Schule sei es nun, die digitale Welt den Schülerinnen und Schülern zu erschließen. Die Notwendigkeit der unterrichtlichen Behandlung ergebe sich auch aus der Präsentation von Fake News im

Netz. Sie seien perfekt gestaltet und würden perfekt strukturiert dargestellt. Auf dem Bildschirm sähen sie richtig gut aus. Dadurch werde gezielt vom dargebotenen Inhalt abgelenkt.

» Neue Medien – gute Bildung?

Der Einsatz digitaler Medien mache, so Achim Himmelrath, Bildung an sich nicht besser. Es gäbe keinen Automatismus. Neue Medien sind andere Instrumente, die mit Gewinn in den Unterricht eingebracht werden können. Jede Lehrkraft müsse immer wieder prüfen, ob der Einsatz sinnvoll sei. Das hänge auch vom Alter der Schüler, vom Fach, vom Unterrichtsthema und von der Lernsituation ab. Es sei auch nicht notwendig, dass an einer Schule jeder mit digitalen Medien arbeiten müsse. Erfolgreich sei Schule auch, wenn es unterschiedliche Gruppierungen von Lehrkräften gäbe. Wenn ein Kollegium die Gegensätzlichkeit aushalte, entstehe eine Balance, die trage.

Katharina Becker



Arbeitskreis 4

» Der „SWR Fakefinder for school“

» Referentin: Franziska Lehnardt – Moderator: Wolfgang Seebach

In den Streams der Social- Media- Apps trudeln täglich unzählige Meldungen ein. Darunter auch viele mit nur geringem Wahrheitsgehalt. Den Überblick zu behalten bei all den Fake News, Hoaxes oder klassischen Zeitungsenten ist gar nicht so einfach.

Fake News sind ein Phänomen, das viele verunsichert, das sich aber beherrschen lässt. Diese Möglichkeit bietet der SWR mit „Fakefinder for school“. Im Arbeitskreis wurde er praktisch und anhand ganz aktueller Beispiele vorgestellt.

» Phänomen Fake News

Fake News lehnen sich im Stil an echte Nachrichten an. Sie werden gezielt in Umlauf gebracht. Häufig sind sie politisch motiviert. Sie werden allerdings auch als Satire oder „Klick-Falle“ genutzt. Manch-

mal wird zu einer wahren Nachricht etwas dazu erfunden und damit die Nachricht verändert. Nicht nur Texte, auch Bilder werden gefälscht. Die Urheberschaft ist oft nicht nachvollziehbar.

» Informationsquellen von Kindern und Jugendlichen

Ein Großteil der Kinder und Jugendlichen verwenden Online-Suchmaschinen als Informationsquellen (JIM-Studie 2016). Weitere beliebte Quellen sind YouTube, soziale Netzwerke und Wikipedia. Nur wenige nutzen journalistische Nachrichtenportale.

Eine US-Studie zeigt, Schülerinnen und Schüler achten weniger auf Quellen, sie vertrauen vor allem detailreichen Texten und Bildbelegen. Kindern und Jugendlichen fällt es schwer, Relevanz und Wahrheitsgehalt herauszufinden.

» „SWR Fakefinder for school“

Der SWR bietet den Schulen ein Tool an, das wichtige Hilfestellungen zur Bearbeitung des Themenbereichs auf spielerische Weise im Unterricht gibt. Bei einem Online-Quiz werden den Schülerinnen und Schülern Nachrichten gepostet, die zum Teil seriös, zum Teil satirisch, aber auch teilweise gefaked sind. Unterstützung erhalten die Schülerinnen und Schüler durch einen Freund, der sich mit Chat-Nachrichten einbringt. Schritt für Schritt führt das Quiz die Schülerinnen und Schüler in wichtige Recherchetechniken ein.

Für den Einsatz im Unterricht bietet der SWR die eigens entwickelte Funktionalität eines virtuellen Klassenraumes an. Die Lehrkraft kann die Arbeit der Klasse verfolgen und den Lernfortschritt der einzelnen Schülerinnen und Schüler kontrollieren.

Das browserbasierte Spiel kann unter [SWR.de/fakefinder](https://www.swr.de/fakefinder) aufgerufen werden.

Gerhard Hein



Arbeitskreis 5

» Digitalisierung in der Ausbildung

» Referenten: Andreas Fels, Industrie- und Handelskammer, Berthold Raab und Felix Kressmann, Boehringer Ingelheim – Moderator: Christoph Krier

Im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung stehen die Unternehmen, Schulen und Bildungsinstitute sowie nicht zuletzt die Schülerinnen und Schüler selbst vor großen Herausforderungen. Der Arbeitskreis behandelte die Themenkomplexe „Digitalisierung und Bewerbungen, Auswahlverfahren“ und „Digitalisierung und Ausbildung“. Weiterhin gab er Hinweise, wie Schulen den digitalen Veränderungen in der Arbeitswelt Rechnung tragen müssen.

» Digitalisierung und Bewerbungen, Auswahlverfahren

Bewerbungen und Auswahlverfahren in größeren Unternehmen erfolgen mittlerweile fast ausschließlich digital. Gleiches gilt für die damit in Zusammenhang stehende Kommunikation zwischen Bewerbern und Unternehmen.

Berthold Raab (Boehringer, Talent, Leadership & Org. Effectivness) und Andreas Fels (IHK Rheinhessen, Abteilungsleiter gewerblich-technische Ausbildung) sehen

es als unbedingt notwendig an, dass die Schülerinnen und Schüler in der Schule gezielter auf diese Herausforderung vorbereitet werden.

Eine gute technische Ausstattung reiche hierfür keinesfalls aus. Die Arbeit mit PDF-Dokumenten, das Anlegen von systematischen Ordnerstrukturen und die elektronische Kommunikation als wesentliche Grundlagen für eine erfolgreiche Bewerbung sollten ihrer Meinung nach verstärkt Berücksichtigung in der schulischen Berufsorientierung finden.

» Digitalisierung und Ausbildung

Die Ausbildung selbst ist ebenfalls geprägt durch einen hohen digitalen Anteil. Blended-Learning, Lern- und Kollaborationsplattformen, der digitale Ausbildungsnachweis und elektronisch gestützte

Prüfungen gehören heute zum Alltag der Auszubildenden. So sehen sich diese mit Eintritt in ihre Ausbildung mit einer für sie völlig neuartigen digitalen Herausforderung konfrontiert, denn die Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien im privaten Umfeld und denen, die die Arbeitswelt betreffen, sind keineswegs deckungsgleich.

Felix Kressmann (IT-Student, absolviert ein Duales Studium bei Boehringer Ingelheim)

gibt zur Verdeutlichung u.a. einen Einblick in die Ausbildung 4.0 und in diesem Zusammenhang in seinen „digitalen“ Arbeitsalltag.

Gemeinsam mit weiteren Auszubildenden in unterschiedlichen Berufsfeldern, formuliert er Ansätze und Visionen für Unterricht und Schule, die eine bessere Vorbereitung auf die digitale Arbeitswelt gewährleisten sollen. Die Arbeit mit dem PC müsse verstärkt in den Unterricht ein-

gebaut werden. Aber auch die flächendeckende Einrichtung digitaler Schulportale zur Kommunikation zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern sehen die Auszubildenden als Chance.

Katharina Bitz



Andreas Fels (mittleres Foto, li.): IHK Rheinhessen, Abteilungsleiter gewerblich-technische Ausbildung; Berthold Raab (re): Boehringer, Talent, Leadership & Org. Effectivness;

Felix Kressmann, IT-Student, absolviert ein Duales Studium bei Boehringer Ingelheim

Aussteller

» Cornelsen-Verlag

Der Cornelsen Verlag zählt zu den großen Anbietern für Bildungsmedien im deutschsprachigen Raum und wird schon viele Jahre in Ingelheim von den Schulberatern Bernhard Köhler und Mattias Cassens repräsentiert. Im Bereich der digitalen Medien bietet der Verlag seit mehreren Jahren seine Schulbücher auf der Plattform www.scook.de als E-Books an. Mit dem „Unterrichtsmanager“ bietet Cornelsen eine integrierte Umgebung von Buch und Begleitmaterialien an.

www.cornelsen.de/home

» Klett-Verlag

Die Qualität der Bildung in einer Gesellschaft ist maßgeblich für ihre wirtschaftliche Zukunft. Die Bildung wird nicht zuletzt darüber entscheiden, ob unsere demokratischen Gesellschaften in der Lage sind, ihre liberalen, offenen Gemeinwesen zu einem lebenswerten Ort für möglichst viele weiterzuentwickeln. Die Klett Gruppe, ihre Unternehmen und ihre Mitarbeiter wollen dazu beitragen, die Bildung im Sinne jedes Einzelnen und im Sinne unserer Gesellschaft als Ganzem zu kräftigen. Der Klett-Verlag hatte seinen Schulvertreter für Rheinland-Pfalz, Daniel Faßbender, entsendet.

<https://www.klett.de/>



» Deutsche Beamtenversicherung (DBV)

Im Angebot der DBV sind die Bereiche Krankenversicherung, Unfallversicherung, Diensthaftpflichtversicherung und Alterssicherung. Als besonderer Service wird eine informelle Berechnung der Ruhestandsbezüge mit Beratung angeboten. Die Deutsche Beamtenversicherung (DBV) wurde dieses Mal von den Herren Marchlewitz, Moeller und Weiß vertreten.

<https://www.dbv.de/Home>

» Achtung: Fake News!

Das Buch wird auch in Zeiten der Digitalisierung nicht an Bedeutung verlieren. Gunnar Döll, Buchhändler in Bingen, präsentierte „Achtung: Fake News!“. Armin Himmelrath und Julia Egbers beleuchten in ihrem Buch die Geschichte der Fälschungen und Falschmeldungen. Sie zeigen, wie es um die Vertrauenswürdigkeit verschiedener Medien steht, und skizzieren, wie Schule, Gesellschaft und Politik durch die neue Medienrealität herausgefordert werden.

Martin Radigk

Der Nachmittag

Im Mittelpunkt der Nachmittagsveranstaltung standen Grundsatzreden vom VDR-Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm zum Thema „Chancen und Grenzen beim Einsatz digitaler Medien“ und vom Hauptredner ZDF-Chefredakteur Dr. Peter Frey zum Thema „Qualitätsjournalismus in Zeiten des Populismus“ mit anschließender Fragerunde mit Dr. Peter Frey, die von Bernd Karst moderiert wurde.

Der Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler ging in seiner Begrüßungsrede auf den Digitalpakt Schule ein und stellte heraus, welche Erwartungen und Forderungen der Verband an das Land hat.

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler

» Die Digitalisierung verändert die Welt, die Gesellschaft, die Bildung. Forderung nach einem „DigitalpaktPlus“

VRB Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler konnte im Namen des Landesvorstandes wieder viele Gäste und Teilnehmer begrüßen. Mit Blick auf die Anwesenden stellte er fest, dass diese sowohl zu den „digital immigrants“ als auch zu den „digital natives“ gehörten und das Thema des Kongresses wohl auf generationsübergreifende Akzeptanz stieße.

„Es ist uns eine besondere Freude und auch Ehre, dass wir auch in diesem Jahr hier in der Fridtjof-Nansen-Akademie die zur Tradition gewordene freundschaftliche Kooperation fortführen dürfen. Dafür möchte ich Herrn **Dr. Pfeil** und seinem Team ganz herzlich danken.



Aus dem rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen wir die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion **Helga Lerch**, den Landtagsabgeordneten der CDU-Fraktion **Thomas Barth** (mitte) und von der SPD-Landtagsfraktion **Daniel Schäffner**.

Von der Abteilung 4B des Bildungsministeriums heiße ich die neue Abteilungs-



leiterin **Elke Schott** (re.), **Christiane Schönauer-Gragg** (2.v.re.) sowie **Christine Eschborn-Müller** (3.v.re.) willkommen. Die Schulaufsicht der Außenstelle Neustadt wird heute vertreten durch die koordinierende Referentin **Rosemarie Höh-Eymael** (3.v.li.) und den Leiter des Referats 35 **Ralf Schaubhut** (2.v.li.). Für die Schulleiterversammlung Realschulen plus begrüßen wir **Manfred Schabowski** (li.).

Vom Pädagogischen Landesinstitut, hier vom Zentrum für Schulleitung, ist die Leiterin **Dr. Karla Weber** heute unser Gast. Vom Zentrum für Lehrerbildung der Universität Koblenz-Landau heiße ich **Dr. Karin Knop** herzlich willkommen.

Des Weiteren begrüßen wir die Vorsitzende des Bereichs SCHULE von der Landesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT **Doris John**, den Landeselternsprecher **Dr. Thorsten Ralle**, den Präsidenten der TH Bingen **Prof. Dr. Klaus Becker**.

Aus dem hohen Norden angereist ist heute die Landesvorsitzende des IVL Schleswig-Holstein **Grete Rhenius**. Aus rheinland-pfälzischer Sicht begrüße ich herzlich

die ehemalige Landesvorsitzende **Jutta Grabkowsky** und unseren Ehrenvorsitzenden **Bernd Karst**.



Wir heißen willkommen den stv. dbb-Landesvorsitzenden **Jürgen Kettner** (3.v.li.) und von den befreundeten Verbänden den Landesvorsitzenden des VLW **Karl-Heinz Fuß** (re.), die stellvertretende Landesvorsitzende des VBE **Barbara Mich** (Mitte), vom Philologenverband RLP den Pressereferenten **Jochen Ring** (li.). Verbandsintern begrüße ich den Bundesvorsitzenden des VDR **Jürgen Böhm**.“ (2.v.li)



» **Auftrag der Schule im digitalen Zeitalter**

Das Motto „Ein Like für gute Bildung!“ aufgreifend ging Timo Lichtenthäler auf die Arbeitskreise ein und warf die Frage auf, welchen Auftrag Schule bezüglich Digitalisierung habe. „Wenn digitale Technologien im Alltag eine solch dominante Bedeutung besitzen, dann sind die Kompetenzen der Nutzung digitaler Technologien Fertigkeiten, die sich bei den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen einreihen.“

» **Finanzmittel des Digitalpakts allein reichen nicht aus**

Schule, so Timo Lichtenthäler, müsse also die digitalen Technologieprozesse in ihre Arbeit aufnehmen, um im Werben um neue Schülergenerationen nicht abgehängt zu werden. Schule müsse aber auch die erforderlichen Rahmenbedingungen einfordern, um nicht voreilig auf dem rasanten Zug der Digitalisierung zu entgleisen. Die Politik habe inzwischen den Digitalpakt beschlossen: „Fünf Milliarden Euro wird der Bund in den nächsten Jahren für die Digitalisierung der Schulen ausschütten. Rechnet man die Mittel dazu, die der Bund für schnelles Internet ausgeben will (und auch hier sollen die Schulen Vorrang haben) und das, was so manche ehrgeizige Kommune zusätzlich aufwendet, kommt alles in allem schon eine hübsche Summe zusammen, mit der sich viel bewegen lässt.“ Doch mit der „monetären Spritze“ allein sei es nicht getan: „Der Digitalpakt ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für einen

zukunftsgewandten digitalen Unterricht. Geld für digitale Technik bereitstellen – das reicht eben nicht.“

„Die Verantwortung der Politik für die Digitalisierung der Schulen endet nicht mit dem Digitalpakt – sie fängt damit an.“

» **Förderung nach einem DigitalpaktPlus**

Durch den Digitalpakt sei genau festgelegt worden, in welche Bereiche die Mittel des Bundes und der Länder fließen sollen. Die Länder, und damit auch Rheinland-Pfalz, hätten sich verpflichtet, eigene Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Verband fordere die Landesregierung auf, einen Digitalpakt-Plus zu beschließen, der die notwendigen Landesmittel u. a. für Anwendungsbetreuung, ein schlüssiges Fortbildungskonzept und Entlastungen bereitstelle.

„Für das Plus ist das Land zuständig!“

» **Anwendungsbetreuung ist überholt**

Schulen, so die Einschätzung von Timo Lichtenthäler, benötigten zweierlei, nämlich eine verlässliche Technik und Personen, die die Technik pflegen könnten. Die momentan noch gültige Formel zur Anwendungsbetreuung sei mehr als überholt. Die Schulen benötigten eine dauerhafte Unterstützung nicht nur bei der Installation, sondern auch bei der Unterhaltung der digitalen Werkzeuge durch IT-Fachkräfte und Systemadministratoren.

„Wir Lehrkräfte besitzen weder das Know-how noch die Zeit für Wartungs- und Reparaturaufgaben. Die Rolle der Lehrkräfte ist eine andere!“

» **Förderung nach einer Investitionsoffensive**

Auf große Resonanz stieß der Landesvorsitzende bei den Zuhörern mit weiteren Forderungen, die er als wesentlichen Bestandteil eines DigitalpaktPlus sehen will.

- Freiräume für Lehrkräfte und Entlastungen
- Freistellungen aufgrund der Heterogenität
- Absenkung der Klassenmesszahl
- Absenkung des Unterrichtsdeputats auf 24 Lehrerwochenstunden

Der VRB fordere eine Investitionsoffensive, die angesichts der aktuellen Erziehungs- und Bildungsherausforderungen das Ziel habe, die Unterrichtsqualität an Realschulen plus und an Integrierten Gesamtschulen zu sichern.

„Wir fordern einen DigitalpaktPlus, der all die notwendigen systemischen und personellen Verbesserungen vollumfänglich einbezieht. Der VRB fordert ein Like für gute Bildung.“

Jutta Okfen



VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm zeigt die Bedeutung der Digitalisierung in unterschiedlichen Dimensionen auf.

VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm

» Chancen und Grenzen beim Einsatz digitaler Medien

Jürgen Böhm stellte eingangs seine unterschiedlichen Funktionen dar, in denen er Berührungen zum Thema Digitalisierung hat. In einem beeindruckenden Streifzug durch die Themenfelder „Gesellschaft“, „Bildung“, „öffentlicher Dienst“ und „Ethik“ zeigte er deren Bedeutung für die Zukunft auf.

» Gesellschaft

Die Digitalisierung ordnet Jürgen Böhm als Revolution ein. Er prognostiziert, dass eine radikale Umwälzung der Gesellschaft gerade erst beginne. Deren Folgen seien noch nicht abzusehen. Er warnt ausdrücklich vor einem allzu euphorischen Zukunftsbild. Ebenso lehnt er es ab, die negativen Auswirkungen der Digitalisierung zu dramatisieren: „Die Wahrheit liegt zwischen digitaler Demenz und ungebrochener Zukunftseuphorie.“. Unstrittig sei jedoch, dass wir uns im Bildungsbereich der Digitalisierung nicht entziehen können. Denn eine Zukunft ohne Digitalisierung sei schlicht nicht vorstellbar.

Durch die Digitalisierung habe sich die Berufswelt verändert: Die Zahl der Produktionsarbeiter werde weniger, die der „Wissensarbeiter“ und der „Servicearbeiter“ nehme zu. Allerdings müssten auch künftig immer noch Menschen in der Produktion beschäftigt werden. Daher ist es problematisch, wenn die Duale Ausbildung zugunsten der akademischen Bildung weiter abqualifiziert wird. Jürgen Böhm befürchtet, dass die benötigten Wissens- und Servicearbeiter in der Konsequenz dann auch nicht zur Verfügung stehen. Es liege also im Interesse der Gesellschaft, die

berufliche Bildung wieder zu stärken.

» Bildung

Die Digitalisierung werde, so Jürgen Böhm, auch für die Bildung eine wichtige Rolle spielen. Es gehe in der Schule doch darum, Kinder und Jugendliche auf die Realität bzw. auf die Zukunft vorzubereiten. Digitalprozesse setzten umfassende Bildung voraus. Ohne Grundlagenwissen bleibe alle Digitalisierung ohne Substanz. Daher müsse Bildung digitalisiert werden, eine „digitale Bildung“ oder gar „digitale Kompetenzen“ existierten in seinen Augen nicht. Schülerinnen und Schüler benötigten analoge Kompetenzen wie Lesen, Rechnen und Schreiben, um sich in der digitalen Welt zurechtfinden zu können. Wollte also Schule auf das „reale Leben“ vorbereiten, dann müsse sie analoge Grundkompetenzen als Kompass für die digitale Welt mitgeben.

Lehrkräfte sollten die Möglichkeiten moderner IT nutzen, um schulische Arbeitsabläufe effektiver zu gestalten und damit ihre Lehre zu verbessern. Dazu würden nicht nur Fortbildungsangebote, sondern auch Freiräume im immer stärker verdichteten schulischen Arbeitsalltag benötigt. Er zeigte sich überzeugt: „Wir brauchen

intelligente, gut ausgebildete und digitalisiert orientierte Arbeiter mit einem mittleren Schulabschluss, der alle Wege nach oben eröffnet.“

» Öffentlicher Dienst

Science-Fiction. Deutschlands öffentlicher Dienst im Jahr 2035: Bürgerämter sind dünn gesät. Die wenigen Kindertagesstätten platzen aus allen Nähten. Gute öffentliche Schulen gibt es nur noch in Baden-Württemberg und Bayern. Zulassungsstellen sind lediglich für großzügig zusammengefasste Landkreise verfügbar. Polizei und Feuerwehr können 50 Prozent ihrer Einsätze gar nicht mehr oder nur noch mit einer Minimalbesetzung fahren. Bauanträge werden so langsam bearbeitet, dass der Schwarzbau fröhliche Urstände feiert, der Zoll kann die ausufernde Schwarzarbeit nicht mehr eindämmen. Wirtschaftsberater haben weite Teile der Verwaltung unter Kontrolle, während große Anwaltskanzleien Gesetze schreiben. Bürgerinnen und Bürger sind zum Spielball des Staatsversagens geworden und können den Mangel an öffentlichem Personal nicht online ausgleichen, weil Deutschland die Digitalisierung öffentlicher Infrastrukturen verschlafen hat. IT-Fachleute arbeiten eben lieber für die freie Wirtschaft statt für das untergehende Schiff öffentlicher Dienst.

Aus: dbb beamtenbund und tarifunion: Mitnehmen und Mitgestalten. Thesen zur Digitalisierung. Juni 2018, S. 1

ZUR PERSON



Jürgen Böhm ist Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) sowie des Bayerischen Realschullehrerverbands (blrv). Seit 2017 ist er außerdem stellvertretender Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes (dbb) und hier zuständig für die Bereiche Bildung und Digitalisierung. Jürgen Böhm baute bereits vor 13 Jahren als Gründungsrektor eine Realschule im niederbayerischen Arnstorf mit dem Profil ‚Digitalisierung‘ auf. 2014 wurde er von der Gesellschaft für Informatik zum digitalen Kopf Deutschlands ernannt.

Dieses stark überzeichnete Szenario führt die Brisanz der Digitalisierung öffentlicher Infrastrukturen vor Augen. Die genannte dbb-Broschüre zeige aber auf, wie der öffentliche Dienst die Herausforderungen der Zukunft bewältigen könne.

Der stellvertretende dbb-Vorsitzende betonte, dass Lehrkräfte nicht nur selbst Teil der öffentlichen Verwaltung seien, sondern auch Menschen für den öffentlichen Dienst ausbilden. Der öffentliche Dienst brauche gut ausgebildete Menschen mit mittlerer Bildungsbiografie.

Kritisch bewertete Jürgen Böhm das Thema „Home-Office“: Einerseits sei es er-

freulich, wenn durch die Digitalisierung eine flexible Arbeitsgestaltung ermöglicht werden könne. Andererseits werde oft die damit einhergehende Belastung bei der Vermischung von Berufs- und Privatleben nicht ausreichend berücksichtigt. Für Lehrerinnen und Lehrer sei dies keine neue Situation. Doch auch hier sei eine Zunahme der Arbeitszeitbelastung zu beobachten. Eine Untersuchung in Bayern hat ergeben, dass Lehrkräfte in der Woche 45 bis 60 Zeitstunden für ihre berufliche Tätigkeit aufwenden. Weil viele Kolleginnen und Kollegen das Arbeitspensum nicht mehr schaffen, suchen sie einen Ausweg in der Teilzeit. Dies sei eine erschreckende und nicht akzeptable Entwicklung.

» **Ethik**

Im Zusammenhang mit der Digitalisierung müssten nach Jürgen Böhm ethische Komponenten verstärkt Berücksichtigung finden: „Wir müssen weg von der Technisierung. Wir brauchen keine Technokraten, wir brauchen Menschen, die Technik beherrschen, aber ethische Grundsätze haben.“ Letztlich müsse immer noch der Mensch Entscheidungen treffen, und kein Algorithmus könne ihn hier ersetzen.

In seinen Augen haben die sogenannten „weichen“ Schulfächer wie Religion, Sozialkunde und Politik einen hohen Stellenwert. Denn außerhalb der Schule suchen und finden Schülerinnen und Schüler kaum Gesprächspartner für ethische Fragestellungen. Mit Blick auf die Herausforderungen der Lehrkräfte an den Schulen appellierte Jürgen Böhm: „Wie immer schon: Auf die Lehrkraft kommt es an! Die Lehrkräfte brauchen für eine umfassende Medienbildung und -erziehung pädagogischen Freiraum, technische sowie methodisch-didaktische Unterstützung und Zeit, ihre verantwortungsvolle Aufgabe im Unterricht umzusetzen und dabei Wert-

vorstellungen zu vermitteln, die unsere Demokratie tragen.“

Mit einem Gedicht des langjährigen Titanic-Redakteurs Thomas Gsella (Siehe Kasten) beendete Bundesvorsitzender Böhm als „gelernter Deutschlehrer“ seinen leidenschaftlichen Vortrag. Wir haben die Abdruckerlaubnis beim Verlag eingeholt und wünschen viel Freude bei der Interpretation.

Ulf Weber

Sean Spicer

Alle falschen Fakten lügen,
Wahr ist nur, was richtig passt:
Afrika gehört zu Rügen,
und ein Baum hat keinen Ast.

Doof ist niemals der Debile
Und das neue Rechnen toll:
Wenige ist mehr als viele
Und halbleer das neue voll.

Und es freut die Hammelherden,
Wenn der Köter übernimmt.
Gut, dass Lügner Sprecher werden,
Dass wir wissen, was nicht stimmt.



Aus: Thomas Gsella/Hilke Raddatz: *Personenkontrolle. Leute von heute in lichten Gedichten.*

Verlag Antje Kunstmann, ISBN: 978-3-95614-287-1, 192 S., 16,- Euro

„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung

俳句
Haiku

Fake News

Monströse
Metamorphosen
der „Ente“

Foto: www.fotolia.de



ZDF-Chefredakteur Dr. Peter Frey fordert klare Regularien: » „Qualitätsjournalismus in Zeiten des Populismus“

Der Journalist und Chefredakteur des ZDF Dr. Peter Frey wurde in Bingen geboren. Er ist auch heute noch mit dieser Region verbunden. Der Vater nutzte die Gelegenheit, um den Vortrag seines Sohnes zu hören, was Dr. Frey zu dem „schmunzelnden“ Einstieg brachte: „Das ist mir noch nie passiert, dass mich Lehrer mit Beifall begrüßen und mein Vater dabei ist – der Nachmittag hat sich gelohnt.“ Thema des ZDF-Chefredakteurs in Ingelheim: „Qualitätsjournalismus in Zeiten des Populismus“.

Die Digitale Revolution – keiner kann ihr entgehen - birgt viele Chancen, aber auch Risiken, es kommt darauf an, wie sie genutzt wird. In den sozialen Foren des Internets können durch die direkten Interaktionen mit den Userinnen und Usern mehr Leute erreicht werden. Die Sozialen Netzwerke bieten neue Vertriebswege, um mehr Menschen – vor allem auch junge Menschen – mit den Programmen beispielsweise des ZDFs anzusprechen.

» „fridays for future“ hätte ohne Netz eine solche Dimension nicht erreicht

Journalismus muss sich auf die neuen Plattformen der medialen Information einlassen. Dies ist zwingend, da die, auf die es in Zukunft ankommt, erreicht werden müssen. Die Öffentlichkeit ist demokratischer geworden, damit sinkt der Einfluss von Journalisten. Die zivilgesellschaftlichen Diskussionen finden bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen überwiegend im Netz statt, hier wird (gesellschaftlich) mobilisiert, wie die Bewegung „fridays for future“ zeigt, die ohne diese Form der

Kommunikation eine solche Dimension nicht erreicht hätte.

So positiv diese neuen Möglichkeiten für mehr Mitsprache zu bewerten sind, so haben sie einen hohen Preis: unsere persönlichen Daten. Durch Bewegungsprofile kennt uns das Netz besser als wir uns selbst. Das Monopol auf unseren Datenschatz wird von den global agierenden Medienunternehmen genutzt, um damit kommerzielle Werte zu schaffen. Aber wer überwacht diese Daten? Und wie können die persönlichen Daten kontrolliert werden? Was machen Technologie-Konzerne oder Regierungen mit diesen Daten? Noch kann niemand diese Risiken abschätzen.

Die Neuen Medien führen nicht nur zu mehr Mitbestimmung und Transparenz. Zweifelhafte Inhalte können zu einer Erosion der Toleranz in unserer Gesellschaft führen. Die via Youtube oder Twitter verbreitete „zweite Öffentlichkeit“ – hinter Radio, Zeitung und Fernsehen – ist vermeintlich neutral, aber sie zeichnet ein radikales Bild der Gesellschaft, das prob-

lematisch ist. Dennoch sind es diese Quellen, die junge Menschen nutzen, um sich – wenn überhaupt – mit Politik auseinanderzusetzen. Daher bedeutet es eine Herausforderung für die öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF, aber auch die regionalen und überregionalen Zeitungen – die immer noch eine hohe Glaubwürdigkeit erfahren – ihre Ressourcen umzuschichten. Berichte, Analysen und Recherchen dieser Medien, müssen auch auf Youtube und Instagram veröffentlicht werden, um der Gesellschaft ein umfangreiches und ausgewogenes Bild zu zeigen. Ebenso müssen die Plattformen dazu aufgefordert werden, dass dort veröffentlichte Inhalte gut recherchiert sind und auf ihren Wahrheitsgehalt untersucht werden.

» Strafrechtliche Konsequenzen bei Volksverhetzung

Frey fordert strafrechtliche Konsequenzen für die Veröffentlichung von Videos, die zu Volksverhetzung oder Gewalt(-verherrlichung) gegen Menschen mit anderer Hautfarbe, religiöser Orientierung oder politischer Einstellung aufrufen. Die Politik muss Wege finden, diese Veröffentlichungen von Beginn an zu verhindern.

Erste Ansätze des politischen Widerstandes Europas gegenüber den weltweit agierenden Unternehmen, wie Amazon, Google und Facebook, sind zu erkennen. Aber diese nur international lösbare Auf-

gabe – nämlich wirksame Gesetze gegenüber diesen Monopolunternehmen durchzusetzen – steht erst am Anfang. Denn in allen Ländern dieser Welt, in denen die medialen Player vertreten sind, haben sie sich mit ihren Strukturen durchgesetzt und Konkurrenten und Wettbewerb ausgeschaltet. Frey stellt die Frage, ob diese Unternehmen nicht nur inhaltlich, sondern auch wirtschaftlich reguliert werden müssten, da sie sonst zu einem Zerfall der Gesellschaft(en) führen können.

Der ZDF-Chefredakteur fordert klare Regularien für das Agieren im Netz, z. B. auch im Hinblick auf die Europawahl und möglicher Manipulationen. Diese „Verkehrsregeln“ zu schaffen muss eine der politischen Aufgaben Europas für die Zukunft sein. Damit kann die EU auch wieder ihre Bedeutung in den Fokus rücken und nicht auf die Richtlinien für die Gurkenkrümmung reduziert werden. Nur ein gemeinsames und starkes Europa kann diesem Einfluss gegenüberstehen. Dass dies möglich ist, haben die europäischen Staaten bei ihren gemeinsamen Anstrengungen beispielsweise im Hinblick auf die Bankenkrise gezeigt.

» **Populisten verbreiten Stimmungen statt Wahrheiten**

Die offene Gesellschaft in Europa und die Globalisierung forcieren einen besseren Zugang zu den Märkten und damit zu Arbeit und Waren. Andererseits führen diese auch dazu, dass Unternehmen diesem Wettbewerb nicht standhalten können, weshalb Arbeitsplätze abgebaut werden und Menschen von diesem Wohlstand in Europa ausgegrenzt sind. Dies ist die Saat für Populisten. Sie verbreiten Stimmungen statt Wahrheiten und wollen so das System sowohl national, als auch innerhalb Europas in Frage stellen. Diesem Auftreten gilt es gelassen, aber entschlossen entgegenzutreten.

Der Chefredakteur fordert die Parteien, die zur Mitte in Deutschland gehören möchten, zum Verzicht auf Angriffe und Hetze gegenüber der Presse auf.

Journalismus in Deutschland muss unabhängig sein, um frei über Ereignisse berichten zu können. Dass bei den öffentlich-rechtlichen Sendern und den Regionalen Tageszeitungen so gearbeitet wird, glauben laut einer Umfrage vom Februar 2019

70 Prozent der Bevölkerung. Sie messen der Arbeit von öffentlich-rechtlichen und regionalen Printmedien ein großes Vertrauen in puncto Glaubwürdigkeit zu.

Die Arbeit des Journalisten ist es, Fakten zu liefern und nicht durch Fakes zu beeinflussen. Das Ziel muss es sein, wahrheits- und sachgemäß zu berichten und dabei auf Ausgewogenheit zu achten. Dies bedeutet, so Frey, dass auch der größten Oppositionspartei im Bundestag Platz in der Berichterstattung zusteht, selbst wenn das eigene Denken ein anderes ist. Empathie ist für eine gute Berichterstattung zwingend notwendig, dies heißt jedoch nicht dort Verständnis zu haben, wo Gewalt hoffähig wird. Kritik und Distanz sind ein wesentliches Merkmal journalistischen Arbeitens, um so dazu beizutragen, die Mitte der Gesellschaft zu stabilisieren.

Dennoch gibt es die Medienkritiker, die ihre Informationen ausschließlich aus den Sozialen Medien beziehen. Diese Zweifler gilt es zu überzeugen durch gut recherchierte und unabhängige Nachrichten. Daher ist es kein Paradoxon, dass ARD und ZDF ihre Inhalte – trotz Kritik - im Netz hochladen, um vor allem die junge Generation mit ausgewogener Berichterstattung zu erreichen.

Es muss vermieden werden, dass „das Virus des Zweifels“ in die Mitte der Gesellschaft gelangt. Hierbei sind drei Faktoren von Bedeutung:

- Ein Journalist muss kritisch, aber auch selbstkritisch sein, dennoch aufklärerisch, selbstbewusst und unverzagt, um sich mit Kritik auseinanderzusetzen und sie auszuhalten.
- Außerdem müssen Arbeitsweisen und Entscheidungsmechanismen der täglichen Berichterstattung transparent sein.
- Letztlich bedeutet die Freiheit der Presse auch, dass Fehler in der Berichterstattung zugegeben und öffentlich richtig gestellt werden.

» **Bilanz des ZDF-Chefredakteurs**

Journalismus kann sich YouTube und Co. nicht entziehen, er muss dort Präsenz zeigen. Guter Journalismus hat den Anspruch, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Deshalb müssen Journalisten zuhören können, Konflikte öffentlich machen und zur Diskussion bringen. Dabei ist auch Kri-

tik notwendig. Sie muss aber auf fakten-basierenden Hintergründen in die Debatte gegeben werden, um die Meinungsbildung nicht an Populisten abzutreten, denn unsere gewachsenen Werte sind nicht verhandelbar. Der Wert, der uns antreiben muss, ist die Demokratie - die Zeiten für professionelle und wahrhaftige Nachrichten waren nie besser.

Monika Antoni



Im Podiumsgespräch: Bernd Karst und ZDF-Chefredakteur Dr. Peter Frey. Thematisiert wurden:

- Die journalistische Verpflichtung, sich auch mit Menschen auseinanderzusetzen, deren Meinungen und Ziele dem eigenen Verständnis widersprechen.
- Die Frage, inwieweit Medien, konkret das ZDF, Orientierung und Orientierungshilfe bieten sollen.
- Das Problem, dass die Digitalisierung technische Abläufe beschleunigt und somit kürzere Zeitvorgaben für die Berichterstattung setzt. Fraglich sei, ob sich infolge dieser Entwicklung die Qualität der Recherche und Faktentreue verändere.
- Die Gewährleistung der „inneren Pressefreiheit“ sowie die redaktionelle Aufarbeitung der Beiträge in Form einer kritischen „Nachlese“.
- Erwartungen an die Schule hinsichtlich der Vermittlung von Medienkompetenz und darüber hinaus gehend ihr Auftrag einer grundsätzlichen Wertevermittlung.

» Fake-News-Quiz

Der Fachkongress bot den Teilnehmer die Möglichkeit zu testen, ob sie „Nachrichten“ als Fake News erkennen. Dazu hatte Julia Egbers ein Quiz vorbereitet.

Viele nahmen daran teil und nutzten die Möglichkeit, sich selbst zu testen. Mit großem Interesse verfolgten die Kongressteilnehmer am Nachmittag die Auflösung der gestellten Aufgaben. Viele waren über die Ergebnisse erstaunt. Die Nachrichtenmacher gehen eben äußerst geschickt vor, um ihre falschen Nachrichten als echte erscheinen zu lassen.

Keine Falschmeldung liegt vor, wenn wir berichten, dass drei Teilnehmerinnen das von Julia Egbers und Armin Himmelrath signierte Buch „Fake-News, Handbuch für Schule und Unterricht“ gewinnen konnten.

Regina Bollinger



Die glücklichen Gewinnerinnen sind: Martina Friedrichs (2.v.li.), Regina Tilch (Mitte) und Kirsten Sebastian (2.v.re.)



Für einen reibungslosen Ablauf am Kongresstag sorgten auch diesmal (von re. nach li.) Heidi Becker, Saskia Tittgen und Caroline Hüttner.



Wilfried Rausch erstellte zusammen mit einem engagierten Kongress-Team die Dokumentation.

Christoph Krier und Saskia Tittgen

» „Wir haben zur richtigen Zeit die Zukunftsthemen aufgegriffen!“

In ihrem Schlusswort ließen Saskia Tittgen und Christoph Krier den Ablauf des Kongresses Revue passieren. Sie stellten kurz die Ergebnisse der Arbeitskreise dar und hoben zentrale Aussagen und Forderungen des Kongresses hervor. Sie bedankten sich bei allen Teilnehmern dafür, dass sie sich aktiv beteiligt hätten, und konstatierten: „Wir haben zur richtigen Zeit die richtigen Themen gefunden!“

Beide wünschten, dass die Erkenntnisse des Fachkongresses in die Unterrichtsarbeit einfließen. Einen Dank sprachen Tittgen und Krier allen Referenten und Rednern sowie den Mitarbeitern der Fridtjof-Nansen-Akademie aus. Abschließend würdigten sie die Organisation, die von Heidi Becker, Saskia Tittgen, Bernd Karst und Carolin Hüttner verantwortet wurde.

Die monatelange Vorbereitung habe wesentlich zum Gelingen des Kongresses beigetragen.

» Team VRB

Der Ingelheimer Fachkongress steht mit den Organisatoren, Experten und Helfern. Bernd Karst hatte die Planung zusammen mit Heidi Becker und Saskia Tittgen vorab

über Monate koordiniert. Wilfried Rausch sorgte für die Dokumentation und betreute sie redaktionell. Seinem Team gehörten an: Monika Antoni, Katharina Becker, Katharina Bitz, Regina Bollinger, Michael Eich, Wolfgang Häring, Gerhard Hein, Marlis Kahn, Jutta Okfen, Regina Sersch, Nicole Weiß-Urbach und Ulf Weber.

Wir danken den Fotografen Karin Bernenburg und Wolfgang Wünschel. Martin Radig organisierte die Verlagsausstellung.

Allen ein herzliches Dankeschön und ein großes Kompliment!

Interviews



Fotos: Karin Berneburg

Bernd Karst (li) und Wolfgang Wünschel (re) im Gespräch mit den Autoren von „Fake News“, einem Handbuch für Schule und Unterricht.

Im Gespräch mit Armin Himmelrath und Julia Egbers:

»„Digital heißt nicht besser oder effektiver“

Armin Himmelrath und Julia Egbers haben zum Thema „Fake News“ ein Handbuch für Schule und Unterricht verfasst. Beide waren Referenten beim Ingelheimer Fachkongress 2019. Dort leiteten Sie darüber hinaus Arbeitskreise zu den Themen „Lernen mit und über Medien“ (Himmelrath) und „Hate Speech, Fake News, Hass im Netz. Zum Umgang mit einem neuen Phänomen“ (Egbers). Bernd Karst und Wolfgang Wünschel sprachen mit ihnen über Falschmeldungen, Donald Trump, die Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen und die Rolle von Eltern bei der Medienerziehung.

Frau Egbers, Herr Himmelrath, Sie haben aktuell unter dem Titel „Fake News“ ein Handbuch für Schule und Unterricht veröffentlicht. Welche Beziehung haben Sie zur Schule, was hat Sie thematisch motiviert?

Julia Egbers: Nach meiner beruflichen Tätigkeit an Schulen wechselte ich vor wenigen Jahren an die Universität Oldenburg. Hier bin ich in der Lehramtsausbildung tätig und leite Seminare für angehende Lehrkräfte im bildungswissenschaftlichen Bereich.

Es ist mir ein Anliegen, die Studierenden auf aktuelle Herausforderungen in Schule und Unterricht bestmöglich vorzubereiten bzw. sie für Themen zu sensibilisieren, die im fachlichen und fachdidaktischen Kontext nicht aufgegriffen werden.

Armin Himmelrath: Als Bildungsjournalist begleite ich das Schul- und Bildungssystem mittlerweile seit über zwanzig Jahren. Der Umgang mit Medien war immer ein Thema. In den letzten Jahren ist es allerdings, durch die Digitalisierung, immer umfangreicher und wichtiger geworden. Und damit eben auch der Umgang mit Falschnachrichten, Propaganda, Lügen und Manipulation.

Sind Jugendliche besonders anfällig für Fake News?

Armin Himmelrath: Anfällig für Fake News sind alle, die nicht über eine ausreichende Immunisierung im Sinne von guter Medienkompetenz verfügen. Das betrifft nicht nur Jugendliche. Diese Altersgruppe allerdings ist, weil sie in der Regel die Schule besucht, besser für Aufklärung und

Kompetenztrainings erreichbar als beispielsweise Berufstätige.

Julia Egbers: Fake News verbreiten sich schnell in sozialen Netzwerken. Da vor allem Jugendliche eben darüber kommunizieren und sich in sozialen Netzwerken auch informieren, besteht hier eine direkte Korrelation.

Welche Motive haben die „Produzenten“ gezielter Falschmeldungen?

Armin Himmelrath: Das reicht von der Lust am Scherz oder an der Verwirrung über Satire und Parodien bis hin zu Manipulationsversuchen und harter Propaganda. Die Spannbreite ist riesig, die Anzahl der Motive ebenfalls. Mögliche Motive identifizieren zu können ist daher eine notwendige Kompetenz, wenn es um moderne Mediennutzung geht.

Fake News sind kein neues Phänomen

Fake News sind kein neues Phänomen. Der Pflanzenschädling Kartoffelkäfer wurde im Ersten Weltkrieg als „Franzosenkäfer“ bezeichnet, mit dem Ziel, den Kriegsgegner mit dem Vorwurf



ZUR PERSON

Julia Egbers ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Pädagogik an der Universität Oldenburg. Nach ihrem Referendariat an einer Gesamtschule in Münster wechselte sie an die Universität und promovierte aktuell zur interkulturellen Kompetenz von Lehrkräften im Umgang mit Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten an deutschen Schulen. Julia Egbers leitet Fortbildungen für Lehrkräfte, engagiert sich für Demokratieerziehung und koordiniert ehrenamtlich ein interkulturelles Austauschprogramm für Studierende (easyGo-easyCome). Gemeinsam mit dem Bildungsjournalisten Armin Himmelrath verfasste sie ein Handbuch für Schule und Unterricht zum Thema "Fake News".

zu belasten, er habe durch die Verbreitung der Insekten die deutsche Nahrungsmittelversorgung sabotieren wollen. – Die Aufregung über Fake News hat heute vermutlich eine weitaus größere Dimension erreicht. Warum sind wir so sensibel geworden?

Armin Himmelrath: Propagandalügen sind in der Tat eine uralte Erscheinung. Dass wir heute so viel darüber reden, hat mit der zunehmend digitalen Kommunikation zu tun: Es wird immer leichter, Fake News zu produzieren. Sie und ich können das heute jederzeit ohne großen Aufwand tun. Anders als früher brauchen wir dazu keine Verlage, Zeitungsredaktionen oder großes technisches Equipment. Es reicht ein Internetzugang. Die Fälschung ist sozusagen billig und leicht verfügbar geworden.

Welche Kriterien erfüllen Fake News, wenn sie eine erfolgreiche Verbreitung finden?

Armin Himmelrath: Fake News sind dann erfolgreich, wenn sie die Rezipienten emotional erreichen. Über solche Nachrichten wird sich ausgetauscht, aufgeregt, mitgeteilt, ... Wenn sie dann noch, was häufig in sozialen Netzwerken der Fall ist, klare, kantige Botschaften vermitteln, einfach zu verstehen sind und in das eigene Weltbild passen, dann kann der Wahrheitsgehalt schon einmal unhinterfragt bleiben. Diese Art der Berichterstattung funktioniert ebenso bei wahren Nachrichten, aus welchem Grunde weniger seriöse Zeitungen großen Absatz auf dem Markt haben. Von daher ist das Phänomen „Fake News“ nur die eine Seite der Medaille, die andere sind immer auch die Konsumenten, die Nachrichten bedenkenlos hinnehmen und weiterverbreiten.

Wie bewerten Sie Trumps Twitter-Nachrichten?

Armin Himmelrath: Der Account ist natürlich interessant im Hinblick auf die verbreiteten Lügen und Falschnachrichten. Noch spannender finde ich ihn aber ehrlicherweise im Hinblick auf das, was er über seinen mafiös agierenden, psychisch gestörten und leider sehr einflussreichen Besitzer erzählt.

Konkretes Zitat aus Ihrem Buch: „40 Prozent der US-Amerikaner halten den Klimawandel für eine Lüge.“ Was bewirkt eine solche Nachricht?

Armin Himmelrath: Das wirkt sich konkret in der Politik aus – zunächst dadurch, dass über offensichtlichen Unsinn viel debattiert wird, sich Kommunikationsrahmen verschieben, eine Umdeutung von Begriffen stattfindet, Wahrheit hinterfragt und durch Lügen ersetzt wird. Und dann wird auf dieser neuen Basis Politik gemacht – oder eben gerade nicht gemacht.

Wie beurteilen Sie die Rolle der Eltern? Insbesondere bei jüngeren Kindern können in Umlauf gebrachte Falschmeldungen massive Ängste und seelische Schäden verursachen. Beispielformen genannt seien so genannte Hoaxes, die am Ende der Nachricht eine Handlungsaufforderung an den Empfänger richten, z.B.: „Wenn du

diesen Kettenbrief unterbrichst, wirst du die Nacht nicht überleben!“

Eltern müssen sich über die Medien ihrer Zeit informieren

Armin Himmelrath: Auch das ist kein neues Phänomen, Kettenbriefe kennen wir auch schon von früher. Die sollte man dann zwanzig Mal weiterschicken, weil sonst angeblich ein Unglück passiert. Ich leite daraus ab, dass Eltern sich über die Medien ihrer Zeit informieren müssen, um ihre Kinder verantwortlich erziehen zu können. Heute gehören dazu eben auch Kenntnisse über Fake News und Hoaxes.

Wie können sich Eltern über die Mediennutzung ihrer Kinder informieren, ohne dass damit ein Vertrauensverlust einhergeht?

Julia Egbers: So wie sie sich auch bei anderen möglicherweise sensiblen Themen informieren können: über Gespräche und auf Beziehungsebene. Es gibt neben Fake News weitere konkrete Themen wie Cyber Mobbing, Sexting und Hate Speech, für die Kinder und Jugendliche frühzeitig sensibilisiert werden sollten. Wenn sie um diese Phänomene wissen, können sie im Schadensfall anders handeln und sich anderen Personen anvertrauen. Auch kann das Wissen um rechtliche Konsequenzen für die „Täter“ hilfreich sein. Internet und soziale Netzwerke sind kein rechtsfreier Raum, werden aber allzu oft als solcher verstanden. Es ist nicht damit getan, dem Kind ein Handy zu schenken. Die elterliche Erziehungsarbeit zu einem verantwortungsvollen Medienkonsum fängt dann erst an.

Das Lernen in einer digitalen Welt stößt noch an Grenzen, sachlich und personell. Welche Herausforderungen sehen Sie mit Blick auf den künftigen Schulalltag?

Armin Himmelrath: Digital alleine heißt ja nicht besser oder effektiver. Welches Medium in der Schule eingesetzt wird, muss aus didaktischen Erwägungen heraus entschieden werden – mal ist es ein Buch, mal ein Video im Netz, mal eine App oder ein Post in einem Social-Media-Kanal. Wichtig ist, dass die digitalen Medien beherrscht werden, und zwar von den Lehrkräften genauso wie von den Lernenden.



ZUR PERSON

Armin Himmelrath ist Bildungs- und Wissenschaftsjournalist. Er arbeitet für Spiegel Online, u. a. für den Deutschlandfunk und den WDR sowie als Buchautor. Nach dem Studium der Sozialwissenschaften und der Germanistik in Wuppertal und Beer Sheva (Israel) und langjährigen eigenen Erfahrungen als Vater interessiert er sich für alle Aspekte des Schul-, Ausbildungs- und Hochschulsystems: von den Pisa-Studien bis zur Bologna-Reform, von der Medienkompetenz bis zu alternativen Lehr- und Lernformen, vom erwartbaren Karriereweg bis zu Zickzack-Lebensläufen.

Brauchen wir ein neues Schulfach „Medienkunde“?

Wir brauchen mehr Medienkunde

Armin Himmelrath: Wir brauchen auf jeden Fall mehr Medienkunde. Ob als Fach oder als Querschnittsthema, darüber kann man diskutieren.

Julia Egbers: Es ist selbst in Fachkreisen umstritten, ob ein eigenes Fach eingeführt werden sollte. Die Frage, die sich anschließt, ist nämlich: Wie sollte dieses Fach inhaltlich und methodisch-didaktisch ausgestaltet werden? Geht es um Kompetenzförderung im informatischen Bereich, sollen medienethische Aspekte aufgegriffen werden, wie definieren wir eigentlich „Medien“ im digitalen Zeitalter und wie sieht deren Einsatz im künftigen Berufsleben unserer Schülerinnen und Schüler aus? Insbesondere letzteres können wir nicht konkret beantworten. Einige Schulen setzen mittlerweile auf eine informatisch-philosophische Bildungsausrichtung, um die Themen nicht singular, sondern ganzheitlich zu betrachten.

Welche Kompetenzen müssen Lehrkräfte besitzen?

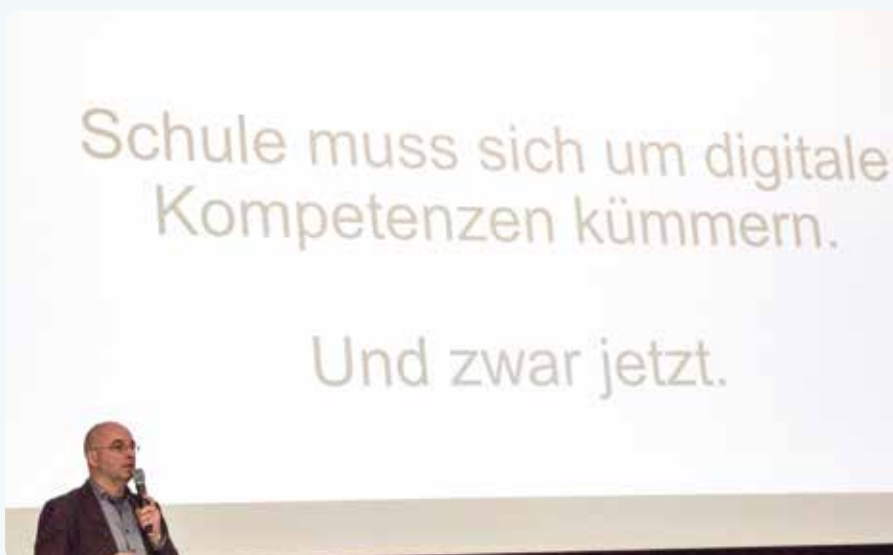
Julia Egbers: Die KMK gibt mit ihrer Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ vom Dezember 2016 sechs fächerübergreifende Kompetenzbereiche vor, die den Schülerinnen und Schülern vermittelt werden sollen. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass auch Lehrkräfte bestens über diese Kompetenzen verfügen. Alle Schülerinnen

und Schüler sollten diese Kompetenzen zum Ende ihrer Pflichtschulzeit erworben haben. Die Problematik, die wir sehen: Viele Lehrkräfte wissen nicht um diese Empfehlung, haben selber keine Möglichkeit für entsprechende Fort- und Weiterbildungen oder ihnen fehlen schlichtweg die passenden Arbeitsbedingungen für eine kreative Unterrichtsgestaltung.

Noch einmal unter Bezug auf Ihre Buchveröffentlichung: Welchen konkreten Nutzen bietet die Lektüre für die Lehrkräfte in der Praxis?

Armin Himmelrath: Unser Buch ist ein echtes Handbuch mit vielen Beispielen, Checklisten, Ideen. Es ist kein Lehrbuch, kann aber von Lehrkräften nach Herzenslust als Steinbruch für den eigenen Unterricht genutzt werden.

Bernd Karst und Wolfgang Wünschel





Bernd Karst und Heidi Becker sprechen mit Chefredakteur Dr. Peter Frey über Qualitätsjournalismus, Einschaltquoten, Werte, Vertrauen und den Umgang mit Kritik.

Fotos: Wünschel

Im Gespräch mit dem ZDF-Chefredakteur Dr. Peter Frey »„Wir müssen andere Meinungen darstellen, aushalten, ihnen Raum geben“

Beim Ingelheimer Fachkongress 2019 referierte Dr. Peter Frey über das Thema „Qualitätsjournalismus in Zeiten des Populismus“. Dabei führte er aus, welchen Beitrag unabhängige Berichterstattung für das Funktionieren der Demokratie leistet. Bernd Karst und Heidi Becker sprachen mit dem ZDF-Chefredakteur über Einschaltquoten, die Geschwindigkeit des Nachrichtengeschäfts, den Umgang mit Kritik und über nicht verhandelbare Werte.,

„Eine Mehrheit der Deutschen vertraut ARD, ZDF und den lokalen Tageszeitungen. Das hat eine Langzeitstudie der Publizisten an der Mainzer Uni ergeben.“ (AZ, 07.03.2019) – Das ist sicherlich eine gute Nachricht. Auch für den Chefredakteur Peter Frey?

Peter Frey: Selbstverständlich freuen wir uns über diese Anerkennung, die sich ja auch in anhaltend hohen Einschaltquoten niederschlägt – so war für „heute“ und „heute journal“ 2018 wieder ein ausgesprochen erfolgreiches Jahr. Wir dürfen uns von der schrillen Stimmungsmache einer Minderheit nicht so sehr treiben lassen. Die Meinungsforscher sagen es ja sehr deutlich: Die große Mehrheit schätzt und vertraut uns. Aber es gelingt einer kleinen Gruppe – via Social Media und politisch verstärkt durch Rechtspopulisten – das Klima insgesamt zu vergiften. Dage-

gen hilft nur Standhalten, weiterhin eine gute Arbeit zu machen und um Vertrauen bei der Mehrheit zu werben.

„Guter Journalismus ist aufwändig“

Qualitätsjournalismus in Zeiten des Populismus hat vermutlich seinen Preis – in Bezug auf Recherche, Kompetenz, Auswahl und Einsatz der Journalisten, temporärer Verzicht auf Auflagenhöhe und TV-Quoten ...

Guter Journalismus ist aufwändig, investigative Recherchen dauern lange – und müssen ergebnisoffen sein. Das war aber schon immer so. Was die Auflagen oder TV-Quoten angeht, sehen wir übrigens eher positive Entwicklungen. Zuschauer und Nutzer haben ein Bewusstsein dafür, wer sie wirklich glaubwürdig und fak-

tentreu informiert. Die Fernsehquoten sprechen ebenfalls für diese These: 2018 war das ZDF zum siebten Mal in Folge der akzeptanzstärkste TV-Sender. Das „heute journal“, das erfolgreichste Nachrichtemagazin im deutschen Fernsehen, sahen im vergangenen Jahr durchschnittlich fast vier Millionen Zuschauer. In den USA lassen sich ähnliche Tendenzen erkennen: gestiegene Auflagen und Klick-Zahlen der Qualitäts-Medien. Die „New York Times“, die – ein deutlicher Seitenhieb auf Trump – mit dem Slogan „Truth“, also Wahrheit, wirbt, verzeichnet Rekord-Abo-Zahlen. Ich bin davon überzeugt, dass es uns Profiberichtersteller weiterhin braucht, sozusagen als professionelle Pfadfinder im Daten- und News-Dschungel. Vertrauen ist dafür die Voraussetzung.

Nun gibt es zahlreiche Beispiele, dass auch als seriös und vertrauenswürdig eingestufte Medien nicht ohne Falschmeldungen sind. Wie versucht sich das ZDF vor der Verbreitung von Fake News zu schützen?

Gerade auch wegen unserer Markt- und Meinungsführerschaft müssen wir de-

mütig und offen für Kritik bleiben – und, wenn Fehler passieren, sie transparent richtigstellen. So haben wir in „heute.de“ nach dem Vorbild der „New York Times“ die Rubrik „Korrekturen“ eingerichtet. Auf dieser Seite weisen wir auf Fehler in unserer Berichterstattung hin und korrigieren sie. Dazu kommt, dass wir in diesen Zeiten noch besser erklären müssen, wie wir arbeiten und was unseren Qualitätsjournalismus ausmacht. Zum Journalismus gehören auch Selbstbewusstsein und Haltung – für unsere Demokratie, für eine offene Gesellschaft, für die Verständigung der Völker in Europa. Gezielte Versuche, uns zu verunsichern und zu diskreditieren, müssen wir erkennen. Sie dürfen keinen Erfolg haben. Aber das Wichtigste ist natürlich: so sorgfältig wie möglich arbeiten, um Fehler zu vermeiden.

„Die Geschwindigkeit des Nachrichtengeschäfts nimmt zu“

Medien müssen heute schneller denn je reagieren. Die Digitalisierung unterstützt die beschleunigte Nachrichtenverbreitung. Was hat sich in der Redaktionsarbeit vor diesem Hintergrund in den letzten Jahren geändert?

Das Internet hat das Informations- und Nachrichtengeschäft in der Tat komplett umgekrempelt. Die Zahl der Informationsquellen steigt weiter und die Geschwindigkeit des Nachrichtengeschäfts nimmt zu. Die Kolleginnen und Kollegen müssen dementsprechend unter höherem Zeitdruck arbeiten und an die unterschiedlichsten Plattformen und Auspielwege denken, auch losgelöst von Sendezeiten. So hat beispielsweise unsere Wirtschaftsredaktion einen Auspielweg im ZDF-Hauptprogramm mit der Sendung „WISO“, verantwortet aber auch „makro“ für 3sat, betreut die tägliche Verbrauchersendung „Volle Kanne“, liefert Texte für „heute.de“, verantwortet Dokumentationen auf ZDFinfo und ist aktiv im Bereich Social Media.

Die Sicherung eines Qualitätsjournalismus ist eine anspruchsvolle Zielvorgabe. Welchen Einfluss haben Sie als Chefredakteur des ZDF auf die Redaktion, die Themenauswahl und Nachrichteninhalte? Wie wirken Sie auf eine ausgewogene und vielfältige aktuelle Berichterstattung hin?

Der Chefredakteur befindet sich, ich möchte mal sagen, in einer gesunden Halbdistanz zur Aktualität, auch zu seinen Redaktionen, weil ihm natürlich wichtig ist, dass Programmentscheidungen in den Redaktionen selbst diskutiert und gefällt werden. Mir persönlich ist dieses Prinzip der „inneren Meinungsfreiheit“ und ZDF-internen Pluralität sehr wichtig. Mein wesentliches Instrument besteht in der Kritik nach der Sendung. Ich sehe so ziemlich alles, was zum Programmsegment Information im ZDF gehört und äußere mich auch dazu. Darüber übe ich natürlich Einfluss aus und setze inhaltliche und formale Standards. Aber die täglichen Entscheidungen, zum Beispiel welcher Interviewpartner heute Abend dran ist, die überlasse ich dem „heute journal“ selbst. Über die „ZDFspezial“-Sondersendungen entscheidet aber der Chefredakteur.

Im Vorwort Ihres Buches „77 Wertsachen. Was gilt heute?“ schreiben Sie: Je ungewisser die Zeiten, desto größer das Bedürfnis nach Orientierung.“ Inwieweit bieten die Medien, konkret das ZDF, Orientierung bzw. Orientierungshilfe?

„Wir haben unseren Beitrag für das Funktionieren von Demokratie zu leisten“

Wir leben in repolitisierten Zeiten, innen- und außenpolitisch. Die Politik von Trump, Putin oder Erdogan macht die Leute unruhig. Da gibt es ein steigendes Bedürfnis nach vertiefter und verlässlicher Information. Unsere Nachrichtensendungen werden da wohl als eine Art Pfadfinder wahrgenommen, die im unübersichtlichen

Nachrichten-Dschungel des Netzes Schneisen schlagen und Anker bieten. Wir leisten mit unabhängiger Berichterstattung, mit Kritik, Analyse und gut begründeten Meinungsbeiträgen unseren Beitrag für das Funktionieren dieser Demokratie. Wir müssen andere Meinungen darstellen, aushalten, ihnen Raum geben. Wir müssen aber auch Haltung zeigen und für eine offene Gesellschaft kämpfen. Unsere Rolle ist dabei keine geringe. Auch wir haben unseren Beitrag für Zusammenhalt, Verständigung und das Funktionieren von Demokratie zu leisten. Denn unsere lange gewachsenen, gemeinsamen und verbindenden Werte sind nicht verhandelbar – nicht in Deutschland und nicht in Europa.

Bernd Karst und Heidi Becker

► BRENNPUNKTSCHULEN

Es „brennt“ in der deutschen Bildungslandschaft

Diese Feststellung trifft die Bundestagsabgeordnete Dietlind Tiemann (CDU) in einem Beitrag für die WELT:

„Brennpunktschulen werden von Politikern nicht genug unterstützt. Ihre Äußerungen, das Problem anzupacken, sind Lippenbekenntnisse ... Die jüngst sprunghaft gestiegenen Herausforderungen der Integrationsaufgaben, die größtenteils unvorbereitet an die Schulen weitergegeben wurden, verschärfen die Situation dramatisch. Die Fehleinschätzung des benötigten Lehrpersonals führt zu einer hohen Zahl von Quereinsteigern ohne pädagogische Ausbildung.

Auch nimmt die Zahl von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten zu. Diese Faktoren tragen dazu bei, dass ein geregelter Schulunterricht und konfliktarmes Miteinander vielerorts nicht mehr möglich sind. Mit anderen Worten: Es „brennt“ in der deutschen Bildungslandschaft, und es ist an der Zeit, dass wir vom Wort zur Tat schreiten. Erschwerend kommt hinzu, dass die Rolle und Aufgabenwahrnehmung durch die Familien ... unzureichend sind.

Brennpunktschulen benötigen die besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung – nicht nur von Ländersseite, sondern auch durch den Bund ... Der Erfolg von Bildungskarrieren ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe; die gemeinsame Verantwortung für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen tragen neben der Politik ebenso Bereiche wie das Ehrenamt, der Sport und die Kultur. Die Hauptaufgabe liegt aber bei den Familien, in denen der Wille zum Lernen und zum sozialen Aufstieg entfacht werden muss ... Bei aller berechtigten Kritik an politischen Versäumnissen und bürokratischen Hürden dürfen wir die Solidargemeinschaft der Familie nicht an den Staat auslagern. Umso wichtiger ist es, Kindern aus sogenannten bildungsfernen Familien jede nötige Rahmenbedingung zuteilwerden zu lassen, damit sie ihre Fähigkeiten bestmöglich entwickeln können.“

Hr/Quelle: WELT.de, 17. Januar 2019

► DAK-STUDIE

„Fortnite“ und „Fifa“ – ein Weg in die Glücksspielsucht durch Online Games?

Laut einer von der Ersatzkasse DAK-Gesundheit in Auftrag gegebenen Studie unter 1000 Jugendlichen sind fast 16 % der 12- bis 17-Jährigen spielsüchtig – mehrheitlich sind Jungs betroffen. Sie zeigen Auffälligkeiten im sozialen und emotionalen Verhalten, diese äußern sich durch Aggressivität, innere Unruhe oder mangelnde Konzentration.

Der Leiter der Studie, Dr. Rainer Thomasius von der Hamburger Uniklinik Eppendorf, warnt sogar davor, dass sich die Spielsucht weiter in eine Glücksspielsucht auswachsen kann, durch sogenannte „Loot-Boxen“. Diese ermöglichen es dem Spieler durch Zukauf von Skills den Avatar besser auszustatten, mit Waffen oder Talenten. Dadurch wird nicht nur die zeitliche Aufmerksamkeit in hohem Maß im Spiel gebunden, sondern auch ein beträchtlicher Teil des Taschengeldes, Schätzungen gehen von ca. 20 Euro pro Monat aus.

Monika Antoni/Quelle: Bayerischer Rundfunk BR 24 und Deutschlandfunk Kultur vom 5. März 2019

► LEISTUNGSBEREITSCHAFT

Schiefelage

„... ganz allmählich stellt sich ein gesellschaftlicher Katzenjammer ein: Die Universitäten klagen darüber, dass die Studienanfänger nicht über die nötigen Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen, ein Studium aufzunehmen, die Zahl der Studienabbrecher nimmt besorgniserregende Ausmaße an, die Wirtschaft und das Handwerk klagen über Mangel an Facharbeitern und qualifizierten Auszubildenden. Und dennoch nimmt die Geringschätzung der nichtakademischen Bildung zu, das duale Ausbildungssystem, einst ein Aushängeschild des deutschen Schul- und Bildungswesens, hat längst seinen Glanz verloren.

Es ist eine gefährliche Schiefelage entstanden ... Verantwortlich für diese Misere sind in erster Linie zwei Faktoren: Da ist zum einen die Bildungspolitik der 16 Bundesländer, die um das Goldene Kalb der Akademisierung herumtanzen ... Unter den Schlagworten Gerechtigkeit und Gleichheit wird Bildungspolitik mit Sozialpolitik verwechselt ... Zum anderen ist es die unselige Rolle der sogenannten Erziehungswissenschaftler, die ... schulische Wolkenkuckucksheime errichtet haben, in denen ... Spaß und Teamfähigkeit vor die dringend notwendigen Förderung von Leistungsbereitschaft und dem damit einhergehenden Erwerb von Kenntnissen und Fachwissen gestellt werden.“

Wü/Quelle: Auszug aus einem Leserbrief (H. Becker) im Trierischen Volksfreund vom 15. Januar 2019

► FUNDSACHE FAZ.NET

Bildschirme und bedrucktes Papier sind als Lesemedien nicht gleichwertig

Seit vier Jahren erforscht eine Gruppe von Wissenschaftlern auf den Gebieten des Lesens, Schreibens und Publizierens aus ganz Europa den Einfluss der Digitalisierung auf die Lesepraxis.

Papier und Bildschirm erfordern je eigene Formen der Verarbeitung. Die Forschung zeigt, dass Papier weiterhin das bevorzugte Lesemedium für einzelne längere Texte bleiben wird, vor allem, wenn es um ein tieferes Verständnis der Texte und um das Behalten geht. Außerdem ist Papier der beste Träger für das Lesen langer informativer Texte. Das Lesen langer Texte ist von unschätzbarem Wert für eine Reihe kognitiver Leistungen wie Konzentration, Aufbau eines Wortschatzes und Gedächtnis.

In einer Erklärung zur Zukunft des Lesens im Zeitalter der Digitalisierung fordern 130 Leseforscher aus ganz Europa eine systematische und sorgfältige empirische Erforschung der Bedingungen, die Lernen und Verständnis beim Lesen gedruckter Texte oder in digitalen Umgebungen fördern oder behindern. Sie empfehlen, Schülern und Studenten Strategien beizubringen, die sie nutzen können, damit ihnen tiefes Lesen und höherwertige Leseprozesse auf digitalen Geräten gelingen. Außerdem bleibe es wichtig, dass Schulen und Schulbibliotheken die Schüler weiterhin zur Lektüre gedruckter Bücher motivieren und in den Lehrplänen entsprechend Zeit dafür vorsehen.

Rolf Monnerjahn/Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/themen/stavanger-erklaerung-von-e-read-zur-zukunft-des-lesens-16000793.html> – Stand: 22.1.2019 (redaktionell bearbeitet)



DIGITALPAKT SCHULE

Bund und Länder finden einen Weg aus der Sackgasse – der Funke ist übersprungen!

Mehr als zwei Jahre mühten sich Bund und Länder, eine Lösung für eine Investitionshilfe des Bundes für die Länder in Höhe von 5 Milliarden Euro zu finden. Die damalige Bundesministerin für Bildung Johanna Wanka hatte eine Bildungsoffensive initiiert, um in den Ländern den digitalen Wandel für alle Bildungsbereiche zu beschleunigen. Probleme taten sich bei der Umsetzung dieser Initiative auf. Bund und Länder wollten durch eine Grundgesetzänderung die Voraussetzungen dafür schaffen, fanden aber zunächst zu keiner gemeinsamen Lösung. Diese wurde am 20. Februar 2019 im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat gefunden.

Politische Vernunft kehrt ein

Nachdem der Bundesrat eine Gesetzesvorlage des Bundestages zu einer Grundgesetzänderung am 14. Dezember 2018 abgelehnt und den Vermittlungsausschuss angerufen hatte, wuchs der öffentliche Druck auf die politischen Entscheidungsträger in Bund und Ländern, eine rasche Einigung zu finden und den Weg für eine Finanzhilfe des Bundes für die digitale Bildung in Schulen frei zu machen. Nach drei Sitzungen fand der Vermittlungsausschuss einen Kompromissvorschlag für eine Grundgesetzänderung. Der am 20. Februar 2019 beschlossene Kompromissvorschlag für eine Grundgesetzänderung schafft den gesetzlichen Rahmen, dass Bund und Länder Finanzhilfen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Bildungsinfrastruktur gewähren können.

Länder können sich weitgehend gestärkt fühlen

Im Kompromissvorschlag fanden die Interessen der Länder weitgehend Berücksichtigung. Die vom Bundestag im Dezember

2018 beschlossene Gesetzesvorlage wurde entschärft. Auf die Vorgabe, die Finanzhilfe „zur Sicherstellung der Qualität und der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens“ zu gewähren, wurde verzichtet. Erheblich abgeschwächt wurde ebenfalls die Vorgabe zur hälftigen Kofinanzierung der Länder. Die neue Gesetzesvorlage beinhaltet nur eine nicht näher konkretisierte Verpflichtung, dass die Länder eigene Mittel zur Verfügung stellen müssen. Bei den Kontrollrechten steckten die Vertreter des Bundes im Vermittlungsausschuss ebenfalls zurück. Die Bundesregierung darf demnach von den Ländern zur Gewährleistung einer zweckentsprechenden Mittelverwendung lediglich Berichte und anlassbezogen die Vorlage von Akten verlangen.

„Die Länder verpflichten ... sich, dass die Finanzhilfen eigene Mittel der Länder nicht ersetzen. Diese Vorgabe respektiert die Haushaltssouveränität der Länder.“

Finanzministerin Doris Ahnen²⁾

Politik in Deutschland ist über Fraktionsgrenzen hinweg handlungsfähig³⁾

Der Bundestag bestätigte am 21. Februar 2019 mit weit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die neue Gesetzesvorlage, da alle Fraktionen mit Ausnahme der AfD für die Grundgesetzänderung stimmten.

Bund und Länder haben sich aus der Sackgasse, in die sie sich hineinmanövriert hat-

Grundgesetzänderung:

Artikel 104b Absatz 2 Satz 5 (neu):

„Die Mittel des Bundes werden zusätzlich zu eigenen Mitteln der Länder bereitgestellt.“

Neufassung von Artikel 104c:

„Der Bund kann den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen sowie besondere, mit diesen unmittelbar verbundene, befristete Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren. ... Zur Gewährleistung der zweckentsprechenden Mittelverwendung kann die Bundesregierung Berichte und anlassbezogen die Vorlage von Akten verlangen.“¹⁾

ten, wieder herausgefunden und folglich „unter Beweis gestellt, dass die Politik in Deutschland bei ... sehr schwierigen Themen über Fraktionsgrenzen hinweg handlungsfähig ist“ (MdB Michael Grosse-Bröhmer (CDU)).

In der Aussprache über die neue Gesetzesvorlage nutzten die Sprecher der Bundestagsfraktionen die Gelegenheit, den gefundenen Kompromiss zu kommentieren.

Für Michael Grosse-Bröhmer (CDU) sind die 5 Milliarden Euro Bundesmittel „eine sinnvolle Investition in die Innovationsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit unseres Landes“. Für Carsten Schneider (SPD) ist es wichtig, dass Geld für Investitionen in den Schulen ausgegeben werden kann, um Schulen auf den neuesten technischen Stand zu bringen. Als guten Tag für die Bildung bezeichnete Dr. Marco Buschmann (FDP) das Ergebnis des Vermittlungsausschusses, „weil wir erstmals eine Rechtsgrundlage haben, um als Bund und Länder mit Finanzhilfen auf dem Gebiet der Bildung gemeinsam zu kooperieren“. Auch für Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist der erzielte Kompromiss ein gutes Ergebnis, da „die Frage des modernen Bildungsföderalismus damit ein Stück weitergebracht“ wird. Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE) sieht den Bundestag in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die bereitgestellten Finanzmittel wirklich in den Schulen ankommen. Sie wies darauf hin, dass die 5 Milliarden Euro „nicht ausreichen werden, um unser Bildungssystem auf die digitalen Herausforderungen vorzubereiten“.

Die AfD begründete ihre Ablehnung u. a. damit, dass der Änderungsvorschlag ein „erheblicher Eingriff in unser Grundgesetz“ (Dr. Götz Frömming) sei, und warfen den anderen Bundestagsfraktionen vor, dass sie je nach Couleur die föderalen Grundfesten zum Einsturz bringen wollen.

Kompromiss ist der Normalmodus der Demokratie⁵⁾

Einstimmig stimmte der Bundesrat am 15. März dem Einigungsvorschlag des Vermittlungsausschusses zu. Die Ministerpräsidenten bzw. die Bildungsminister nutzten ihre Redebeiträge zur Gesetzesvorlage, sich teilweise kritisch mit der gefundenen Kompromissformel auseinanderzusetzen und ihre

persönlichen Bewertungen zu den Vorgängen im Gesetzesverfahren einzubringen.

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, machte in seiner Rede sehr deutlich, dass der im Vermittlungsausschuss erzielte Kompromiss zwar zu unserer Demokratie gehöre und somit der Normalmodus der Demokratie sei, er dennoch für ihn persönlich sehr schmerzhaft sei, da es nicht gelungen sei, den DigitalPakt ohne unnötige Änderung des Grundgesetzes umzusetzen.

Für Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, ist der Beschluss der Grundgesetzänderung ein guter Tag für den Föderalismus. Es sei hierdurch möglich, dass Bund und Länder in sehr wichtigen Fragen zusammenarbeiten können. Wie Winfried Kretschmann in seinem Redebeitrag wies Malu Dreyer auf die Problematik der befristeten Projektgelder hin, denn die Projekte schüfen Standards, die auf Dauer durch die Länderhaushalte zu finanzieren seien. Auch Manuela Schwesig bewertet die Befristung als nicht sinnvoll. Durch eine Befristung der Gelder erhalte man keine dauerhaften Verbesserungen im Bildungsbereich.

„Die Änderung im Grundgesetz ist zum Glück nur minimal. Das Grundgesetz darf nicht zum Spielball der Politik werden. Dafür ist es zu wertvoll.“

Jürgen Böhm, VDR-Bundesvorsitzender⁴⁾

Für Armin Laschet, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, war die Feststellung wichtig, dass der Kompromiss sicherstelle, dass schulische Bildung weiter Ländersache bleibe und der Bund keinen Einfluss auf Bildungsinhalte erhalte.

Ein Anlass zu großer Freude sah der Ministerpräsident von Bayern, Markus Söder, nicht. Er warnte davor zu glauben, ab Sommer sei die Digitalisierung in Deutschlands Schulen auf internationalem Niveau. Dazu reichten die Finanzmittel des Digitalpakts nicht aus. Der DigitalPakt ließe den Ländern eine Menge von Aufgaben übrig. Ähnlich argumentierte Hessens Kultusminister und Präsident der Kultusministerkonferenz Prof. Dr. R. Alexander Lorz. Für ihn ist klar, dass die Länder weiterhin

hohe Mittel für die Digitalisierung in den Schulen aufwenden müssen. Er artikuliert deutlich seine Vorbehalte gegenüber Spezialfinanzierungen von Länderaufgaben durch den Bund. Er wertet den Kompromiss als Aufweichung der Kompetenzordnung des Grundgesetzes.

„Die Digitalisierung unserer Schulen gelingt dann am besten, wenn pädagogische Konzepte der Schulen, gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer und die Ausstattung ineinandergreifen.“

Hessens Kultusminister
Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Präsident der Kultusministerkonferenz⁶⁾

Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 steht⁷⁾

Bund und Länder haben sich sehr schnell mit der KMK-Konferenz auf eine Verwaltungsvereinbarung geeinigt, die eine rasche Umsetzung des Digitalpakts ermöglichen kann. Die Finanzierung, 5 Milliarden Euro über den Bund und 500.000 Millionen über die Länder, steht und die Verteilung der Gelder auf die Länder wie auch die Aufgabenverteilung und Einzelregelungen der Fördermaßnahmen wurden einstimmig beschlossen.

Auf Rheinland-Pfalz entfallen im Förderzeitraum 241.229.500 Euro

Der Bund ist für den Ausbau digitaler Bildungsinfrastrukturen zuständig, die Länder sind verantwortlich für Betrieb und Wartung, für die Entwicklung pädagogischer Konzepte und für die (Weiter-) Qualifizierung von Lehrkräften.

„Neu ist, dass mit dem DigitalPakt neue Wege für digitale Kooperationen auf überregionaler und auf länderübergreifender Ebene geschaffen werden.“

Bundesbildungsministerin
Anja Karliczek⁸⁾

Digitale Bildung und Breitbandversorgung müssen zusammen gedacht werden

Eine erfolgreiche Umsetzung des Digitalpaktes ist nur dann möglich, wenn die Schulen Zugriff auf schnelles Internet haben. Schu-

len, so die Aussage des Bundesbildungsministeriums, müssen deshalb überall auf schnelles Internet zurückgreifen können. Eine Reihe von Schulen, besonders im ländlichen Raum, hat keinen Zugriff auf schnelles Internet. Die Landesregierungen von Rheinland-Pfalz haben in den letzten Jahren immer wieder betont, dass der Ausbau eine hohe Priorität besitze. Und auch die neue Landesregierung schreibt im Koalitionspapier fest, dass digitale Bildung und Breitbandversorgung zusammengefasst werden müssen. Folgerichtig hat die Landesregierung angekündigt, mit Schulleitungen und Schulträgern im Dialog mit dem Breitbandkompetenzzentrum nach Lösungen zu suchen. Lösungen sind aber noch nicht erkennbar.

„Kinder und Lehrkräfte an Schulen benötigen für die digitale Bildung eine zukunftsgerichtete Breitbandversorgung.“

Koalitionsvertrag RLP 2016 bis 2021⁹⁾

Sicherlich ist die Verbesserung der digitalen Infrastruktur durch einen Glasfaseranschluss eine Frage des Geldes. Erwartungen, dass durch den DigitalPakt der Glasfasernanschluss für Schulen finanziert werden kann, können nicht erfüllt werden. Dies ist im Förderpaket des DigitalPaktes nicht enthalten. Allerdings bietet das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur seit Mitte 2017 mit dem

Programm „Offensive Digitales Klassenzimmer“ und mit einem Sonderprogramm zur Gigabit-Versorgung von Schulen seit Herbst 2018 eine Breitband-Förderung für jede Schule an. „Der DigitalPakt Schule und die Breitband-Förderung des BMVI ergänzen sich: Über das Breitbandprogramm wird die Internetanbindung bis in den Keller eines Schulgebäudes finanziert. Die Vernetzung innerhalb des Gebäudes sowie zwischen mehreren Schulgebäuden auf demselben Schulgelände und die WLAN-Ausleuchtung wird aus dem DigitalPakt finanziert.“¹⁰⁾



WR

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

Anmerkungen:

- ¹⁾ Bundesrat Drucksache 88/19 vom 21.02.2019
- ²⁾ <https://www.rlp.de/de/aktuelles/individuelle/News/detail/News/digitalpakt-schnell-umsetzen-und-in-digitale-bildung-investieren/>
- ³⁾ Bundestag, Plenarprotokoll der 83. Sitzung vom 21.02.2019
- ⁴⁾ <https://vdr-bund.de/presse.aspx?id=26>
- ⁵⁾ Bundesrat, Plenarprotokoll und Reden der 975. Sitzung vom 15. März 2019

- ⁶⁾ PM der KMK vom 15. März, <https://www.kmk.org/aktuelles.html>
- ⁷⁾ <https://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2019/Verwaltungsvereinbarung>
- ⁸⁾ PM der KMK vom 15. März, <https://www.kmk.org/aktuelles.html>
- ⁹⁾ Koalitionsvertrag RP, Seite 47
- ¹⁰⁾ <https://www.bmbf.de/de/wissenswertes-zum-digitalpakt-schule-6496.html>

► AUSZUG DER VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 21. MÄRZ 2019

Verband Reale Bildung (VRB) fordert „DigitalpaktPlus“

Das Lehren und Lernen im digitalen Zeitalter ist ein zentrales Thema der aktuellen Bildungspolitik. Nach der Einigung von Bund und Ländern zum Digitalpakt sind nun die Länder am Zug. Der Verband Reale Bildung erwartet von der rheinland-pfälzischen Landesregierung eine zeitgemäße digitale Ausstattung der Schulen mit Breitbandversorgung, schnellem WLAN, elektronischen Arbeitsgeräten und Lernmitteln sowie mobilen Endgeräten.

„Die bereitgestellten Mittel müssen die Schulen schnellstmöglich erreichen“, fordert Timo Lichtenthäler, Landesvorsitzender des Verbandes Reale Bildung. Unterrichtsqualität sei allerdings nicht allein durch eine großzügige materielle Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik gewährleistet. „Eine gute Personalausstattung, zusätzliche Fort- und Weiterbildungsangebote sowie Freistellungen der Lehrkräfte zur Wahrnehmung der neuen Aufgaben sind die Voraussetzung, dass die digitalen Investitionen überhaupt wirksam werden können“, erklärt der VRB-Chef im Vorfeld des am 21. März vom VRB veranstalteten 9. Ingelheimer Fachkongresses. Der Verband Reale Bildung fordert einen DigitalpaktPlus. Für das Plus sei das Land zuständig. Gelder für Hardware und Software reichen nicht aus. „Wir müssen auch in die

Anwendungskompetenz investieren“, begründet Lichtenthäler. Der VRB fordert und erwartet, dass die Landesregierung infolge der digitalen Veränderungen ein schlüssiges Fortbildungskonzept für Lehrkräfte entwickelt. Darüber hinaus benötigten die Schulen eine dauerhafte Unterstützung nicht nur bei der Installation, sondern auch bei der Unterhaltung der digitalen Werkzeuge durch IT-Fachkräfte und Systemadministratoren. Das Lehren und Lernen in einer digitalen Welt könne die Lehrkräfte nicht ersetzen. Ein guter Unterricht werde weiterhin durch die Lehrkraft geprägt, die die Freiheit haben müsse, Medien eigenverantwortlich einzusetzen. „Technik allein verbessert gar nichts. Auf die Lehrerin und den Lehrer kommt es an!“, so der VRB.

Selbstkritik: Fehlanzeige! Bundesrat sieht den Bildungsföderalismus gestärkt

In der Plenarsitzung des Bundesrates zur Änderung des Grundgesetzes am 15. März 2019 strotzten die Ländervertreter vor Selbstbewusstsein und zeigten unverhohlen ihre Freude ob des mit dem Bund ausgehandelten Kompromisses. Sie zeigten dem Bund eine lange Nase, indem sie genüsslich die Schnelligkeit der Länder heraussstellten, mit der diese erfolgreich Probleme lösen können. Entsprechend feierten sie den Tag der Verabschiedung der Grundgesetzänderung als guten Tag für den Föderalismus. Den Rednern der Ländervertreter war die Erleichterung geradezu anzusehen, dass das Begehren des Bundes abgewehrt werden konnte, über den DigitalPakt Kompetenzen im Bildungsbereich an den Bund abtreten zu müssen.

Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse nicht gegeben

Allerdings tun die Länder nicht gut daran, im Überschwang der Gefühle die Probleme der deutschen Bildungspolitik auszublenden. Die Ländervertreter haben in der Plenarsitzung nicht erkennen lassen, dass sie sich die Argumente der Bundespolitiker zu Herzen genommen hätten und sich der Frage stellen, warum der Bund sich stärker in Schulpolitik einbringen will, indem er Kompetenzen bei der Qualitätsentwicklung einfordert. Bundestagsabgeordnete haben immer wieder in den Aussprachen zu den Gesetzesvorlagen auf die enormen Unterschiede in den schulischen Leistungen hingewiesen. Es ist durch nichts zu rechtfertigen, dass bei einem Wohnungswechsel zum Beispiel von Nord nach Süd ein ganzes Schuljahr verloren gehen kann. Die Länder und die KMK

haben es nicht geschafft, für die Einheitlichkeit der Schulqualität und Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse zu sorgen.

Selbstkritik nicht erkennbar

Die Leidenschaft, mit der Ministerpräsident Winfried Kretschmann als Befürworter des Bildungsföderalismus aufgetreten ist, hätte man sich bei der Schulpolitik seines Landes gewünscht. Die Experimente, die mit der Einführung und Umsetzung der Gemeinschaftsschule schulpolitisch in Gang gesetzt wurden, haben falsche Entwicklungen ausgelöst und keinen Beitrag zur Verbesserung der Schulqualität geleistet. Baden-Württemberg steht aber nicht alleine mit seiner Schulpolitik auf dem Prüfstand. Andere Bundesländer zeigen sich ebenfalls auf Kosten der Schulqualität zu experimentierfreudig. Jüngstes Beispiel ist der mögliche Verzicht auf die Notengebung an hessischen Schulen.

Kritik kommt auch aus anderen gesellschaftlichen Bereichen

Kritische Stimmen zu den Schulleistungen gibt es nicht nur aus den Reihen der Politik. Seit Jahren hören wir Klagen über die Schülerleistungen aus den Reihen der Wirtschaft und der Universitäten. Die Bewertungen in den Abschlusszeugnissen stimmen scheinbar nicht mit der Realität überein. Auch Rheinland-Pfalz muss sich fragen lassen, warum nur in unserem Land auf eine Abschlussprüfung für den mittleren Bildungsabschluss verzichtet wird. Die Landesregierungen sind dem Bund beim DigitalPakt als starke Einheit entgegengetreten und haben Stärke gezeigt. Es ist jetzt an der Zeit, mit derselben Energie und Einigkeit den Problembereich „Vergleichbarkeit von Schulleistungen und Schulabschlüssen“ anzugehen und Abhilfe zu schaffen. Der Bildungsföderalismus muss endlich beweisen, dass er Schulqualität dauerhaft bundesweit sichern kann.

Wilfried Rausch

Ist die Finanzierung für den DigitalPakt gesichert?

Geht das Pokerspiel um die Finanzierung innerhalb des Bundeskabinetts erneut wieder los? Erinnern wir uns, auch nach der Ankündigung einer Bundesinitiative DigitalPakt#D in 2016 wurde lange Zeit über die die Bereitstellung der Finanzmittel gestritten. Eine zentrale Rolle im Streit um die Mittel nahm damals und nimmt heute das Finanzministerium ein. Bundestagsparteien fordern vom Finanzminister Olaf Scholz Auskunft, wie er die sich abzeichnende Finanzierungslücke beim DigitalPakt Schule schließen möchte.

Nach einer Pressemitteilung von welt.de vom 15. April 2019 habe sich eine beträchtliche Lücke bei der Finanzierung des

DigitalPakts aufgetan. Das Finanzministerium habe sich verkalkuliert. Wider besseres Wissen sei mit deutlich höheren Erlösen aus der Versteigerung der 5G-Frequenzen gerechnet worden.

Die Finanzierung des DigitalPakts Schule wie auch des Breitbandausbaus soll aus dem 2018 eingerichteten Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ erfolgen. Das Finanzministerium hat dafür bereits im Jahr 2018 aus Steuermehreinnahmen als Anschubfinanzierung 2,4 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Weitere Bundesmittel sollen nach Aussagen des Finanzministeriums nicht mehr beigesteuert werden. Die weitere Finanzierung soll durch Ein-

nahmen aus der Bereitstellung von Mobilfunklizenzen erfolgen.

Da nur 30 Prozent des Sondervermögens in die Finanzierung des DigitalPakts Schule fließen können, zeichnet sich schon jetzt nach Ansicht einiger Haushaltspolitiker eine Finanzierungslücke ab. Die 5G-Versteigerung müsste für diese Legislaturperiode rund 9,3 Milliarden Euro einbringen, um die volle Finanzierung des Digitalpakts sicherzustellen.

RA / Quellen: www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article191923793
PM des Bundesfinanzministeriums vom 1. August 2018 'Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ beschlossen'

#fridaysforfuture



Greta Thunberg am 1. März 2019 in Hamburg – Foto: Adobe Stock

Schülerproteste nach Gretas Vorbild

Beeindruckend! Greta Thunberg, ein 16-jähriges schwedisches Mädchen, findet weltweit Beachtung durch ihr Eintreten für mehr Klimaschutz. Im August 2018 begann die damals 15-Jährige, freitags den Schulunterricht zu boykottieren, um stattdessen zu demonstrieren. Seither sind Hunderttausende Schülerinnen und Schüler in verschiedenen Ländern ihrem Beispiel gefolgt. Inzwischen kommt keine Talkshow mehr ohne dieses Thema aus.

Klimaaktivistin als neues Idol

Im Dezember 2018 sprach sie auf der UN-Klimakonferenz in Katowice und traf dort UN-Generalsekretär António Guterres. Im Januar 2019 referierte sie beim Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums in Davos und hatte ein Gespräch mit IWF-Direktorin Christine Lagarde. Kein Wunder, dass sie für Tausende Jugendliche zum Idol wurde. Die Medien jubeln das Mädchen als Popstar hoch. So wurde Greta mit dem deutschen Film- und Fernsehpreis „Goldene Kamera“ geehrt. Eigens für sie hatten die Veranstalter einen „Sonderpreis Klimaschutz“ erfunden.

Für ihre Gegner ist Greta ein Hassobjekt und eine Kunstfigur. Das Mädchen werde in Wahrheit von Erwachsenen für deren egoistische Zwecke instrumentalisiert, vermuten sie. Der schwedische Wirtschaftsjournalist Andreas Henriksson behauptet, der Schulstreik sei eine „PR-Kampagne“ für ein neues Buch von Gretas Mutter, der Opernsängerin Malena Ernman¹⁾. Greta führt ihr starr zielgerichtetes und kompromissloses Verhalten auf das Asperger-Syndrom zurück: „Ich sehe die Welt aus einer anderen Perspektive – Schwarz und Weiß²⁾.“

Einen Höhepunkt fanden die Aktionen am 15. März. In 123 Ländern auf allen Kontinenten nahmen Hunderttausende junge Menschen an Schulstreiks fürs Klima teil. In Deutschland versammelten sich Jugendliche in mehr als 200 Städten, um gegen die „Untätigkeit der Politiker“ zu protestieren. Auffällig war, dass zahlreiche Eltern und Großeltern die Märsche begleiteten und ihre Sprösslinge stolz fotografierten. So sind z. B. zwei sieben (!) und zehn Jahre alte Geschwister aus der Nähe von Gießen eigens mit den Eltern nach Berlin gefahren, hockten „professionell gesichert“ auf einem Baum und trugen ein Schild „Es ist unsere Zukunft, ihr Arschlöcher!“³⁾ Und dann gab es auch noch die Lehrer, die mit ihren Schülern gemeinsam demonstrierten.

In Rheinland-Pfalz hatte die Landeschülervertretung zum Streik aufgerufen: „Jede*r ist dazu eingeladen, die Bewegung zu unterstützen und jede*r, die*der sich aktiv dagegen stellt, wird sich eingestehen müssen, dass Mutter Erdes Blut an seinen/ihren Händen klebt. Der globale Streik am 15. März bietet die einmalige Chance, ein weltweites Zeichen zu setzen. Diese Möglichkeit sollten wir nutzen und appellieren

an alle Lehrer*innen, einmalig die durch die Kundgebungen am 15.3. entstehenden Fehlstunden zu entschuldigen.“⁴⁾

Breite Resonanz durch soziale Netzwerke

Die Organisation der Protestmärsche sei hauptsächlich über Whatsapp-Gruppen erfolgt, erzählen die Organisatoren der Freiburger Aktionen. Es sei ein Vordruck für ein Entschuldigungsschreiben an die Lehrer entworfen worden. Ein Brief an die „Eltern der Freiburger Schüler“ erklärt, worum es geht und bittet darum, „ihr Kind beim Engagement für eine lebensrettende Klimapolitik zu unterstützen“. Sie druckten Handzettel mit Parolen, die gerufen werden sollten. „Wir sind jung, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut“, war nur eine davon. Dann, als es losging am Freitag, waren die Macher von der großen Zahl der Teilnehmer überrascht; alles sei wie von selbst gelaufen.⁵⁾ Inzwischen treten die Schüler auch überregional an die Öffentlichkeit und rufen in einer Website zu Spenden auf: „Wir sind weder an eine Partei noch an eine Organisation gebunden. Die Klimastreik-Bewegung hat ihre eigene Dynamik und wird ... durch hunderte individuelle junge Menschen getragen.“⁶⁾

Vielseitiges Lob für Engagement

In vielen Medien und bei Erwachsenen finden die jugendlichen Protestierer meist eine positive Resonanz. So wird eine Freiburger Musikerin mit den Worten zitiert: „Ich fand es sehr bewegend, vor allem, dass so viele richtig Junge kamen. Und dann diese Ungeduld, die sagt: Wir können nicht länger warten.“⁷⁾

In der Tat: „Es ist eine tolle Sache, wenn ein junger Mensch laut Nein sagt. Wenn er erkennt, dass das Vorgegebene nicht automatisch das Richtige ist, und wenn er sich wagt, Gegenvorschläge zu machen. Ein freier Geist erwacht in einem jungen Menschen, bereit, sich mit der Obrigkeit anzulegen, bereit, Regeln zu brechen, um für etwas Großes zu kämpfen. So stellt man sich einen Weltverbesserer vor. Wunderbar.“⁸⁾

Auch die Bundeskanzlerin lobt die protestierenden Jugendlichen: „Wir können unsere Klimaschutzziele nur dann erreichen, wenn wir auch Rückhalt in der Gesellschaft haben. Deshalb begrüße ich es sehr, dass junge Menschen, Schülerinnen und Schüler demonstrieren und uns sozusagen mahnen, schnell etwas für den Klimaschutz zu tun. Ich glaube, dass das eine sehr gute Initiative ist.“⁹⁾

Die anhaltenden Schülerproteste für eine effektive Klimapolitik stoßen im gesamten rheinland-pfälzischen Landtag auf viel Verständnis. Einzige die AfD übt Kritik.¹⁰⁾

Die Aktionen sind inzwischen zu einem Medienhype geworden. Politiker verschiedener Parteien versuchen, die Popularität der jugendlichen Demonstranten für sich zu nutzen. So zitiert DIE RHEINPFALZ den SPD-Landtagsabgeordneten Andreas Rahm: „Hut ab vor dem Fachwissen, das sich viele Jugendliche über den Klimaschutz und das Thema Energiesparen erarbeitet haben.“ Als Vorsitzender des Umweltausschusses findet es Rahm toll, dass sich Schüler für den Klimaschutz engagieren. Die CDU-Abgeordnete Christine Schneider aus Landau sagt: „Es ist sehr gut, dass sich die Jugend voller Inbrunst auf den Weg macht, um für den Klimaschutz zu demonstrieren.“ Schneider hat kein Problem mit den Streiks, wenn sie einmalig sind.¹¹⁾



Fotos: Häring

Die Proteste richten sich allerdings reichlich anonym an „die Politik“ bzw. an „die Gesellschaft“. Die Erwartung, dass von dort jemand kommen wird, der unsere Probleme auf Knopfdruck löst, ist naiv. Sogar das Hoffen auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft und auf die Forschung an den Hochschulen und in der Industrie könnte sich als trügerisch erweisen. Bei genauem Hinsehen – so stellt DIE WELT fest – ist der Feind, den die jungen Leute bekämpfen, nicht der Staat. Ihr Feind sind die Trends und Moden, die Shopping-Verabredungen, die One-Day-Outfits, die Geburtstagslisten, die Abi-Fiern, die Events, die Weihnachtswünsche. Ihr Feind sind sie selbst. Ich, du, er, sie, es. Wir.¹²⁾

Verantwortliches Handeln gefragt

Diese protestierenden Jugendlichen gehören einer Generation an, die von den Eltern gedankenlos mit dem Kombi in die Schule gefahren werden, auch bei bestem Wetter. Für die es selbstverständlich ist, in den Urlaub zu fliegen. Für die es zur Normalität gehört, jedes Jahr ein neues Smartphone oder Tablett zu bekommen und bei denen mit dem 18. Geburtstag ein eigenes Auto vor der Tür steht... Den Klimawandel ernst zu nehmen in der Überflusgesellschaft, heißt, etwas neu einzuüben, was in dieser Gesellschaft nur noch die Alten kennen, weil sie es kennenlernen mussten: Unbequemlichkeit, Verzicht. Wie soll eine Generation, die den Wohlstand gewohnt ist und die mit dem Kopf in einer rundum vernetzten, energiehungrigen Welt lebt, das bewerkstelligen? Auch noch freiwillig. Vor diesem Hintergrund wird die



KARIKATUR: HAITZINGER

Aus: DIE RHEINPFALZ vom 16. März 2019; mit freundlicher Genehmigung von Horst Haitzinger

Protestwelle möglicherweise das gleiche Schicksal erleiden wie beinahe alle jugendlichen Aufmüpfigkeiten vor ihr: Man wird sich gern zurückerinnern, wenn man älter ist, und über sich und seine Naivität lächeln.¹³⁾

„Klimaignorant und asozial, nicht mit uns in Frankenthal“, skandierten Schüler beim Marsch durch die Stadt. Sie sind sich durchaus bewusst, dass sie sich an die eigene Nase fassen müssen. Jeder einzelne müsse jetzt raus aus der Komfortzone und auch mal auf etwas verzichten, appellierte die Sprecherin an ihre Mitstreiter und erntete großen Beifall.¹⁴⁾

In einigen Schweizer Schulen hat man das erkannt. „Wir können nicht nur streiken, sondern müssen auch konkret etwas unternehmen gegen den Klimawandel“, wird eine Schülerin zitiert. So hat man an dieser Schule beschlossen, bei Klassenfahrten aller Art auf das Flugzeug zu verzichten.¹⁵⁾ Die Frankenthaler Gruppe der Initiative „Fridays for Future“ trifft sich freitags am Nachmittag zu einer Müllsammelaktion und will als gutes Beispiel vorangehen und andere Menschen inspirieren, etwas zu ändern.

Heiligt der Zweck das Mittel Schulschwänzen?

Die Freitags-Protestmärsche fanden in aller Regel während der Unterrichtszeit statt. Damit wird in der Öffentlichkeit die Frage diskutiert, ob der „gute Zweck“ das Schulschwänzen rechtfertigt. Die Bildungsministerien überlassen die angemessene Reaktion auf die „Streiks“ i. d. R. den Schulleitungen vor Ort. Manche Lehrkräfte kaschieren das Unterrichtsversäumnis mit „praktischer Demokratieerziehung“, „Projekttag“ oder „Unterricht am anderen Ort“. Andere reagieren mit Disziplinarmaßnahmen.

Dass die Demonstrationen nicht am Abend oder samstags stattfinden, sei – so die Organisatoren – „bewusster Teil der Aktion“; nur so könne man in der Öffentlichkeit die gewünschte Aufmerksamkeit finden. Die Schülerinnen und Schüler verstoßen also ge-

gen ihre Schulpflicht und nehmen dafür Nachteile und Sanktionen in Kauf. Sie handeln aus Kalkül. Sie spüren, dass ihre Aktionen nicht nur eine größere Aufmerksamkeit erzielen, wenn sie gegen Regeln verstoßen. Sie erleben auch, wie ihr eigener Erregungspegel steigt, wenn sie sich in einem verbotenen Raum bewegen.¹⁶⁾ Allerdings hat man damit auch Schülerinnen und Schüler mitgezogen, die die Veranstaltung für sich eher als abwechslungsreiches „Event“ als ein inneres Bedürfnis sehen.

Aus dem niedersächsischen Kultusministerium kam grundsätzliche Unterstützung für das Anliegen der Schüler, nicht aber für die konkrete Protestform. „Wir begrüßen das Engagement der Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz sehr“, sagte eine Sprecherin von Kultusminister Grant Hendrik Tonne. Doch obwohl sie sich für ein schützenswertes Anliegen einsetzten, lägen die Voraussetzungen für eine Beurlaubung vom Unterricht nicht vor. Zwar könne dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit ein Vorrang vor dem staatlichen Bildungsauftrag eingeräumt werden. In diesem Fall müsse dies aber die jeweilige Schulleitung zuvor erlauben.¹⁷⁾

Nach Sachsen-Anhalts Bildungsminister Marco Tullner (CDU) gilt „Schulpflicht ist Schulpflicht“ und das sollte auch eingehalten werden. „Heute ist es der Klimaschutz, morgen die Angst vor dem Wolf, übermorgen der Weltfrieden. Wir werden immer Anlässe finden, wo man sich politisch artikuliert“, sagte Tullner dem MDR. Gegen die Demonstrationen selbst habe er nichts. Sie sollten seiner Meinung nach aber auf den Nachmittag verlegt werden.

Berlins Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) dagegen bewertet die Schüler-Demonstrationen positiv. „Die Senatorin sieht das politische Engagement der Schüler mit Sympathie“, sagte eine Sprecherin der Bildungsverwaltung.¹⁸⁾ In Nordrhein-Westfalen

fordert die Landtagsabgeordnete Sigrid Beer (GRÜNE), „die Schulen sollten die Schüler für die Klimaaktionen freistellen“.¹⁹ Damit würde es sich auch formell nicht mehr um Schulschwänzen handeln und den Kindern und Jugendlichen würden keine Konsequenzen mehr drohen.

Heftige Kritik am Lob und der Unterstützung zahlreicher Politiker für die während der Unterrichtszeit stattfindenden Freitagsdemos hat der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, geübt. Er wirft ihnen Heuchelei vor: Da kritisieren junge Leute „Ihr macht zu wenig für Klimaschutz!“ – und die, die letztendlich die Klimapolitik verantworten, klatschen zu dieser Kritik an der eigenen Politik Beifall.

Andererseits bringt Meidinger auch Verständnis für die Jugendlichen auf: „Der Deutsche Lehrerverband begrüßt es ausdrücklich, dass sich Kinder und Jugendliche verstärkt für ihre Zukunft und mehr Klimaschutz engagieren. Wir plädieren auch dafür, dass die Schulen bei ihren Reaktionen auf die Teilnahme von Schülern bei den Vormittagsdemos pädagogisches Fingerspitzengefühl zeigen. Es ist aber nicht akzeptabel, dass Politiker durch ihre Unterstützung der Demos die allgemeine Schulpflicht am Freitagvormittag praktisch für außer Kraft gesetzt erklären.“²⁰

Entwicklung und Perspektiven

Nach den Erkenntnissen der Shell-Jugendstudien haben sich die politischen Proteste der Schülerinnen und Schüler in den vergangenen zehn Jahren allmählich weiterentwickelt. Seit 2002, als das politische Interesse der 12 bis 25 Jahre alten Befragten auf einem historischen Tiefpunkt war, steigt es permanent an. Dahinter stehen authentische Sorgen und Ängste.

Als Grund dafür sieht Klaus Hurrelmann die Tatsache, dass sich die sog. Generation Z im Gegensatz zur Vorgänger-Generation Y keine wirklichen Sorgen um ihre berufliche Zukunft machen müsse. Unternehmen stehen bei jungen Leuten schon vor dem Schulabschluss auf der Matte und buhlen um ihre Gunst.²¹ Eine solche Lebenssituation schafft den Spielraum, sich leidenschaftlich für Dinge einzusetzen, die nach der materiellen Existenzsicherung kommen.

Auffällig ist, dass die Akteure wesentlich jünger sind als bei früheren politischen Bewegungen. Schon 13- und 14-Jährige wirken aktiv mit – und nicht etwa Studentinnen und Studenten, die früher Initiatoren waren. Ein elementares politisches Interesse setzt offenbar heute früh ein. Außerdem ist die Beteiligung von weiblichen Jugendlichen ungewöhnlich hoch. Die jungen Frauen sind, wie die Shell-Studien zeigen, im Allgemeinen weniger an politischen Themen interessiert und beteiligen sich auch deutlich seltener an politischen Aktionen als ihre Geschlechtsgenossen – beim Thema Klima und Umwelt aber ist das anders.

Die Bewegung legt einen Generationskonflikt offen. Die Jugendlichen werfen den machthabenden älteren Generationen vor, kurzfristig gehandelt und untätig die Verschlechterung von Umweltbedingungen hingenommen zu haben. Nach den jüngsten Beobachtungen ist die ursprüngliche Absicht, jeden Freitag den Unterricht zu bestreiken, aufgegeben worden. Die Proteste flammen jeweils einmalig an verschiedenen Schulen auf. Damit



Foto: Häring

ist auch die Befürchtung, dass die Schüler ständig die gleichen Fächer versäumen und erhebliche Lücken entstehen könnten, nicht mehr begründet.

Straßenproteste alleine bewirken keinen Politikwechsel, wenn sie auch noch so nachhaltig oder noch so aggressiv verlaufen. „In einem parlamentarischen System wirken die Parteien, wie es im Grundgesetz heißt, an der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ohne ihre Beteiligung wird es keine machtpolitischen Veränderungen geben, auch nicht bei Klima- und Umweltfragen. Wenn sich Jugendliche wirklich nachhaltig für Klimaschutz und ihre Zukunft engagieren wollen, führt an einem langfristigen Einsatz in Verbänden, bei Umweltgruppen und in den Jugendorganisationen der Parteien kein Weg vorbei, auch wenn man damit nicht so häufig in die Presse kommt. Die Themen müssen in das parlamentarische System und in die Machtstrukturen der parteipolitischen Auseinandersetzung hineingetragen werden, wenn es zu Entscheidungen kommen soll. ... Deswegen stellt sich die Frage, ob die jetzt wieder politisierte junge Generation für das parlamentarische System und für die Parteien gewonnen werden kann.“²²



Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de

¹ DER SPIEGEL, 06.02.19

² ZDF-Interview vom 06.02.19

³ Süddeutsche Zeitung 26.01.19

⁴ Pressemitteilung der Landesschülervertretung RLP vom 12.03.19

⁵ Süddeutsche Zeitung, 24.01.19

⁶ <https://fridaysforfuture.de/>

⁷ Süddeutsche Zeitung, 24.01.19

⁸ welt.de, 25.01.19

⁹ Videobotschaft der Bundeskanzlerin vom 02.03.19; <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-delmediathek/videos>

¹⁰ Trierischer Volksfreund, 29.03.19

¹¹ DIE RHEINPFALZ, 15.03.19

¹² welt.de, 25.01.19

¹³ Rheinpfalz am Sonntag, 03.02.19

¹⁴ DIE RHEINPFALZ, 16.03.19

¹⁵ Neue Zürcher Zeitung, 10.02.19

¹⁶ Klaus Hurrelmann in: Tagesspiegel 25.02.19

¹⁷ Tagesschau, 18.01.19

¹⁸ news4teachers.de 25.01.19

¹⁹ Neue Westfälische, 27.01.19

²⁰ Pressemitteilung des Deutschen Lehrerverbandes vom 18.03.19

²¹ Klaus Hurrelmann in: Tagesspiegel, 25.02.19

²² Tagesspiegel, 25.02.19

► VRB-GESPRÄCH MIT BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Soziales Lernen gewinnt in den Schulen an Bedeutung“



Im Gespräch mit Bündnis 90/Die Grünen: Timo Lichtenthäler (li.), Saskia Tittgen und Wilfried Rausch (re.) diskutieren mit MdL Daniel Köbler ein breites Themenspektrum

Demokratisierung, Gewaltprävention, historisch-politische Bildung: wichtige Säulen der Bildungslandschaft

Timo Lichtenthäler begrüßte den gemeinsamen Entschließungsantrag der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Demokratieerziehung, Gewalt- und Extremismusprävention und historisch-politischen Bildung. Zwar hätten die Schulen schon immer das soziale Lernen gefördert und gefordert, aber die spürbaren gesellschaftlichen Veränderungen in der Wahrnehmung politischer Haltungen und Meinungen seien in der Schule angekommen und forderten die Lehrerinnen und Lehrer täglich aufs Neue heraus. Der Verband, so Timo Lichtenthäler, stimme vor allem mit den Antragsstellern darin überein, dass das Fach Sozialkunde zu stärken sei. Der Verband nehme erfreut zur Kenntnis, dass durch den Landeshaushalt zusätzliche Finanzmittel für die Förderung der Gewalt- und Extremismusprävention bereitgestellt werden.

MdL Daniel Köbler hob hervor, dass er als Vater von drei schulpflichtigen Kindern den schulischen Alltag von einer anderen Seite in seine politische Arbeit einbringen könne. Es sei wichtig, dass die Förderung der Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung schon früh in Kindertagesstätten einsetze und mit Hilfe der Landesprogramme in den weiterführenden Schulen ausgeweitet werde.

Multiprofessionelle Teams in Schulen fest etablieren

Die Verbandsvertreter machten deutlich, dass die Förderung des Erwerbs emotionaler und sozialer Kompetenzen nicht ausschließlich den Lehrkräften zusätzlich zu den Aufgaben der Vermittlung von Fach- und Methodenkompetenz aufgetragen werden dürfe. Lehrkräfte benötigten die Unterstützung durch professionell ausgebildete Fachkräfte. Diese Unterstützung fehle bzw. sei noch nicht ausreichend an den Schulen vorhanden. Der VRB fordere von der Landesregierung, dass an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen die Schulsozialarbeit ausgebaut werde. Auch für die Fort- und Weiterbildung und Beratung und Unterstützung von Lehrkräften, Eltern und Schülern sei es notwendig, den schulpsychologischen Dienst personell mit mehr Planstellen auszustatten.

Zusätzliche lehramtsbezogene Studienplätze am Universitätsstandort Koblenz einrichten

Timo Lichtenthäler gab berechtigte Sorgen aus den Schulen vor allem in ländlichen Regionen weiter, den Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern in Französisch wie auch in den Fächern Musik, Kunst und Werken gedeckt zu bekommen. Hinzu käme, dass viele Schwerpunktschulen nicht die ihnen zustehenden und zugesagten Förderlehrkräfte zugewiesen be-

Zum jährlichen Austausch traf MdL Daniel Köbler mit Timo Lichtenthäler, Landesvorsitzender, Saskia Tittgen, Bezirksvorsitzende Neustadt, und Wilfried Rausch, Landesgeschäftsführer, am 15. Januar im Mainzer Abgeordnetenhaus zusammen. In einem intensiv geführten Gespräch wurde ein breites Themenspektrum behandelt. MdL Daniel Köbler ist bei der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sprecher für Finanzen undeteiligungen, Soziales, Arbeit, Familie, Bildung, frühkindliche Bildung, Inklusion und Sport.

kämen. Ein wesentlicher Grund für die schwierige Lehrerversorgung in Bedarfsfächern insbesondere im nördlichen Teil des Landes sei, dass am Universitätsstandort Koblenz Studienplätze beispielsweise für Französisch, Musik wie auch für das Lehramt an Förderschulen nicht angeboten würden. Der Universitätsstandort Koblenz genieße eine hohe Wertschätzung bei den Studierenden. Ein zusätzliches Angebot würde mit hoher Sicherheit angenommen werden und bei den Studierenden Bindungskräfte im nördlichen Landesteil entfalten können. MdL Daniel Köbler informierte die Verbandsvertreter darüber, dass eine Trennung der Universität Landau/Koblenz in der Überlegung sei. Er nehme den Impuls des Verbandes für die weiteren Planungsrunden auf.

Zukunft der Berufseinstiegsbegleitung sichern

Da die Kofinanzierung der Maßnahme der Bundesagentur für Arbeit durch den Bund über Finanzmittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) 2020 auslaufe, fragten die Verbandsvertreter konkret nach, wie das Land den Fortbestand sichere. Saskia Tittgen betonte, dass vor allem Jugendliche, die sozialpädagogische Unterstützung bei der Persönlichkeitsentwicklung benötigten, von der Arbeit der Berufsbegleiter profitieren. Hier erwarte der Verband gerade von der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine spürbare

Unterstützung, damit diesen Jugendlichen eine Perspektive nach dem Schulabschluss geboten werden könne. Das Förderinstrument „Berufseinstiegsbegleitung“ habe sich bewährt. Nun müsse, so Saskia Tittgen, die Landesregierung den Fortbestand des Förderinstruments sichern.

Umsetzung des Digitalpakts erfordert vom Land einen höheren Investitionsansatz

Die Streitfrage, wie der Bund versprochene Finanzmittel in Höhe von 5 Milliarden an die Länder weiterleiten kann, habe nach den Darlegungen der Verbandssprecher die Landesregierung von den eigentlichen schulischen Problemen abgelenkt. Die Finanzspritze des Bundes könne nach Einschätzung vieler Bildungsminister nur als Erstinvestition gewertet werden. Aus Sicht von Wilfried Rausch habe die Landesregierung einen richtigen Schwerpunkt auf die Stärkung und Unterstützung der Schulen bei der Vermittlung der Medienkompetenz gelegt. Vernachlässigt wurde allerdings



Engagierte Lehrkräfte im längerfristigen Vertragsverhältnis müssen auf Planstellen übernommen werden.



Schulen wollen und können auf die gewinnbringende Mitarbeit der Schuleinstiegsbegleiter nicht verzichten.

die digitale Infrastruktur an den Schulen. Unsicheres WLAN durch fehlende Breitbandanbindung und die technische Ausstattung der Schulen gehörten in vielen rheinland-pfälzischen Schulen zum Alltag. Hinzu käme, dass an vielen Schulen der benötigte professionelle IT-Support nicht gewährleistet würde. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen wiesen auf die im Doppelhaushalt angesetzten 17 Mio Euro für Digitale Bildung hin und bewerteten diesen finanziellen Einsatz als Erfolg. Das Bundesland Baden-Württemberg investiere dagegen 150 Mio Euro allein in die Ausstattung der Schulen. Investitionen in digitale Infrastrukturen seien Zukunftsinvestitionen. Hier müsse die Landesregierung erheblich mehr Finanzmittel aufbringen.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

VRB im Gespräch mit dem ADD-Präsidenten

Schulen benötigen mehr Unterstützung

Zum Halbjahreswechsel führten der VRB-Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler und sein Stellvertreter Erwin Schneider ein Gespräch mit dem Präsidenten der ADD, Thomas Linnertz. Die Gesprächsteilnehmer tauschten sich über den Stellenwert der Realschule plus im rheinland-pfälzischen Schulsystem aus: Auch zehn Jahre nach ihrer Einführung weist sie mancherorts noch Akzeptanzdefizite auf und benötigt mehr Unterstützung seitens der Landesregierung.



Die VRB-Vertreter Timo Lichtenthäler (li.) und Erwin Schneider (re.) forderten von ADD-Präsident Linnertz Fortschritte in der Diskussion um bessere Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte.

Schlüsselrolle der Grundschulen

Präsident Linnertz, der im Rahmen der Wochen der Realschulen plus selbst einige Standorte besucht hatte, bezeichnete die Schulart als echte Bereicherung. Er berichtete von eindrucksvollen Erlebnissen und Begegnungen während der Schulbesuche und stellte auch die Bedeutung der Grundschulen in den Vordergrund. Diese nähmen im Übergang zu den weiterführenden Schulen eine Schlüsselrolle ein. „Die Realschule plus ist eine Schule für die jeweilige Region, auch mit Blick auf die regionale Wirtschaft“, so der Präsident.

Perspektiven für Berufseinsteiger sind wichtig

Mit Blick auf die Einstellungssituation zeigten die Verbandsvertreter auf, dass es dringend geboten sei, den gut ausgebildeten Lehrkräften eine sichere Perspektive zu bieten. „Gerade Lehrkräfte, die bereits vier oder gar fünf Jahre in befristeten Beschäftigungsverhältnissen sind, verdienen ein Planstellenangebot“, so der VRB-Chef. Präsident Linnertz stellte in Aussicht, diese Fälle genau in den

Blick zu nehmen und, sofern Planstellen zur Verfügung stehen, gezielte Angebote zu unterbreiten.

Entlastungen schaffen

Ein weiterer Punkt des Austausches waren die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte hinsichtlich der Klassenmessen, die Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung für Schulleitungen und Lehrkräfte sowie die Ausstattung der Schulen. „Die bildungspolitisch Verantwortlichen müssen ständig prüfen, inwieweit Entlastungstatbestände geschaffen werden müssen“, forderte Erwin Schneider. Die Aufstockung der Entlastungspauschale könnte ein Anfang sein.



Erwin Schneider
erwin.schneider@vrb-rlp.de

► REALSCHULE PLUS: SCHÄRFUNG DES PROFILS ERFORDERLICH

VRB im Gespräch mit Ministerin Dr. Stefanie Hubig und Staatssekretär Hans Beckmann



Anfang April suchte der VRB unter dem Leitaspekt „Realschule plus- Schärfung des Profils“ den Gedankenaustausch mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig (Mitte), Staatssekretär Hans Beckmann (4. v. re.), Abteilungsleiterin Elke Schott (3. v. li.) und Christiane Schönauer-Gragg (re.) als Vertreterin der Schulbehörde. Im Interesse der Schülerinnen und Schüler der Realschule plus forderten der VRB-Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler (5. v. re.) sowie die Vorstandsmitglieder Benjamin Bajraktari (2. v. li.), Heidi Becker (li.), Michael Eich (4. v. li.), Erwin Schneider (3. v. re.) sowie Saskia Tittgen (2. v. re.) weitere Anstrengungen zur Stärkung und Weiterentwicklung der Realschulen plus ein. Auch bei den Integrierten Gesamtschulen müssen die Themen Klassenmesszahl und Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung zur Sicherung der Unterrichtsqualität angepackt werden.

Berufseinstiegsbegleitung (BerEb) – Enttäuschung über Ausstieg des Bundes

Die Verbandsvertreter unterstrichen die Bedeutung der Berufseinstiegsbegleitung. Da die Anschubfinanzierung des Bundes zum Schuljahresende ausläuft, hat sich Rheinland-Pfalz entschieden, die Berufsbegleitung fortzusetzen. Dazu werden für 2020 ca. zwei Millionen Euro als Landesmittel bereitgestellt, 600.000 Euro für 2019.

Ein „Übergangskoach“ soll anstelle der bisherigen Berufseinstiegsbegleiter Schülerinnen und Schüler bei dem Übergang von Schule und Beruf unterstützen. Kritisiert wurden die im Vergleich zur BerEb-Finanzierung unzureichenden Landesmittel für die Übergangskoachs. Aus Sicht des VRB ist es darüber hinaus unverständlich, dass die Bundesagentur für Arbeit ein

eigenes Nachfolgeprogramm gestartet hat, das bislang nicht mit den „Übergangskoachs“ verknüpft ist.

Kindern mit sozial-emotionalem Förderbedarf gerecht werden

Die VRB-Vertreter forderten erneut die Senkung der Klassenmesszahl an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen auf 25 Schülerinnen und Schüler. Angesichts des breiten Spektrums an Begabungen, dem beide Schularten gerecht werden müssen, sollte konsequent der nächste Schritt zur Sicherung der Unterrichtsqualität erfolgen. Gerade in den heterogenen Klassen dieser Schularten wird mit zunehmender Klassengröße die individuelle Förderung schwieriger. Hinzu kommt die Beobachtung, dass der Besuch einer Realschule plus oder Integrierten Gesamtschule Kinder und Jugendliche mit sozial-emotionalen Förder-

bedarf häufig überfordert. Die Überforderung drückt sich u. a. in aggressivem Verhalten gegenüber Mitschülern und Lehrkräften aus. Der VRB sieht die Landesregierung in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, pädagogische Strukturen außerhalb des Regelschulbetriebs aufzubauen, die diesen Kindern besser gerecht werden. Ministerin Hubig bestätigt, dass zurzeit an einer Inklusions- und Förderschulordnung gearbeitet wird, die auch diese Problematik aufgreifen soll.

Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung

Angesichts zunehmender Belastungen – vor allem in der ungebundenen Arbeitszeit – darf die Landesregierung sich nicht länger dem Thema Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung verschließen. Der Krankenstand an den Realschulen plus hat sich, so die VRB-Vertreter, seit 2011 kontinuierlich erhöht. Mit der Aufstockung der Drittelpauschale für besondere unterrichtliche Belastungen und Sonderaufgaben gäbe es für die Schulen mehr Möglichkeiten, dieser Besorgnis erregenden Entwicklung entgegenzuwirken. Davon unberührt bleibt die Forderung des VRB, die Unterrichtsverpflichtung insgesamt zu reduzieren. Ministerin Hubig sieht einen Ansatz eher darin, Schulstandorte mit besonders gelagerten Herausforderungen gezielt in den Blick zu nehmen. Das sei aktuell Gegenstand der Prüfung im Bildungsministerium.

Stärkung der Realschule plus

Weitere Themen waren u. a., die Umsetzung des Digitalpaktes in Rheinland-Pfalz, die Stärkung der Fachoberschule (FOS) sowie die Personalisierung und Programmgestaltung des Pädagogischen Landesinstituts.

- Bei der Verteilung der Mittel des Digitalpaktes fordert der VRB Transparenz und Chancengleichheit ein, damit alle Schülerinnen und Schüler von diesen Mitteln profitieren können. Das müsse auch gegenüber den Schulträgern eingefordert werden.
- Ministerin Hubig zeigte sich erfreut, dass die neuen FOS-Fachrichtungen insgesamt gut angenommen werden. Augenblicklich werde geprüft, wie gewährleistet werden kann, dass die in der FOS eingesetzten Berufsschul- und Gymnasiallehrkräfte hinreichend an den Beförderungsmöglichkeiten partizipieren können.
- Mit Blick auf die Kritik des VRB an der Personalisierung und am Programm des Pädagogischen Landesinstituts kündigte Ministerin Hubig an, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um die Weiterentwicklung der Realschule plus stärker über das Pädagogische Landesinstitut zu koordinieren.

VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler forderte zum Abschluss des Gedankenaustauschs, den Anmeldezeitraum im Kalenderjahr 2020 in den Blick zu nehmen. Dieser kollidiere mit den Winterferien. Ministerin Hubig bestätigte, die Problematik zu kennen; eine Lösung sei bereits in Vorbereitung.

► RECHERCHEKOMPETENZ STÄRKEN

Kostenloser Zugriff auf Online-Nachschlagewerke für alle Schulen



Foto: Adobe Stock

Ab sofort können alle rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte auf die redaktionell geprüften Inhalte der Online-Nachschlagewerke von Brockhaus zugreifen. Der Service ist über den Bildungsserver des Landes abrufbar und für die Nutzerinnen und Nutzer kostenlos (Anmeldung unter <https://omega.bildung-rp.de>). Das Bildungsministerium trägt die Kosten. Das Projekt ist zunächst auf die Dauer von zwei Jahren ausgelegt.

Bildungsministerin Dr. Hubig will mit diesem Angebot die Schulen bei der Vermittlung des kompetenten Umgangs mit digitalen Medien und Inhalten unterstützen: „Recherchekompetenz gehört dabei zu den Schlüsselqualifikationen. Auch um sogenannte Fake News zu entlarven, braucht es Medien, die geprüfte Inhalte anbieten und auf die man sich verlassen kann.“

Mit den verschiedenen Angeboten, die aus einem Kinderlexikon, einem Jugendlexikon und der Enzyklopädie bestehen, haben Schülerinnen und Schüler Zugriff auf Beiträge zu mehr als 300.000 Stichworten. Die Inhalte werden täglich aktualisiert.

Wü/Quelle: PM des Bildungsministeriums vom 10. Januar 2019



Benjamin Bajraktari
benjamin.bajraktari@vrb-rlp.de



Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de

► LANDESELTERNBEIRAT

„Zukunftssichere Schulen für unsere Kinder schaffen“

Timo Lichtenthäler, Bernd Karst und Wilfried Rausch führten im Bildungsministerium ein Gespräch mit dem Landeselternbeiratsvorsitzenden Dr. Thorsten Ralle. Anlass des Gespräches waren die Presseerklärung des Landeselternbeirats zum 10. Jahrestag der Einführung der Schulart Realschule plus und die Berichterstattungen über diese Presseerklärung in verschiedenen Medien im Februar. Wichtiges Anliegen des Landesvorstands war es, im direkten Austausch mit dem Landeselternsprecher konstruktiv-kritisch die Vorgehensweise des Landeselternbeirats zu erörtern und gleichzeitig nachzufragen, welche Zielsetzung das Elterngremium bei der weiteren Entwicklung der Schularten in Rheinland-Pfalz verfolgt.



Dr. Thorsten Ralle (li.): „Wir wollen einen Paradigmenwechsel im Bildungsbereich.“ Timo Lichtenthäler: „Stärkung der Realschule plus muss auch ein Anliegen des Landeselternbeirats sein.“

Kritik an der Presseerklärung des Landeselternbeirats

Der Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler fand deutliche Worte zu der Vorgehensweise des Elternbeirats. Er bemängelte den Inhalt, den Zeitpunkt und auch den Kommunikationsweg. Aus Verbandssicht vertrete der Landeselternbeirat auch die Eltern der Realschule plus. Diese wünschten keine öffentlich wirksame Negativwerbung. Der gewählte Zeitpunkt in der Anmeldephase hätte der Schulart geschadet. Dr. Thorsten Ralle räumte ein, dass der Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht gut gewählt war und auch über die Formulierungen gestritten werden könnte.

Keine Kritik an der Arbeitsweise der Lehrkräfte der Realschule plus

Keinesfalls hätte der Landeselternbeirat die Arbeitsweise der Lehrkräfte an den Realschulen plus in Frage stellen wollen. Der Landeselternbeirat schätze das Engagement der Lehrkräfte hoch ein. Allerdings sei von der Landesregierung zu wenig getan worden, die Lehrkräfte an allen Schulen zu unterstützen. Er beklagte, dass die Landesregierung zu wenig in das Bildungswesen investiere. Er wies darauf hin, dass der Landeselternbeirat eine andere Sichtweise über die Leistung und Qualität der Schulen einbringen wolle. Dies werde aber im Bildungsministerium kaum zur Kenntnis genommen.

Maßnahmen zur Verbesserung der Schulqualität erforderlich

Durch den gesellschaftlichen Wandel, so Dr. Thorsten Ralle, seien neue Herausfor-

derungen für alle Schularten entstanden, die auch Auswirkungen auf die Lernerfolge unserer Kinder hätten. Die Landesregierung hätte bisher nur unzureichend auf die neuen Herausforderungen reagiert. Äußerst ungünstig hätten sich die Einsparungen im Bildungsbereich der letzten Jahre auf die Schulentwicklung ausgewirkt. Der Landeselternbeirat hätte daher schon seit längerer Zeit einen Forderungskatalog erstellt, der konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Schulqualität enthalte. Leider hätten bisher die Forderungen des Landeselternbeirats keine Wirkung bei Landesregierung und Bildungsministerium erzielen können.

Impulse für die zukünftige Schulentwicklung

Anhand des Forderungskatalogs stellte Dr. Thorsten Ralle die sechs Themenschwerpunkte des Landeselternbeirats dar, die auf der Homepage des LEB einsehbar seien. Er betonte, dass es sich hierbei um eine Fortschreibung und Ergänzung eines Themenpapiers aus der letzten Amtsperiode handele. Mit dem Forderungskatalog wolle der Elternbeirat Impulse zur Gestaltung von zukunftssicheren Schulen setzen. Dazu seien neben Forderungen auch Ziele benannt, die sich auf „Personelle Ausstattung“, „Qualitätsentwicklung“, „Individuelles Fördern und Fordern“, „Medien und digitale Bildung“ und „Elternmitwirkung“ bezögen.

Suche nach Schnittmengen

Die Verbandsvertreter diskutierten mit Dr. Thorsten Ralle den Forderungskatalog

und suchten nach Schnittmengen. In grundsätzlichen Forderungen wurde eine Übereinstimmung gefunden, die Elternbeirat und VRB offensiv gemeinsam vertreten werden wollen. Timo Lichtenthäler bedankte sich bei Dr. Thorsten Ralle für das Gespräch, das durch gegenseitige Wertschätzung geprägt gewesen sei und in dem Kontroversen zur Sprache kommen konnten. Erfreulich sei, dass eine Übereinstimmung in grundsätzlichen Forderungen erzielt werden konnte.

Übereinstimmung in grundsätzlichen Forderungen:

- ▶ Investitionen im Bildungsbereich müssen sich stärker an den spezifischen Bedarfen orientieren.
- ▶ Die Ausstattung der Schulen muss den Herausforderungen der Digitalisierung standhalten.
- ▶ Individuelle Förderung ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Unterricht.
- ▶ Notwendige Ressourcen müssen sichergestellt werden.
- ▶ Die Vielschichtigkeit der schulischen Aufgaben erfordert multiprofessionelle Teams.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de

Frühjahrstagung der dbb frauenvertretung rheinland-pfalz



Frühjahrstagung der dbb frauenvertretung rheinland-pfalz. Hintere Reihe v. li.: Christiane Dörnen (VBOB), Beate Teusch-Martins (BSBD), Karola Stinner (DVG), Mareike Schumacher (vlbs), Dagmar Tillmanns (DPoIG), Annette Richter (VHW), Nicole Weiß-Urbach (VRB), Heike Mohr-Mumbauer (PhV) und Claudia Rüdell (DSTG); vordere Reihe: Katrin Unkel (DAAV), Johanna Mieder (DSTG), Elke Schwabl (dbb Landesleitung), Birgit Koch (VRFF) und Katja Stein (VBE)

Foto: dbb

Auf der Agenda der diesjährigen Frühjahrssitzung der dbb frauenvertretung standen die Ergebnisse der Tarifverhandlungen und der bevorstehende Gewerkschaftstag 2019 in Mainz. Seitens des VRB nahm Nicole Weiß-Urbach teil. Sie ist Gleichstellungsbeauftragte des VRB und Mitglied im Vorstand der dbb frauenvertretung rlp.

Die Teilnehmerinnen bereiteten schwerpunktmäßig die Anträge des im Mai stattfindenden Gewerkschaftstages 2019 vor, der unter dem Motto „dbb und öffentlicher Dienst: Engagiert! Kompetent! Unverzichtbar!“ abgehalten wird.

Die Anträge beziehen sich unter anderem auf Kindererziehungs-

zeiten, Versorgungsabschläge und die Kostendämpfungspauschale der Beihilfe.

In ihrem Bericht über Entwicklungen in Rheinland-Pfalz fasste Elke Schwabl, stellvertretende Landesvorsitzende und Schatzmeisterin des dbb Rheinland-Pfalz, die Ergebnisse der Tarifverhandlungen

für die Angestellten im öffentlichen Dienst für die Jahre 2019 bis 2021 zusammen. Sie erklärte, dass das Finanzministerium eine zeitgleiche, systemgerechte Übernahme der Tarifergebnisse auch für die Landesbeamten zugesagt habe.



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de

► RHEINLAND-PFÄLZISCHE GESPRÄCHE ZUR PÄDAGOGIK: MINT IM DIALOG

Harald Lesch: In Notfallmodus für unser Klima umschalten!

Schule muss wachrütteln



Das vom Pädagogischen Landesinstitut entwickelte Format der „Rheinland-Pfälzischen Gespräche zur Pädagogik – Impulse für den Unterricht der Zukunft“ soll Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Schulleitungen und Eltern ansprechen. Ziel der Reihe ist es, neue Blickwinkel einzunehmen, neue Ideen voranzutreiben und Impulse zu setzen. Die zweite Veranstaltung der Reihe unter dem Schwerpunkt „MINT im Dialog“ fand im Technik-Museum Speyer statt. Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag von Prof. Dr. Harald Lesch mit dem Thema „Die Erde im Griff des Anthropozän – handelnd die Zukunft gestalten“.

Warnungen, die wir überall sehen können

Nicht nur im Fernsehen auch in der Realität ist Professor Dr. Harald Lesch ein mitreißender Redner, und niemand im Publikum konnte sich seiner Sachkenntnis und seiner Argumentation entziehen, die ob ihrer Deutlichkeit betroffen machte.

Das Anthropozän – also das Zeitalter des Menschen – wäre im Verhältnis zur gesamten Erdgeschichte ein vernachlässigbarer Zeitraum, hätte nicht der Mensch wie kein anderes Lebewesen vor ihm unsere Erde geprägt und verändert und das in einer beispiellosen Geschwindigkeit. Die technische und wissenschaftliche Entwicklung rast davon, die Ethik hinkt hinterher und ebenso unsere Verantwortung für diesen Fortschritt.

Ob beim Klimawandel oder in den technischen Entwicklungen: „Je mehr die Menschen über die Natur, ihren Aufbau und ihre Prozesse gelernt haben, umso mehr haben sie die Natur genutzt, manipuliert und verändert. Nicht immer waren die Veränderungen positiv, unsere Umwelt ist heute mehr denn je zur Ressourcenquelle und Abfallhalde geworden“, so Prof. Dr. Harald Lesch. Die Schäden an der Natur und damit an den Grundlagen unseres Lebens werden immer deutlicher. Dramatisches Waldsterben, Treibhausgase auf Rekordniveau, Treibhauswirkung verdoppelt, Verlust biologischer Artenvielfalt, Extremwetter, Extremklima u.v.m. sind die Warnungen, die wir überall sehen können. Und noch



Foto: Adobe Stock

immer glauben zu viele, wir hätten die Natur unter Kontrolle und exponentielles Wachstum sei trotz der begrenzten Ressourcen unserer Erde möglich. Wir preisen die Digitalisierung und verschweigen, welchen enormen Energiebedarf die digitale Kommunikation verursacht.

Über Naturgesetze kann man nicht abstimmen

Professor Lesch erläuterte stringent, warum der Klimawandel nicht zu diskutieren



Ein Anruf genügte

Der Leiterin des Pädagogischen Landesinstituts (PL), Dr. Birgit Pikowsky, ist es gelungen, Professor Harald Lesch als Referenten in der Reihe „Mint im Dialog“ nach Rheinland-Pfalz zu holen. Ein Anruf genügte... Zielgruppe des PL sind die Lehrkräfte. Die hat sie in Speyer erreicht. Es scheint, als sei es gelungen, die „Rheinland-Pfälzischen Gespräche zur Pädagogik“ wiederzubeleben. In den beiden letzten Veranstaltungen der Mint-Reihe wird es ab Herbst um die Themen „Künstliche Intelligenz und Big Data“ sowie „Mint und Arbeitswelt“ gehen.

Wü

ist. Es geht hier um Naturgesetze, über die man – auch in einer demokratischen Gesellschaft – nicht abstimmen kann. Deshalb ist es umso wichtiger, diese Gesetze verständlich zu machen, d.h. diese wissenschaftlichen Erkenntnisse müssen so versprachlicht werden, dass das Gegenüber sie versteht. Dies ist auch eine wesentliche Aufgabe von Schule, doch nicht nur die Naturwissenschaften, sondern auch die Sprachen und der Religionsunterricht müssen fächerübergreifend dieses Thema aufgreifen. Lehrkräfte müssen sich darüber Gedanken machen, wie sie diese Inhalte vermitteln und zu richtigem Verhalten motivieren können. Es muss zu einer Verhaltensänderung in unserer Gesellschaft kommen, sie muss wachgerüttelt werden. Das technische Wissen, um die Klimakatastrophe zu verhindern, ist vorhanden, allerdings wird es von einer trägen Gesellschaft, die nicht bereit ist, in den Notfallmodus für unser Klima umzuschalten, schlichtweg ignoriert.

Wir haben versagt

„Das könnte sich als große Fehlleistung erweisen, wir haben in unserem Diskurs versagt. Und wir haben nicht mehr viel Zeit, das zu korrigieren“, endete Professor Lesch mit einem deutlichen Appell an alle Anwesenden, sich jetzt aktiv einzubringen.



MINT im Dialog – Gesprächsrunde und Austausch mit dem Publikum (von links) mit der Lehrerin Esther Sternheim, den Abiturentinnen Antonia Parise und Daphne Tehranian, Prof. Dr. Harald Lesch und Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig. Moderator war Udo Klingner.

Anmerkung: Das PL hatte Anregungen aus der letzten Veranstaltung aufgegriffen und tatkräftig umgesetzt. Alle Adressaten kamen in der Gesprächsrunde zu Wort und auch die Zuhörer konnten sich spontan in die Diskussion einbringen. Es war wiederum ein gewinnbringender Abend, dieses Mal mit einer Botschaft, die wenig taktierende Spielräume lässt.



Regina Sersch
regina.sersch@vrb-rlp.de



Ronny Schwarz (PL)

► IM MINT-GESPRÄCH MIT MINISTERIN DR. HUBIG

„Das ist mein Anliegen“

Mit der 2018 neu aufgelegten Reihe „MINT im Dialog – Rheinland-Pfälzische Gespräche zur Pädagogik“ setzt sich das Pädagogische Landesinstitut das Ziel, neue Blickwinkel einzunehmen, miteinander in Austausch zu treten und neue Impulse zu setzen. Am Rande der zweiten Veranstaltung im Technikmuseum Speyer, in deren Mittelpunkt das Thema Klimawandel stand, sprach Wolfgang Wünschel mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig.

MINT ist Ihr Anliegen?

Ja, die Förderung junger Menschen in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ist tatsächlich seit Beginn meiner Amtszeit 2016 zu einem meiner besonderen Anliegen geworden. Auch weil Fachkräfte im MINT-Bereich – und da meine ich Fachkräfte mit

dualer Ausbildung genauso wie mit Studium – dringend gesucht werden.

Worum geht es Ihnen?

Es geht um die Frage, wie wir es schaffen, Kinder und Jugendliche entlang der gesamten Bildungskette für die MINT-Fächer zu begeistern und diese Begeisterung



auch aufrecht zu erhalten. Dazu habe ich unsere zahlreichen Partnerinnen und Partner zu einem runden Tisch MINT eingela-

den, an dem wir gemeinsam eine MINT-Strategie entwickelt haben. Natürlich wollen wir in erster Linie dazu beitragen, den hohen Fachkräftebedarf zu decken, aber es geht auch darum, deutlich zu machen, wie spannend die MINT-Fächer und wie attraktiv MINT-Berufe sind. Das Motto unserer Strategie lautet dementsprechend „Entdecken – Entwickeln – Zukunft gestalten“. Eine wesentliche Rolle spielt für uns auch die Förderung von Mädchen und Frauen. Wir brauchen mehr junge Frauen, die sich für einen MINT-Beruf entscheiden.

Sie haben den „Runden Tisch MINT“ eingerichtet und ihn mit dem „Ovalen Tisch zur Fachkräftesicherung“ verzahnt...

Ja, das war vor etwa zwei Jahren und ich bin beeindruckt, wie unglaublich enga-

giert die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur diskutiert, sondern auch gearbeitet haben. Inzwischen haben wir als Land eine zentrale Koordinierungsstelle für MINT-Fortbildungen beim Pädagogischen Landesinstitut eingerichtet und die MINT-Geschäftsstelle in Trier, die etwa den Regionenwettbewerb ausrichtet. Mit dem neuen MINT-Zertifikat zeichnen wir Schülerinnen und Schüler für ihr Engagement aus und haben ganz viele Angebote für Kitas und Schulen geschaffen.

Welche konkreten Maßnahmen können Sie Schulen zur Unterstützung Ihrer MINT-Offensive empfehlen?

Ganz viele Schulen machen ja schon mit und sind hochmotiviert. Gerade auch bei den Realschulen plus erlebe ich das immer wieder. Es ist schön zu sehen, dass

unsere Strategie so ankommt und von Schulleitungen und Lehrkräften engagiert mitgetragen wird! Wenn eine Schule neu einsteigen will, dann bieten unsere Homepages eine sehr gute erste Anlaufstelle und natürlich die MINT-Geschäftsstelle und das Pädagogische Landesinstitut, wie bereits oben erwähnt.

Haben Sie eine besondere Nähe zu den Naturwissenschaften?

Ursprünglich überhaupt nicht. Ich komme aus einer anderen Ecke mit Deutsch- und Latein-Leistungskurs und danach dem Jurastudium. Aber ich habe Interesse daran, wie die Welt funktioniert – und um das etwas besser zu verstehen, braucht man Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

► INTERVIEW MIT DEM ASTROPHYSIKER, PHILOSOPHEN UND WISSENSCHAFTSJOURNALISTEN HARALD LESCH

Es ist wichtig, dass kein Konflikt entsteht. Das wäre fatal.



Für einen Impulsvortrag in der Veranstaltungsreihe „MINT im Dialog“ kam Prof. Dr. Harald Lesch Ende März ins Technikmuseum nach Speyer. Er zeigte auf, welchen Veränderungen die Natur im „Zeitalter des Menschen“ unterworfen wurde. Die Schäden sind offenkundig, und dennoch glauben viele, sie ignorieren zu können. Im Gespräch mit Wolfgang Wünschel erläutert er, warum die Akzeptanz der Klimarealität so schwerfällt und was er für das Allerwichtigste beim Umgang mit den Schülerinnen und Schülern hält, die für die Klimawende unter anderem freitags auf die Straße gehen.

gar nicht zugänglich waren außer durch reines Nachdenken. Die ersten griechischen Philosophen haben sich Gedanken gemacht über die großen Elemente, also die ewigen, den Zeitläufen nicht unterliegenden Dinge: Sie fingen an mit Feuer, Wasser, Luft und Erde, haben dann festgestellt, dass sich das ja auch noch verändern kann. Dann hat man in Griechenland, das war z. B. Demokrit, die Idee von einem unteilbaren Teilchen entwickelt.

War es in Ihrem beruflichen Lebenslauf angelegt, am Ende auch Philosophie zu lehren?

Nein, das hat mit dem Glück zu tun, dass ich vor 20 Jahren einen wunderbaren Kollegen kennengelernt habe, nämlich

Christian Kummer. Der hat mich an die Hochschule für Philosophie gebracht, wo ich 2002 zum Lehrbeauftragten Professor für Naturphilosophie ernannt wurde. Bald war das keine Nebentätigkeit mehr, weil die Fakultät für Physik der LMU interessiert war, dass unsere Studenten bei mir Philosophie lernen können.

Sie vertreten die Auffassung, dass die Ethik der technischen Entwicklung hinterherläuft...

» *Erst einmal wissen, wovon die Rede ist*

Um die Sachkompetenz zu bekommen, über einen technischen oder naturwissenschaftlichen Vorgang philosophieren

Sie behaupten, ohne Philosophie gäbe es keine Naturwissenschaften ...

Harald Lesch: Na ja, die Philosophie ist die Mutter fast aller Wissenschaften, weil sie Fragen gestellt hat, die früher methodisch

Harald Lesch studierte Physik in Gießen und Bonn. Er promovierte 1987 und habilitierte sich 1994. Lesch ist Professor für Physik an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Lehrbeauftragter für Naturphilosophie an der Hochschule für Philosophie München. Einen Namen hat er auch als Wissenschaftsjournalist, Buchautor und Fernsehmoderator. Popularität erlangten „Leschs Kosmos“ und „Frag den Lesch“. Der Astrophysiker betreibt in seinem You Tube-Kanal „Terra X Lesch & Co“ Aufklärung über Weltraum und Umwelt. Seine jüngsten Bücher (2018) sind „Wenn nicht jetzt, wann dann? Handeln für eine Welt, in der wir leben wollen“ und ebenfalls mit Klaus Kamphausen als Co-Autor „Die Menschheit schafft sich ab: Die Erde im Griff des Anthropozän“. Dieser Titel lieferte auch das Thema für seinen Vortrag beim Pädagogischen Landesinstitut im Technikmuseum Speyer.



zu können, und um die Perspektive eines Philosophen einnehmen zu können, muss man erst einmal wissen, wovon denn eigentlich die Rede ist. Aber heutzutage verändern sich die Inhalte so schnell, dass man kaum über die ethischen Folgen einer Technologie nachgedacht hat, da hat sich auch schon wieder alles unglaublich dramatisch verändert...

Leitet sich daraus auch Ihre Forderung ab, den naturwissenschaftlichen Unterricht zum Sprachunterricht zu machen?

Ja, klar. In dem Moment, in dem Wissenschaft auf Gesellschaft trifft, muss sie ihre Begriffe in Sprache gießen. Das erfordert von jedem, der einen physikalischen Inhalt gelernt hat, ihn so zu erklären, dass ein anderer, der davon noch keine Ahnung hat, ihn versteht. Schon Hannah Arendt hat in ihrer Vita activa darauf hingewiesen, wie sprachlos eigentlich Naturwissenschaften sind, weil sie alles nur mathematisch präsentieren. Und sie hat auch auf das unglaubliche Konfliktpotenzial hingewiesen, das durch diese Sprachlosigkeit entsteht: Gesellschaft und Politik können gar nicht mehr darauf reagieren, was in den Wissenschaften passiert, weil oft keine gemeinsame Sprache mehr besteht.

Und was verhindert in Ihren Augen die Anpassung an die Klimarealität?

» Die Wirklichkeit ist widerspenstig

Unsere Gesellschaft hat noch nicht wirklich verstanden, dass Klimawandel damit zu tun hat, dass wir ein Gas in die Atmo-

sphäre entlassen, was die Energiespeicherkapazität der Atmosphäre ständig erhöht. Das gefährdet unser Hiersein enorm, weil Klimaextreme und Wetterextreme stattfinden, die in ihrer Form noch viel, viel stärker dem entsprechen werden, was wir bereits 2018 erlebt haben. Und ich habe den Eindruck – das kann ja ganz falsch sein, aber ich habe den Eindruck, dass wir uns u. a. durch den Einsatz von Unterhaltungselektronik inzwischen in einem Ausmaß von der Welt fernhalten können, wie das früher nicht der Fall war. Zugleich wird uns suggeriert, es sei „da draußen“ alles gar nicht so schlimm. Oder, noch schlimmer, da draußen kümmern sich andere. Die Wirklichkeit ist widerspenstig und nicht so, wie sie in den Fiktionen der Medien stattfindet.

Sie trennen die Aufgaben der Wissenschaft von denen der Politik. Und dennoch gehen Sie als Wissenschaftler auf junge Menschen mit den Worten zu: Wir haben versagt.

Ich glaube, das persönliche Bekenntnis ist das einzige, was bei jungen Leuten wirklich ankommt. Wenn sie merken, dass ich das ernst meine, dass das keine Inszenierung ist, dann wird sie das mehr beeindruckt als alles, was ich sonst sage. Sie sehen so, dass der Lesch mit all dem, was er weiß, auch nichts ändern konnte. Vielleicht regt es sie dazu an, einmal nicht genauso wie ich dazustehen und Versagen eingestehen zu müssen.

Sehen Sie die jungen Leute auf dem Weg?

Ja, und das tut mir auch gut, zu erfah-

ren, dass sie auf dem Weg sind. Ich war am letzten Freitag bei Fridays for Future, das war toll. Die Kids haben mich begeistert empfangen. In meiner Rede habe ich ihnen gesagt: Lasst euch bloß nicht auf irgendwelche inhaltlichen Diskussionen ein! Lasst euch nicht sagen, ihr wüsstet ja auch nicht, wie es geht. Das ist nicht eure Aufgabe. Ihr könnt euch darauf beschränken, euch zu beschweren. Die ethische Dimension in eurem Argument „Es geht um unsere Zukunft“ ist unerreichbar für alle, die euch vorwerfen wollen, ihr wüsstet ja auch nicht, wie es geht. Lasst euch nicht auf diese Diskussion ein!

Die Politik lobt die jungen Leute für ihr Engagement. Allerdings sind die Schulen verunsichert, weil durch die Protestaktionen Unterricht ausfällt. Haben Sie dazu eine Idee?

» Die sind uns doch anvertraut

Vielleicht sollten wir alle ein wenig kreativer sein. Es ist wichtig, dass kein Konflikt entsteht. Das darf nicht sein. Das wäre ganz fatal. Stellen Sie sich die Signalwirkung vor, die für diese jungen Leute davon ausgeht, wenn wir das so handhaben können, dass aus dem Interessenkonflikt eine Brücke wird und kein Schlachtfeld! Dann werden aus dieser Bewegung ganz tolle junge Leute herauskommen, von denen wir als Gesellschaft profitieren werden.

Eine Aufgabe der Schule?

Dieses Potenzial, das jetzt erkennbar wird, zu entwickeln, das ist eigentlich die Aufgabe der Pädagogen. Ich habe eine wunderbare Kollegin – Ines Geibel von der Ernst-Busch-Theaterschule in Berlin – kennengelernt; sie hat darüber gesprochen, wie die Studenten am Anfang aufgenommen werden: Wir müssen ganz behutsam sein mit denen, die sind uns doch anvertraut. Da geht einem das Herz auf, wenn Lehrerinnen und Lehrer empfinden, dass ihnen die Schülerinnen und Schüler anvertraut sind, egal wie schwierig oder wie kompliziert das manchmal ist. Wir müssen diese Diskussion mit Herz angehen. Und nicht mit irgendwelchen Formalitäten. Das, glaube ich, ist das Allerwichtigste.



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

► GEORG STENNER FEIERT 80. GEBURTSTAG

„Blick in die Vergangenheit ist wichtig,
um die Gegenwart zu verstehen.“



Foto: VRB

Georg Stenner zum Achzigsten. Eine Begegnung mit Bernd Karst (re.), Wolfgang Häring (2.v.li.), Wolfgang Wünschel (li.) und Michael Eich (Mitte). Letzterer ist der aktuelle Vorsitzende des Hauptpersonalrates, Wolfgang Wünschel war bis vor zehn Jahren, der Jubilar vor 40 Jahren Vorsitzender des Gremiums. Neben den Erinnerungen an die Riege der Bildungsministerinnen und Bildungsminister seit Hanna Renate Laurien blickten die Fünf zurück auf die Meilensteine der Schulentwicklung, wie schulfreier Samstag, Lernmittelfreiheit, Altersteilzeit und Bildungsstandards. Daneben diskutierten sie „zeitlose“ Themen wie Unterrichtsversorgung, Klassenmesszahlen und Lehrerarbeitszeit, die ihre Aktualität bis heute nicht verloren haben.

Georg Stenner feierte am 18. Januar 2019 seinen 80. Geburtstag, für RBiRP Anlass zu einem Treffen mit einem der exponierten „Realschulvertreter der ersten Stunde“. Die Begegnung stand unter dem Motto „Der Blick in die Vergangenheit ist wichtig, um die Gegenwart besser zu verstehen, der Blick auf die Gegenwart ist nötig, um die Zukunft zu meistern.“

Leiter des Realschulreferates von 1980 bis 2003

Georg Stenner war vom 1. Februar 1980 bis zum 31. Juli 2003 Realschulreferent im Bildungsministerium. In den letzten Jahren seiner Tätigkeit war er zugleich stellvertretender Abteilungsleiter und maßgeblich für Schulentwicklungsplanung verantwortlich. Vor seinem Wechsel ins Ministerium engagierte er sich in verschiedenen Funktionen für den VDR: So war er von 1972 bis 1978 stellvertretender Landesvorsitzender sowie von 1974 bis 1980 Vorsitzender des Hauptpersonalrates Realschulen und Bildungshauptreferent im Bundesvorstand des Realschullehrerverbands.

Schulentwicklung im Überblick

Die meisten rheinland-pfälzischen Realschulen wurden nach 1963, dem Jahr der Verabschiedung des ersten rheinland-pfälzischen Realschulgesetzes, errichtet. Damit reagierte der Ge-

setzgeber auf gestiegene Erwartungen an die Qualifikation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Verwaltung und Industrie, in Handel und Handwerk: Aus der Volksschule wurde die Hauptschule und zwischen Hauptschule und Gymnasium wurde die Realschule ausgebaut. Die Realschule erwies sich als geeignet, mit ihren Absolventinnen und Absolventen den zunehmenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften und mittleren Führungskräften in Wirtschaft und Verwaltung, Technik und Sozialwesen zu decken.

Der Erfolg der Realschule hatte auch „Nebenwirkungen“. Es entstand eine zunehmende Diskrepanz zwischen dem Elternwillen einerseits und den Empfehlungen der Grundschule andererseits. Mit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlungen veränderten sich die Schülerströme zulasten der Hauptschule, obwohl diese Schulart an vielen Standorten über ein freiwilliges 10. Schuljahr ebenso wie die Realschule zu einem qualifizierten Sekundarabschluss I führte. Diese Entwicklung, zusammen mit dem allgemeinen Rückgang der Schülerzahlen, gefährdete Schulstandorte. Schon aus sozialen und siedlungsstrukturellen Gründen war es aber erforderlich, möglichst viele Schulstandorte in Rheinland-Pfalz zu erhalten. Auf diese Herausforderung mussten Gesetzgeber und Landesregierung reagieren.

So wie es früher notwendig und richtig war, das Bildungsangebot der Realschule zwischen Hauptschule und Gymnasium zu entwi-

ckeln, so erschien es der Landesregierung vor zehn Jahren notwendig, durch neue Strukturen ein breit gefächertes Bildungsangebot zu erhalten.

Unterricht individualisieren

Beim Blick auf die Schulstrukturreform hebt Georg Stenner hervor, dass es nach wie vor zentrale Aufgabenstellung der Realschule plus sei, der erweiterten Bandbreite von Begabung und Leistungsfähigkeit ihrer Schülerschaft gerecht zu werden.

„Mit der neuen Ausgangssituation rücken die ganz aktuellen Fragen der Klassenmessenzenzahlen (25 ab Klasse 7), der Lehrerversorgung (Teamteaching), der Unterrichtsorganisation (multiprofessionelle Teams), der Mediennutzung sowie der zunehmenden Belastung (Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung) verstärkt in den Mittelpunkt“, fügt der amtierende HPR-Vorsitzende Michael Eich an.

Allgemeine und berufliche Bildung verbinden

Einig sind sich die drei HPR-Vorsitzenden aus Vergangenheit und Gegenwart – Stenner, Wünschel, Eich – aus aktueller Sicht in einem weiteren wesentlichen Punkt: Es geht darum, das Nebeneinander von allgemeiner und beruflicher Bildung aufzuheben. Mit der Verbindung der Fachoberschule mit dem Bildungsangebot der Realschule plus sind sich Realschule und berufsbildendes Schulwesen nähergekommen. Es wird in Zukunft weiter darum gehen, die Abstimmung zwischen Realschule plus in der Sekundarstufe I und Schulformen der berufsbildenden Schule in der Sekundarstufe II zu verbessern. Schließlich setzt ein großer Teil der Absolventinnen und Absolventen der Realschule plus seinen Bildungsgang in Berufsschulen, Höheren Berufsfachschulen, Berufsfachschulen und beruflichen Gymnasien fort. Dabei muss es keineswegs um eine strukturelle und organisatorische Verknüpfung wie bei Realschule plus und Fachoberschule gehen, sondern vor allem um eine didaktisch-methodische Abstimmung.



Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de



Foto: Staatskanzlei RLP/Sell

Rheinland-Pfalz will mehr für die Gewinnung und Bindung von Fachkräften tun

Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte tauscht sich mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer aus

Im Zwei-Jahresrhythmus tauscht sich die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte mit Ministerin Malu Deyer aus. Als Vorsitzender des Hauptpersonalrats Realschulen plus nahm Michael Eich (Foto vorne li.) an dem Gespräch teil, das Ende Januar in der Staatskanzlei abgehalten wurde und ganz im Zeichen des Fachkräftemangels stand. Der Fachkräftemangel hat längst den öffentlichen Dienst erreicht, für qualifiziertes Personal ist das Land Rheinland-Pfalz als Arbeitgeber zunehmend weniger attraktiv. Viele offene Stellen können nicht mehr ohne Zweit- oder auch Drittausschreibungen besetzt werden. Zudem werden Fachkräfte von der freien Wirtschaft, anderen Bundesländern, Bundesbehörden und inzwischen auch von kommunalen Behörden abgeworben. Die Vertreter der Hauptpersonalräte fordern ein, dass Rheinland-Pfalz mehr Anstrengungen unternehmen muss, um Abwerbungen etwas entgegenzusetzen und um die Attraktivität als Arbeitgeber wieder zu steigern.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer bekräftigte, dass sich ihr Kabinett regelmäßig mit dieser Thematik beschäftigt. Die Landesregierung werde das Tarifergebnis für die Beschäftigten der Länder auch für die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten übernehmen. Darüber hinaus soll die Besoldung zusätzlich zum 1. Juli 2019 und zum 1. Juli 2020 um jeweils zwei Prozent angehoben werden. Überzeugen will die Landesregierung auch durch attraktive Rahmenbedingungen: z. B. durch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de

Auf ein WORT,



... Frau Leicher!

Immer mal wieder trifft man bei Veranstaltungen auf Menschen, deren Tätigkeiten, deren Haltung, deren Ideen oder Visionen wir als interessant, hilfreich und weiterführend empfinden. Zeit für ausführliche und vertiefende Gespräche bleibt in der Regel nicht. Die Lösung ist das knappe Stichwortinterview unter dem Titel „Auf ein Wort...“

Karin Leicher ist Mitinhaberin und Geschäftsführerin eines modernen Kinocenters in Hachenburg im Westerwald. Fünf unterschiedlich große Kinosäle bieten Platz für 653 Kinobesucher. Das Kinocenter wird von den Westerwäldern gut angenommen. Im Schnitt besuchen 200 000 Personen im Jahr das Kinocenter. Das sind beachtliche Zahlen für ein Kino im ländlichen Raum. Nationales und internationales Aufsehen weckten die Kinobetreiber in diesem Jahr mit dem Gratisfilm „Schindlers Liste“ am Holocaust-Gedenktag (27. Januar). Besonders angesprochen waren AfD-Mitglieder. Ziel war es, dass viele Personen mit unterschiedlichen Einstellungen den Film gemeinsam anschauen, sich emotional davon berühren lassen und über das Gesehene nachdenken und ins Gespräch kommen.

Besondere Bedeutung von Filmen

Filme sind das Fenster zur Welt! Das Medium Film ist in vielfältiger Form verfügbar, als Kinofilm oder als Fernsehfilm, als Spiel-, Dokumentar- und Animationsfilm, als Musikfilm, Handfilm u.a.m. Die Filme öffnen den Blick auf andere Kulturen und Lebensformen. Die Filme besitzen eine weitreichende individuelle, soziale und gesellschaftliche Bedeutung. Sie üben durch ihre Bildsprache einen großen Einfluss auf die Menschen in allen Lebensphasen aus.

Kino

Das Kino ist nicht mehr der einzige Filmvermittlungsort. Im Zeitalter der Digitalisierung muss sich das Kino nicht nur gegenüber dem Fernsehen behaupten. Filme sind durch die Streamingdienste jederzeit verfügbar. Für die Kinobetreiber ist das digitale Zeitalter eine besondere Herausforderung. Es ist eine lohnenswerte Herausforderung, da wir Menschen aus der Isolation herausholen wollen, um durch den Kinobesuch ein gemeinsames kulturelles Erlebnis zu ermöglichen, der Kontakte und Austausch bieten kann. Bei der Filmauswahl binden wir die Kinobesucher mit ein. Per Handy können die Kinobesucher über eine App Trailer bewerten und uns somit

eine Rückmeldung über Kundenwünsche geben. Allerdings nehmen wir die Auswahl unter verschiedenen Aspekten wahr. Wir wollen nicht nur die großen Filme präsentieren. Unser Anspruch ist es, die Vielfalt der Filmproduktionen zu zeigen.

Schule und Kino

Bildungsarbeit mit Kinofilmen gehört zum schulischen Aufgabenfeld. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben können sich die Schulen an einem kompetenzorientierten Konzept zur schulischen Filmbildung orientieren. VISION KINO ist ein im Jahr 2015 aktualisiertes Filmbildungskonzept. Es ist gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus den zuständigen Landesinstituten für Schule und Medien entwickelt worden. Wir als Kinobetreiber geben Schulen verschiedene Angebote.

Kooperation mit Schulen

Der Kontakt mit den Schulen ist uns wichtig. Daher suchen wir die Kooperation mit Schulen und gehen auf die Wünsche der Schulen ein. Wir beteiligen uns an den Schulkinowochen und an dem französischen Schulfilmfest Cinéfête.

Auch für den Englischunterricht können wir ein vielfältiges Filmangebot bieten. Wir können Filme in Originalfassung, mit englischen oder deutschen Untertiteln zeigen.

Darüber hinaus bieten wir in unserem Haus Kinoseminare an. So können Schulen im Kino einen Projekttag mit dem Medium Film gestalten. Wir ermöglichen Kontakte zum Filmbüro in Koblenz, so dass Medienpädagogen eingebunden werden können, und geben Hinweise, wie Fördergelder für die Gestaltung des Projekttags beantragt werden können.

Unser Ansinnen und Bestreben ist es, vor allem Kinder und Jugendliche den Zugang zu Filmen zu ermöglichen. Daher richten wir nach zehn Jahren in diesem Jahr wieder ein Filmfest aus. Die Aufmerksamkeit für die deutsche Filmkultur, be-

sonders der jungen Generation, soll damit geweckt werden, speziell im Rahmen von Kinder- und Jugendfilmtagen und besonderen Aktionen. Wir laden die Schulen ein, beim Filmfest mitzumachen. Schülerinnen und Schüler können in der Jury mitwirken.

Lehrerscreening

Jährlich laden wir Lehrkräfte und Erzieher an zwei Sonntagen in unser Kino ein. Wir bieten zwei aktuelle Kinofilme an, die für einen schulischen Einsatz in Frage kommen können. Weiterhin stellen wir auf einem Faltblatt Kinofilme zu unterschiedlichen Bereichen in einem Kurzbeitrag dar und zeigen auch die zugehörigen Trailer. Zusätzlich bieten wir Handreichungen für den Unterrichtseinsatz und machen auf unsere Angebote für die Schulen aufmerksam.

Seniorenkino

Alle 14 Tage organisieren wir seit 14 Jahren am Montagvormittag einen Kinotag für Senioren und verbinden dies mit einem besonderen Angebot für ein Mittagessen. Das Seniorenkino wird sehr gut angenommen. Im Schnitt verzeichnen wir 200 Besucher. In der Spitze hatten wir auch schon einmal 500 Besucher. Die regelmäßigen Besucher der Seniorenkinos binden wir im Übrigen in der Filmauswahl ein. Wir freuen uns zu sehen, wie auch jüngere Menschen dieses Kinoangebot wahrnehmen und Begegnung und Austausch aus Anlass eines Filmbesuchs möglich sind.

Fotos: Cinexx-Kino, Karin Berneburg

*Stich*WORTGEBER

war Wilfried Rausch, der Karin Leicher beim „Lehrerscreening“ traf.





EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) – Artikel 17

Das Recht auf Vergessenwerden: Löschungspflicht

Wilfried Rausch im Gespräch mit Anwältin Antonia Dufeu

Teil 2: Konferenzprotokolle, Schülerakten und Mailversand

Grundsätzlich gibt es im Datenschutzrecht sowohl Löschpflichten als auch Löschrrechte. Diese Pflichten gelten auch für Lehrkräfte und haben das Ziel der Datenminimierung. Dem entgegen stehen aber auch Aufbewahrungs- und Nachweispflichten, die im Rahmen der Transparenz- und Rechenschaftspflicht beachtet werden müssen.

Das Recht auf Löschung personenbezogener Daten können betroffene Personen, z. B. Schüler und Eltern im Rahmen eines Auskunftsrechts geltend machen. Einzelheiten hierzu stehen in den Art. 5 und 17 der DSGVO.

Die DSGVO enthält keine eindeutigen Löschrfristen für Lehrkräfte. Solange sie personenbezogene Daten erheben, ist die Aufbewahrung dieser Daten an den Zweck der erhobenen Daten gebunden. Fällt der Zweck weg, muss unverzüglich gelöscht werden. Lehrer sollten daher auf die bisher geltenden Vorschriften zurückgreifen

und bislang bekannte Vorgehensweisen und Routinen beachten.

Gibt es keine Routinen für die Löschung, wird die Lehrkraft bei Datenlöschung immer abwägen müssen, ob der Zweck der Erhebung weggefallen ist oder es noch Aufbewahrungspflichten oder sonstige der Löschung entgegenstehende Gründe gibt. Erst wenn diese Gründe weggefallen, wird die Löschung erforderlich.

Protokolle von Klassenkonferenzen u. a. Konferenzen bei Anwendung von Ordnungsmaßnahmen

Protokolle von Klassenkonferenzen und unter Umständen auch von Gesamtkonferenzen können eine Reihe von personenbezogenen Daten enthalten, die zur Findung einer Maßnahme beitragen. Wesentlicher ist aber, dass diese Protokolle umfangreiche Aussagen über einen Schüler enthalten, der eine Ordnungsmaßnahme ausgesprochen bekommt.

§ Was ist bei der Verteilung bzw. Aufbewahrung der Protokolle in welcher Form auch immer zu beachten?

Bei der Verteilung der Protokolle ist zunächst zu beachten, dass jeder, der das Protokoll erhält, auch zum Erhalt befugt sein muss. Lehrer sollten also Dritte nicht unbedacht in „CC“ setzen und die Protokolle nur an die Personen weiterleiten, die ein dienstliches Interesse daran haben. Ansonsten sollte die Lehrkraft sich die Einwilligung der Schüler bzw. der Eltern einholen.

Protokolle sind zu löschen, sobald sie für die Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden und es keine weiteren Aufbewahrungspflichten gibt. Dies wird in der Regel der Zeitpunkt sein, an dem der betroffene Schüler ausgeschult wird, sofern keine Rechtsmittel oder sonstiges eingelegt werden. In letzterem Fall muss die Lehrkraft im Rahmen ihrer Nachweispflicht die Unterlagen weiterhin aufbewahren.

§ Müssen die Protokolle vernichtet werden, nachdem der Schüler die Schule verlassen hat? Gibt es eine Aufbewahrungsfrist?

Eine konkrete Frist zur Aufbewahrung ist mir nicht bekannt. Es ist allerdings zu beachten, dass unter Umständen Nachweispflichten bestehen, etwa, wenn es Unklarheiten oder gar Rechtsbehelfe gibt. Dann sollte der Lehrer die Unterlagen auf keinen Fall löschen, sondern sicher aufbewahren.

§ Wie sieht es aus, wenn Klassenlehrer oder andere Lehrkräfte bzw. Personen eine Kopie dieser Protokolle haben. Wann müssen sie diese Unterlagen vernichten?

Da gilt das oben Gesagte. Natürlich muss nicht jeder die Unterlagen behalten. Es reicht, wenn die zentrale Stelle sie vorhält, um einen Nachweis darüber zu führen. Die anderen Beteiligten sollten die Unterlagen vernichten.

§ Was muss ein Schulleiter als Dienstvorgesetzter grundsätzlich beachten, wenn die Protokolle, die personenbezogene Daten enthalten, in Kopie verteilt werden?

Der Schulleiter ist die verantwortliche Stelle für die Einhaltung der Datenschutzregeln. Das bedeutet, er muss den korrekten Umgang mit den Daten sicherstellen und gewährleisten, dass der Umgang rechtskonform abläuft.

Schülerakten

§ Dürfen Schülerakten nach Verlassen der Schule vollständig an eine neue Schule weitergeleitet werden? Müssen Schriftstücke vorab entnommen und vernichtet werden? Welche Schriftsätze dürfen weitergegeben werden?

Das Wichtigste im Überblick

Unzureichende Lösungsmaßnahmen

- Zerreißen von Schriftstücken,
- das Verschieben von Dokumenten in den Papierkorb auf dem Computer oder
- das Entsorgen von Datenträger in Mülltonne.

Ausreichende Lösungsmaßnahmen

- physische Zerstörung
- Schwärzen
- Einsatz einer Lösungssoftware

Erforderliche Lösungsmaßnahmen

- Papiere mit personenbezogenen Daten müssen geschreddert werden.
- Digitale Ordner müssen durch geeignete Software gelöscht werden. Beachten Sie, alles was sich im Papierkorb auf dem Desktop befindet, kann wiederhergestellt werden

- Alte Drucker und Laptops enthalten Festplatten, deren Daten ebenfalls mit geringem technischem Aufwand wiederhergestellt werden können. Bei Entsorgung muss sichergestellt werden, dass keine schulbezogenen Daten hierauf mehr abrufbar sind.

Entfallende Lösungsmaßnahmen

- bei Einwilligung der Betroffenen
- durch Aufbewahrungspflichten und Nachweispflichten
- durch Rechtsgrundlage

Ratschlag

Im Jahreskalender sollte routinemäßig ein Tag ausgewiesen werden, an dem alles nicht mehr Erforderliche gelöscht wird

Auch hier gilt das oben Gesagte: Die personenbezogenen Daten aus den Akten werden nur weitergegeben, sofern die Informationen für die neue Schule erforderlich sind. Wenn hier Unklarheiten bestehen, empfehle ich eine kurze schriftliche Begründung, warum die Weitergabe der Daten aus dienstlicher Sicht erforderlich ist. Damit hat die Schule Ihrer Nachweis- und Dokumentationspflicht genüge getan.

E-Mail-Versand

Viele Lehrkräfte und Klassenleiter nutzen bei der Kommunikation mit Eltern den E-Mail-Verkehr.

§ Was müssen die Lehrkräfte bei Verwendung beachten?

Einladungen zur Weihnachtsfeier oder sonstige allgemeine Hinweise sind über E-Mail möglich. Allerdings sollten personenbezogene Daten (z. B. über Erkrankung oder Notenstand) nur mit der Einwilligung der Eltern elektronisch weitergegeben werden.

Diese kann man zum Beispiel am ersten Elternabend erhalten, indem eine Liste herumgegeben wird, in die die Eltern ihre E-Mail-Adresse eintragen können, um schulische Informationen zu erhalten. Um hier der Informationspflicht nachzukommen, sollte kurz auf der Liste erklärt werden, dass die Adressen nur für schulische Kommunikation verwendet werden und die Verwendung jederzeit widerrufen werden können.

Nehmen die Eltern von sich aus Kontakt mit der Lehrkraft auf, so kann dies als Einwilligung gewertet werden, in diesem konkreten Fall die personenbezogenen Daten auszutauschen. Wichtig ist hier: die Nachweispflicht für den korrekten Umgang hat die „erhebende Stelle“, also die Lehrkraft.

§ Wann sind diese E-Mail-Adressen zu löschen?

Wenn die Lehrkraft sie nicht mehr benötigt. Das wird in der Regel sein, wenn der Schüler nicht mehr unterrichtet wird. Gibt es jedoch noch Kontakt oder sogar Streitigkeiten, so sollten im Rahmen der Nachweispflicht die E-Mail-Kommunikation und damit auch die Adressen solange aufgehoben werden, bis alles abgeschlossen ist.

§ Dürfen Klassenleiter grundsätzlich die E-Mail-Adressen der Eltern ihrer Schüler an Fachkollegen weitergeben? Was müssen die Fachkollegen beachten?

Der Klassenleiter darf die Adressen weitergeben, sofern es für die Ausübung seiner dienstlichen Verpflichtungen erforderlich ist oder er die ausdrückliche Einwilligung der Betroffenen – also der Schüler bzw. Eltern – hat. Fachkollegen unterliegen der gleichen Verpflichtung.

§ Welchen Lösungsanspruch hat eine Lehrkraft bezüglich seiner E-Mail-Adresse? Wie kann sie diesen Anspruch durchsetzen?

Die Lehrkraft hat die gleichen Ansprüche auf Löschung nach Art 17 DSGVO wie jedermann. Allerdings dürfen Informationen über die dienstliche Erreichbarkeit, Sprechzeiten der Lehrkraft und Kontaktmöglichkeiten weitergegeben werden, soweit dies erforderlich ist.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

ZUR PERSON

Rechtsanwältin Antonia Dufeu ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz. Außerdem ist sie Co-Autorin der Handreichung „Schule.Medien.Recht.“ (Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Kultur RLP). Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet sie als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



► GERECHTE NOTEN Eltern vertrauen Lehrern

Entgegen landläufiger Vorurteile bricht mit der Zeugnisausgabe keine große Beschwerdewelle über Deutschlands Lehrerinnen und Lehrer herein. Wie eine aktuelle forsa-Umfrage im Auftrag des Nachhilfeeinstituts Studienkreis ergab, vertraut eine deutliche Mehrheit der Eltern darauf, dass ihre Kinder gerecht benotet werden.

Nicht immer stehen Zensuren in den Zeugnissen, die Eltern und Kindern gefallen. Die gute Nachricht lautet: 65 Prozent der Eltern sind überzeugt davon, dass es bei der Benotung ihrer Kinder gerecht zugeht. Nur ein Drittel findet, dass mindestens eine Note im letzten Zeugnis des Kindes unfair vergeben wurde. Mütter empfinden Noten etwas häufiger ungerecht als Väter (35 Prozent zu 29 Prozent). Mit zunehmendem Alter der Schülerinnen und Schüler steigt das Ungerechtigkeitsempfinden: 47 Prozent der Eltern von älteren Schülern (11. bis 13. Klasse) sahen mindestens eine Note als ungerechtfertigt an, aber nur 23 Prozent der Eltern von jüngeren Schülern (1. bis 4. Klasse). Das Gespräch mit dem entsprechenden Lehrer suchen allerdings nur die wenigsten und wenn, dann eher die Väter (41 Prozent zu 34 Prozent der Mütter). Für die bundesweit repräsentative Studie zum Thema Notengerechtigkeit befragte das Forschungsinstitut forsa im Auftrag des Studienkreises rund 1.000 Eltern mit schulpflichtigen Kindern zwischen sechs und 18 Jahren.

Hr/Quelle: Pressemitteilung „Studienkreis“ vom 22. Januar 2019

► EMPÖRUNG ÜBER OECD-ÄUSSERUNG Kinder sind für Lehrkräfte keine Werkstücke auf dem Fließband!

Mit Empörung hat der Bundesvorsitzende des VDR, Jürgen Böhm, auf den „medialen Rundumschlag“ des OECD-Bildungsdirektors Andreas Schleicher, zum Jahresbeginn reagiert.

Schülerinnen und Schüler implizit als bloße Werkstücke und Lehrkräfte als Fließbandarbeiter zu bezeichnen, die zwar gut bezahlt würden, aber sich zu wenig für einen guten Unterricht einsetzen, sei schlichtweg falsch und ignorant, stellte Jürgen Böhm Anfang Januar klar. (...)

Es sei geradezu überheblich und anmaßend, davon auszugehen, dass Lehrkräfte nicht teamfähig seien und als Einzelkämpfer ihr angeblich geringes intellektuelles Wissen für sich behielten, obwohl sie tagtäglich mit Schülerinnen und Schülern, Eltern, Kolleginnen und Kollegen und dem schulischen Umfeld intensiv zusammenarbeiten. Eine solche Einstellung eines „Bildungsexperten“ zeuge nicht gerade von viel Wertschätzung gegenüber einem Berufsstand, der unter zum Teil schwierigsten Rahmenbedingungen, in sozialen Brennpunkten und mit hoher Professionalität beste Arbeit leistet. (...)

Wü/Quelle: VDR-PM 01/2019 – 7. Januar 2019

► EINKOMMENSRUNDE 2019 IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Harte Verhandlungen: Gutes Ergebnis

dbb- und VRB-Proteste erfolgreich



Hintergrund: Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind in Rheinland-Pfalz knapp 180.000 Beschäftigte betroffen: Neben mehr als 47.400 Tarifbeschäftigten des Landes gehören dazu über 132.000 Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger von Land und Kommunen, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll.

Forderungen: Kurz vor dem Beginn der Tarifverhandlungen zum TV-L hat dbb-Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach die Forderungen der Gewerkschaften bekräftigt: „Wenn der öffentliche Dienst als Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt auch nur ansatzweise mithalten will, sind kräftige Einkommenszuwächse im Tarif- und Beamtensbereich zwingend.“ Wichtig seien Einkommen, attraktive Perspektiven und Wertschätzung: „Das ist die Währung in Zeiten,



in denen uns schon heute mehr als 200.000 Menschen im Staatsdienst fehlen.“

Zäher Auftakt: Die erste Verhandlung in der Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder am 21. Januar 2019 blieb ergebnislos. Ver.di und dbb konnten in Potsdam mit der Tarifgemeinschaft der Länder keine Einigung erzielen. Auch in der zweiten Verhandlungsrunde am 6. und 7. Februar ist man in zentralen Fragen der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder zu keiner Annäherung gekommen. Volker Geyer, stellvertretender Vorsitzender und Tarifvorstand des dbb, kündigte an, die Schlagzahl der Protestaktionen, Demos und Warnstreiks zu erhöhen.

Warnstreik in Rheinland-Pfalz: Im Rahmen der bundesweiten Proteste gegen die stockenden Tarifverhandlungen in der Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst der Länder sind am 19. Februar 2019 mehr als 2000 Beschäftigte in Mainz für eine faire Bezahlung auf die Straße gegangen.

Starker Verbund: Unter dem Dach des dbb beamtenbund und tarifunion sind zahlreiche Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,2 Millionen Mitgliedern des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche organisiert.

Mitten drin: Unser Verband Reale Bildung (VRB). Mit dem Demonstrationzug vor der entscheidenden Verhandlungsrunde wurde der Arbeitgeberseite lautstark deutlich gemacht, dass wir

kein Verständnis haben für tariftaktische Manöver und politische Verströtungen.

Solidarität: Erwin Steilen, Horst Jurczyk und Gudrun Deck hatten die Pensionäre aufgerufen, sich solidarisch zu beteiligen. VRB-Bezirksvorsitzende Saskia Tittgen und ihre Mitstreiter fordern ein faires Tarifergebnis ein.

Abschlusskundgebung: „Jeder Cent, der den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zugutekommt, ist eine Investition in die Zukunft“, sagte Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik des dbb. Lilli Lenz, die Vorsitzende des dbb Landesbundes Rheinland-Pfalz, und ihr Stellvertreter Gerhard Bold stellten klar, dass das Tarifergebnis zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen übertragen werden müsse. Begleitet wurde die Demonstration von einem ganztägigen Warnstreik der Tarifbeschäftigten im Landesdienst in Rheinland-Pfalz.

Erfolg: In den Abendstunden des 2. März 2019 hat sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf einen Tarifabschluss verständigt. Die Laufzeit der vereinbarten Regelungen beträgt 33 Monate (bis zum 30. September 2021).

Eckpunkte der Einigung: Die Gehälter werden insgesamt in drei Schritten erhöht (siehe nächste Seite oben):



- ▶ Rückwirkend zum 1. Januar 2019 werden die Tabellenentgelte um ein Gesamtvolumen von 3,2 Prozent angehoben. In der Stufe 1 erfolgt eine lineare Erhöhung um 4,5 Prozent und in den übrigen Stufen eine lineare Erhöhung um 3,01 Prozent, mindestens jedoch um 100 Euro.
- ▶ Zum 1. Januar 2020 erfolgt eine weitere Erhöhung um ein Gesamtvolumen von 3,2 Prozent. Die Entgelte der Stufe 1 werden linear um 4,3 Prozent angehoben, in den übrigen Stufen linear um 3,12 Prozent bei einem Mindestbetrag von 90 Euro.
- ▶ Zum 1. Januar 2021 erfolgt eine weitere lineare Entgelterhöhung der Stufe 1 um 1,8 Prozent. Die Entgelte der übrigen Stufen werden linear um 1,29 Prozent angehoben – mindestens jedoch um 50 Euro. Das Gesamtvolumen dieser Maßnahmen beträgt 1,4 Prozent.
- ▶ In der Entgeltordnung für die Lehrkräfte der Länder wird zum 1. Januar 2019 die Angleichungszulage von bisher 30 Euro auf 105 Euro erhöht.

Stellungnahmen: Der Bundesvorsitzende des dbb, Ulrich Silberbach, bezeichnete das Gesamtpaket der Einigung als den sprichwörtlichen ehrlichen Kompromiss. „Auf der Habenseite steht das lineare Gesamtvolumen von 8 Prozent und die vollständige Durchsetzung der Gewerkschaftsforderungen bei den Auszubildenden.“

dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz: „Angesichts der zunächst sehr verhärteten Fronten der Tarifparteien und einer arbeitgeberseitigen Infragestellung der Entgeltordnungsgrundlagen handelt es sich um ein gutes Ergebnis mit ordentlicher Linearanpassung.“

VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler: „Jetzt muss das lineare Tarifergebnis zügig zeitgleich und systemgerecht auf Besoldung und Versorgung der Landesbeamten übertragen werden!“

Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Finanzministerin Doris Ahnen haben inzwischen eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf den Weg gebracht.

Tarifergebnisübernahme und „2 x 2 %“-Zusatzanpassung von Besoldung und Versorgung bilden zusammen einen überfälligen Aufholschritt im Bund-Länder-Vergleich

Neben der besoldungsrechtlichen Übertragung des 2019er Tarifergebnisses für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes der Länder sollen Besoldung und Versorgung der Beamten in Rheinland-Pfalz ab 1. Juli 2019 um zwei Prozent und ab 1. Juli 2020 um weitere zwei Prozent steigen.

VRB-Vorsitzender Timo Lichtenthäler und dbb-Vorsitzende Lilli Lenz: „Der Weg zum Ausgleich der von uns seit Monaten monierten, schmerzhaften Bezahlungslücke ist eröffnet und muss nun konsequent weiter gegangen werden.“



 **Martin Radigk**
martin.radigk@vrb-rlp.de



 **Wolfgang Wünschel**
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de



VRB-BERATERTEAM

Haben Sie Fragen? Brauchen Sie Unterstützung? Wenden Sie sich an unser Beraterteam. Zuständig für den Bereich:

Besoldungs- und Versorgungsrecht

Martin Radigk
Tel.: 0 62 32 / 4 04 44
martin.radigk@vrb-rlp.de



VRB-BERATERTEAM

Haben Sie Fragen? Brauchen Sie Unterstützung? Wenden Sie sich an unser Beraterteam. Zuständig für den Bereich:

Tarifrecht

Regina Bollinger
Tel.: 0 72 76 / 9 66 23 04
regina.bollinger@vrb-rlp.de



► didacta – DIE BILDUNGSMESSE 2019



begegnungen

Sie war so groß wie nie zuvor: Rund 100.000 Besucherinnen und Besucher sorgten für zufriedene Gesichter bei den Ausstellern. Insgesamt präsentierten sich 915 Unternehmen aus 53 Ländern auf der weltweit größten Messe für den gesamten Bildungsbereich. Zu den beherrschenden Themen der Bildungsmesse gehörten in diesem Jahr die Digitalisierung und ihre Herausforderungen für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und die Bildungswirtschaft. Auch die Aussteller waren zufrieden. Die wichtigen Zielgruppen waren in Köln, es gab viele und gute Gespräche an den Ständen. „Reale Bildung“ war vor Ort und sammelte Eindrücke.



► Digitale Angebote für Lehrkräfte vorantreiben Bernhard Köhler

Bernhard Köhler, Schulberater des Cornelsen-Verlages in Rheinland-Pfalz, berichtet, dass der „Schlüssel zur Mathematik“ nunmehr vollständig vorliege. Besonderheit: zwei unterschiedliche Bände für Klassenstufe neun, einen für den Berufsreife- und einen für den S-I-Bildungsgang. Köhler bestätigte den Eindruck, dass die großen Verlage dabei sind, Unterrichtsbegleitmaterialien und digitale An-

gebote für Lehrerinnen und Lehrer voranzutreiben. Sein Verlag entwickle derzeit darüber hinaus für die Realschulen plus und für die Gesamtschulen multimediale Boxen, mit denen die Schülerinnen und Schüler direkt am Rechner arbeiten können. Neben dem digitalen Schulbuch können sie mit zusätzlichen Inhalten zum Beispiel Erklärfilmen oder interaktiven Übungssequenzen arbeiten.



► Bildungsprivileg und Noten-App Dr. Günther Hoegg

Dr. Günther Hoegg hat zwei Berufe. Er ist ausgebildeter Jurist mit Schwerpunkt Schulrecht, hat aber auch bis vor zwei Jahren in der Schule vor der Klasse gestanden und unterrichtet: „Ich kenne Schule von innen, und das ist mein großer Vorteil.“ Hoegg war einen Tag in der Woche freigestellt, um für das Kultusministerium Schulrechtsfortbildungen zu halten. Er hat mehrere Bücher zu schulrechtlichen Fragen verfasst. Wir haben mit ihm im Anschluss an einen Kurzvortrag über das Urheberrecht und den Datenschutz in der Schule gesprochen. Dabei hob er u. a. das Bildungsprivileg im Urheber-

recht hervor. Viele Kolleginnen und Kollegen wüssten nicht, dass sie bessergestellt seien als ‚Otto Normalverbraucher‘, wenn sie in der Schule zur Veranschaulichung des Unterrichts Materialien verwenden. Den sogenannten kleinen Teil oder das kleine Werk könne man immer nutzen. Noten-Apps hält Dr. Hoegg unter zwei Bedingungen für zulässig. Zum einen müsse das Endgerät passwortgeschützt sein, zum anderen müsse die Notendatei in einem



eigenen Ordner abgelegt sein, der noch einmal von einer Verschlüsselungs-Software geschützt sei.

► **Wir benötigen ein Zeitalter der digitalen Aufklärung**
Jürgen Böhm

Der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm äußert sich in einer Talkrunde zur Medienkompetenz: Wir haben uns in den letzten Jahren viel mit Rahmenbedingungen beschäftigt und viel über Kompetenzen gesprochen. Es gibt für mich keine originären digitalen Kompetenzen. Wir werden so etwas wie ein Zeitalter der digitalen Aufklärung benötigen. Darüber müssen wir sprechen. Diese digitale Aufklärung brauchen wir nicht nur für die Schülerinnen und Schüler, die brauchen wir auch für die Lehrkräfte. Sie wird querschnittsmäßig alles durchdringen müssen, angefangen von den Schulfächern bis hin zur Lehrerfort- und -weiterbildung.

Die fünf Milliarden aus dem Digitalpakt sind schön und gut, aber es sind gerade einmal 27.000 Euro pro Schule. Wir reden hier also über relativ geringe Beträge. Und wir müssen

mehr Geld in die Hand nehmen für die Kolleginnen und Kollegen. Sie brauchen Freiräume und schulinterne Fortbildung. Das kostet Geld, Zeit und neue Ideen.

Es wird jetzt ernst. Wir brauchen nicht fünf, sondern möglicherweise 50 Milliarden in den nächsten Jahren. Wir müssen in der Tat wesentlich mehr für die Komponenten der Aufklärung investieren. Eine Tabletklasse allein macht keine Digitalisierung. Digitalisierung muss der Pädagogik folgen und nicht umgekehrt. Deshalb muss vor allem in die Ressource Lehrkraft investiert werden. Sie ist entscheidend. Wir brauchen die Qualifikation der Lehrkräfte vom Referendariat bis zur Pensionierungsgrenze. Das muss während der Arbeitszeit und mit Lehrer-PC geschehen, sonst fährt der Zug der Digitalisierung an der deutschen Schule vorbei.



Jürgen Böhm:
 „Digitalisierung muss der Pädagogik folgen und nicht umgekehrt...“

► **Alltagsbelastungen der Lehrkräfte verringern**
Renate Petri und Tanja Heinrichs

Zu Gast bei „lehrer nrw“, dem nordrhein-westfälischen Schwesterverband des VRB unter dem Dach des VDR Bund. Tanja Heinrichs (re.) und Renate Petri berichten von einem neuen Fortbildungskonzept ihres Verbandes, das die Stärkung der Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellt: „Neben der Frage, was wir für unsere Schülerinnen und Schüler tun können, geht es vorrangig darum, was wir für uns selbst tun können. Wir wollen dafür sorgen, dass die Alltagsbelastungen für unsere Lehr-

kräfte geringer werden. Wir haben Trainer gesucht, die Angebote machen in den Bereichen ‚Gesundheitsprävention – Was kann ich für mich tun?‘, ‚Psychoziale Belastungen – Wie gehe ich damit um?‘ und ‚Gewaltprävention – Wie bleibe ich handlungsfähig?‘. Wir wollen den Kolleginnen und Kollegen zeigen, dass wir hinter ihnen stehen, indem wir ihnen wirksame Mittel und Werkzeuge an die Hand geben.



► **Didacta – informativ und gut besucht**
VRB: Teilnahme-Restriktionen lockern

Eva Schlegel, Mitglied des Bezirksvorstands Koblenz, berichtete der Redaktion ihre Eindrücke wie folgt: „Der Besuch war wie immer sehr informativ, nicht zuletzt deswegen, weil es viele neue interessante Produkte im Bereich der Medienkompetenz zu entdecken gab.

Sowohl für das Fach Deutsch als auch für das Fach Religion waren vielfältige Angebote für einen anschaulichen und differenzierten Unterricht vorhanden. Auffällig war, dass das Thema „gesunde Ernährung“ immer mehr in den Vordergrund rückt und einen wichtigen Stellenwert hinsichtlich der Erziehung und Bildung unserer Schüler einnimmt“.

Mit den rund 1.400 Veranstaltungen bot die didacta ein breit gefächertes Event-, Vortrags- und Kongressprogramm. In der Presseerklärung zum Abschluss stellte Prof. Dr. mult. Wassilios E. Fthenakis, Präsident des Didacta Verbandes der Bildungswirtschaft, die enorme Bedeutung der Messe für die Fortbildung der Pädagoginnen und Pädagogen heraus.

Unser Verband fordert seit langem vom Bildungsministerium, die Restriktionen bezüglich der Teilnahmemöglichkeit zu lockern.

Die nächste didacta findet vom 24. bis 28. März 2020 in Stuttgart statt.



Eva Schlegel
 eva.schlegel@vrb-rlp.de



Wolfgang Wünschel
 wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

► DIGITALISIERUNG Didaktische Werkzeuge

Die Digitalisierung birgt für alle Bereiche des Schullebens große Chancen ... Häufig dreht sich die aktuelle Diskussion um Substitutionsgedanken: Das Buch wird durch Tablets ersetzt, die Kreidetafel durch interaktive Tafeln, der Overheadprojektor durch Dokumentenkameras. Das didaktische Potenzial digitaler Medien wird dadurch noch nicht ausgeschöpft...

Aktuell fördern viele Initiativen die Digitalisierung im Bildungswesen und das Thema wird sehr gehypt. Keine Schule, keine Lehrkraft kommt aktuell an diesem Thema vorbei. Schon allein deshalb wird es zukünftig mehr Unterricht mit digitalen Medien geben. Gleichzeitig muss man dies aber auch problematisch sehen, da eine sinnvolle Integration von digitalen Medien im Unterricht aus der eigenen Überzeugung von Lehrkräften heraus geschehen sollte und nicht durch Druck von außen, etwa durch Politik oder Wirtschaftsunternehmen. Und selbstverständlich gibt es sehr guten Unterricht auch ohne digitale Medien und manchmal leider auch sehr schlechten trotz Digitalisierung.

Wü/Auszug Leserbeitrag Christian Müller, Leitungsteam Didaktisches Labor Universität Passau, in „+3Magazin“Nr. 51, S.7 – Monatsbeilage zur Süddeutschen Zeitung v. 15.2.19

► EXPERTENRUNDE AN DER TH BINGEN „Schreckgespenst Mathematik“

Nachwuchsengeure werden dringend gesucht, und die Dringlichkeit steigt mit dem demografischen Wandel von Jahr zu Jahr. Spätestens aber, wenn klar wird, dass man nur mit ausreichenden Mathematikkenntnissen durchs Studium kommt, lassen viele Jugendliche die Finger von dieser Berufsperspektive, mit der sie zunächst geliebäugelt hatten.

Der Ruf der Mathematik könnte besser sein. An der TH Bingen traf sich eine Expertenrunde in der Gesprächsreihe „Campus leben“ und erörterte, warum der Mathematik nur vereinzelt die Herzen zufliegen und wie Sympathiepunkte für die Disziplin gesammelt werden könnten.

Prof. Dr. Herbert Baaser (Professor für Technische Mechanik) merkt an, dass in der Schule Mathematik zu viel mit dem Rechnen verbunden wird: Dabei geht der Spaß verloren, den Mathematik schon beim Blick in die Natur offenbart. Die TH sieht sich in der Pflicht und will gegensteuern. Wir laden Schüler in unsere Labore ein. Es geht darum, Freude am logischen Denken zu wecken.

Bernd Karst (Stv. VDR-Bundesvorsitzender) glaubt, dass die sprachliche Kompetenz in der Gesellschaft traditionell einen höheren Stellenwert hat: Dabei hat alles mit Mathematik zu tun. In der Schule gewinnen anwendungsbezogene Ansätze an Bedeutung. Die Didaktik geht zunehmend darauf ein. Wir müssen die Frustrationsspirale umdrehen. Mathematik darf nicht als Schreckgespenst empfunden werden.

Alexandre Wolf (Dipl. Mathematiker) hält Mathematik vor allem für ein Mittelstufenproblem: Da die Disziplin immer wieder auf Vorwissen angewiesen ist, entstehen hier Lücken, die wiederum für Blockaden sorgen. In der Mathematik geht es nicht um Rechenmethoden, sondern um mathematische Beweise.

Ka/Textzusammenfassung aus AZ, 13.03.2019

► FUNDSACHE Remonstration im Beamtentum

In einem Gastkommentar für den „Behörden Spiegel“ hat dbb Chef Ulrich Silberbach auf die Bedeutung eines in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannten Aspekts des Beamtentums hingewiesen: das Recht und die Pflicht zur Remonstration.

Grundsätzlich tragen Beamtinnen und Beamte die Verantwortung für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen. Haben sie Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer Weisung, müssen sie remonstrieren. Das bedeutet: Die Bedenken müssen zunächst bei der/dem Vorgesetzten vorgebracht werden. Bleibt diese/r bei der Anordnung, muss sich die Beamtin oder der Beamte an die/den nächst höhere/n Vorgesetzte/n wenden. Wird die Weisung auch dort bestätigt, muss sie ausgeführt werden. Verweigert werden darf das nur, wenn die Anordnung auf erkennbar strafbares oder ordnungswidriges Verhalten abzielt, die Menschenwürde verletzt oder sonst die Grenzen des Weisungsrechts überschreitet.

„Remonstration ist nicht nur Recht, sondern Pflicht“, stellte der dbb Bundesvorsitzende klar, ein „blind-folgendes Beamtentum“ sei nicht gewollt...

Rechtsgrundlage Rheinland-Pfalz: § 66 LBG Rechtmäßigkeit des Handelns

(1) Der Beamte trägt für die Rechtmäßigkeit seiner dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.

(2) Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen hat der Beamte unverzüglich bei seinem unmittelbaren Vorgesetzten geltend zu machen. Wird die Anordnung aufrechterhalten, so hat sich der Beamte, wenn seine Bedenken gegen ihre Rechtmäßigkeit fortbestehen, an den nächsthöheren Vorgesetzten zu wenden. Bestätigt dieser die Anordnung, so muss sie der Beamte ausführen und ist von der eigenen Verantwortung befreit; dies gilt nicht, wenn das dem Beamten aufgetragene Verhalten strafbar oder ordnungswidrig und die Strafbarkeit oder Ordnungswidrigkeit für ihn erkennbar ist oder das ihm aufgetragene Verhalten die Würde des Menschen verletzt. Die Bestätigung ist auf Verlangen schriftlich zu erteilen.

(3) Verlangt der unmittelbare Vorgesetzte die sofortige Ausführung der Anordnung, weil Gefahr im Verzuge besteht und die Entscheidung des nächsthöheren Vorgesetzten nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, so gilt Absatz 2 Satz 3 und 4 entsprechend.

Wü/Quellen: dbb-magazin11/2018, S.28; Landesbeamtengesetz RLP § 66

► GUT ERKLÄRT Viel Geld für die Nachhilfe

... Nachhilfe bedeutet, dass Schüler neben der Schule auch noch privaten Unterricht bekommen. Ziel ist, den Stoff gut einzuüben und bessere Noten zu erzielen. In Deutschland gehen mehr als 1 Million Schülerinnen und Schüler zur Nachhilfe. Dafür geben die Eltern viel Geld aus: im Schnitt rund 90 Euro im Monat. Eines verwundert die Leute, die diese Zahlen in einer Umfrage herausgefunden haben: Es liegt nicht immer an schlechten Noten, wenn junge Leute Nachhilfe erhalten. Viele nehmen sie auch mit einem Notenschnitt von 3 oder besser in Anspruch – wodurch aber viel Zeit fürs Spielen, Sport, Musizieren oder Treffen mit Freunden verloren geht.

Wü/Quelle: Die Rheinpfalz v. 14.2.19, S.4. Erläuterung/ Kommentar in kinderechter Sprache („Nils erklärt“) zu einem Ratgeber-Beitrag über Nachhilfe-Verträge

In unserer letzten Ausgabe haben wir ein Interview mit dem Wissenschaftshistoriker **Ernst Peter Fischer** veröffentlicht. Es trug den Titel „Um etwas zu verstehen, muss man lange nachdenken“. Darin stärkt er die Lehrkräfte, die ihren Schülerinnen und Schülern keine Lösungen bieten, sondern das Nachdenken fördern.

In seinem folgenden Beitrag nimmt er eine Schlagzeile der Rhein-Neckar-Zeitung auf und vertritt unter dem Motto „Wer Menschen etwas erklären will, muss sie da abholen, wo sie stehen“ eine überraschende und klare Haltung zum Thema:

„Handys im Unterricht“

Die Rhein-Neckar-Zeitung meldet heute (*Anm. d. Redaktion: am 12. Februar 2019*) auf Seite eins: „Schüler fordern Handy im Unterricht“. Die folgenden Zeilen wollen helfen, diesen Wunsch zu begründen und durchzusetzen.

Wunderding Handy

Bekanntlich vertragen Menschen keine Kultur, die ihrer Natur widerspricht – Beispiele finden sich täglich in den Medien –, dafür lieben sie aber eine Kultur, die ihrer Natur perfekt entspricht und sie sogar ergänzt und erweitert. Dem Handy gelingt genau dies, weshalb das Wunderding ökonomische Triumphe feiert und jedes Verbot sinnlos macht. Menschen wollen die Welt begreifen, und das Handy legt sie ihnen in die Hand. Menschen streben von Natur aus nach Wissen (Aristoteles), und das Handy liefert es mit einem Knopfdruck. Menschen sind soziale Wesen, die Kontakt zu Freunden halten wollen, und das Handy erfüllt diesen Wunsch. Menschen denken in Bildern und malen sie seit Urzeiten, und das Handy

liefert sie mit einem Wisch in brillanten Farben. Menschen haben im Verlauf der Evolution lernen müssen, ihre Aufmerksamkeit auf bewegte Bilder zu richten, und das Handy bedient dieses notwendige Verlangen und liefert sogar den unterhaltsamen Ton dazu. Mit anderen Worten – im Erfolg des Handys laufen die zwei großen Geschichten der Menschheit zusammen, die der Evolution und die von Wissenschaft und Technik.

Sinnvolle Integration in den Unterricht

Handys in den Klassenzimmern oder auf dem Pausenhof zu verbieten, kann nur Ungehorsam, Frustration und Wut nach sich ziehen. Wichtiger wäre es, eine Antwort auf die Frage zu finden, wie man die begehrten, ewig lockenden und längst unentbehrlich scheinenden Wunderdinge in den Unterricht integrieren könnte.

Die Lösung kann nicht darin liegen, dass eine Klasse unter Anleitung des Lehrpersonals bei Google nachschaut, wann Goethe ge-

lebt und wie der Dichter ausgesehen hat oder etwas ähnlich Banales. Die Antwort könnte lauten, mit Hilfe des Handys erneut zu lernen, worum es in der Schule gehen sollte – um das Staunen und Wundern. Tatsächlich hat die Entwicklung der modernen Wissenschaften und der dazugehörigen Techniken dazu geführt, dass Menschen die Geräte nicht mehr verstehen, ohne die sie ihr Leben kaum noch bestreiten können. Wer wüsste denn zu sagen, wie ein Fernsehgerät funktioniert, wie ein ICE beschleunigt und gebremst wird, wie eine Mikrowelle welches Essen erwärmt, wie ein Laserstrahl seine Intensität bekommt – und so weiter und so fort. Das Vermaledaite besteht darin, dass behauptet wird, die Welt sei durch die Wissenschaft entzaubert und damit langweilig geworden und könne ruhig Experten überlassen werden. Das Resultat zeigt sich in Menschen, die ahnungslos auf Knöpfe drücken, über Displays wischen und sich über nichts mehr wundern. Sie verstehen von den Dingen, mit denen sie ihr Leben bestreiten, so wenig wie eine



Kuh von der Botanik der Pflanzen, die sie mit Wohlbehagen frisst. Doch während man sich das Leben einer Kuh unter diesen Vorgaben trotzdem als zufrieden vorstellen kann, werden Menschen, die nicht in ihrer Dummheit verharren wollen, beim Handhaben des Handys neugierig werden.

Staunen lernen am Handy

Man kann am Handy das Staunen lernen, indem man mehr über sich selbst (seine evolutionäre Geschichte) und die Herkunft des Wunderdings (seine wissenschaftlich-technische und ökonomische Geschichte) erfährt. Es lohnt sich, von den in ihm eingebauten wissenschaftlichen Grundlagen (Quantenphysik des Lichts zum Beispiel, die Digitalisierung von Musik, die Übertragung von Nachrichten und anderen Informationen) zu erzählen. Man kann vorstellen und erörtern, wie sich aus der Evolution des Menschen verstehen lässt, dass nahezu alle Handys in ihren Händen halten wollen und von sich keinerlei Neigung zeigen, ihren Blick von ihren Displays abzuwenden. Was fasziniert an den Bildern der Welt, die man in der Hand hält, während man die Wirklichkeit eher langweilig findet? Wie gelingt der Technik diese Verlagerung der Aufmerksamkeit und was verlockt die Natur des Menschen derart an der Handykultur, dass sie ihr Gerät nicht mehr aus der Hand geben wollen und kaum noch ohne seine Informationen auskommen wollen?

Wundern mit dem Handy

Bekanntlich wirkt jede fortgeschrittene Technik wie ein Wunder, und wer diese Feststellung ernst nimmt, sollte Schülerinnen und Schülern – und ihren Eltern und Lehrkräften – mit Hilfe und am Beispiel des Handys die Möglichkeit geben, sich wieder wundern zu können. Bei Menschen, die mit dem evolutionären Wunderwerk namens Handy bedienen und dabei ihre Wünsche erfüllen, bietet sich sogar die Chance, sie mit auf die Spuren der beiden dazugehörigen – der biologischen ebenso wie der kulturellen (technisch-zivilisatorischen) – Geschichten zu nehmen, an deren heutigem Zusammenfluss die Menschheit in Form des zauberhaften Handys einen technischen Kulturgegenstand in die Hand bekommt, der nahezu vollkommen ihrer biologischen Natur entspricht und ihrem Verlangen entgegenkommt. Ein Handy passt sich perfekt der menschlichen Hand an, die von Evolu-

tionsbiologen gerne als ultimatives Werkzeug beschrieben wird, wobei es nicht umsonst heißt, Menschen möchten die Welt begreifen, nämlich mit ihrer Hand, wobei das Handy dafür sorgt, dass dieser Wunsch ganz bequem erfüllt werden kann.

Festhalten von Wissen in Worten, Bildern und Zahlen

Zur Geschichte der Menschheit gehört auch der Versuch, Wissen und Kenntnisse immer besser festzuhalten – erst mit der Schrift, dann per Buchdruck, schließlich auf Festplatten und jetzt eben in den Handys. Menschen kennen zudem das Bedürfnis nach Kommunikation, das nach der Briefpost im 19. Jahrhundert zur Telegraphie, zum Telefon und jetzt zum Smartphone geführt hat. Und wer kennt nicht den technisch nach und nach erfüllten Wunsch, Töne und Musik festzuhalten, erst als Tonspuren auf Schallplatten, dann durch Laserlicht auf CDs und heute mittels Clouds im Internet, und ebenso Licht einzufangen und mit ihm Bilder anzufertigen – also wörtlich zu fotografieren –, was im Laufe der Geschichte erst mittels chemischer Reaktionen auf Filmen und heute mittels Halbleiterphysik auf Speicherkarten möglich geworden ist. Und bei alledem ist das Bemühen, das Rechnen und den Umgang mit Zahlen zu erleichtern, was seit dem 16. Jahrhundert entsprechende Maschinen hervorgebracht hat und heute durch Algorithmen elektronisch gelingt, noch gar nicht angesprochen worden, wobei wenigstens erwähnt werden soll, dass auf dieser urtümlich philosophischen Schiene das die Welt durchdringende Konzept der Digitalisierung aufgekommen ist.

Eine freie Hand

Mit dem Handy in der Hand kann man beginnen, die Geschichten der Menschen und ihrer Bedürfnisse zu erzählen, um das zu vermitteln, was immer noch als wichtig angesehen wird. Gemeint ist Bildung, die man allgemein definieren kann als die Art und Weise, mit der sich die Kultur in einem Einzelnen zeigt, auch in seinem Handy. Es heißt immer: Wer Menschen etwas erklären will, muss sie da abholen, wo sie stehen. Es ist bekannt, wo sie stehen. Sie stehen mit ihrem Handy in der Hand zwischen ihren Freunden. Einfacher konnten Menschen noch nie abgeholt werden. Eine Hand haben sie ja frei. Die kann ergriffen werden, während in der anderen das Handy wartet. Wie ist die Welt da hineingekommen?



Foto: Wünschel

Dr. Ernst Peter Fischer ist Professor für Wissenschaftsgeschichte an der Universität in Heidelberg, Wissenschaftsjournalist und Autor zahlreicher Bücher. Er studierte Mathematik und Physik in Köln, Biologie am California Institute of Technology in Pasadena (USA). Er promovierte 1977 und habilitierte sich 1987 an der Universität Konstanz.

Aufsehen erregte sein Buch „Die andere Bildung – Was man von den Naturwissenschaften wissen sollte“ (2001). Es wurde als Antwort auf Dietrich Schwanzitz' „Bildung – Alles was man wissen muss“ verstanden, der die Naturwissenschaften aus dem Kanon seiner Bildung ausgeschlossen hatte. Neuere Titel sind z. B. „Noch wichtiger als das Wissen ist die Phantasie“. Penguin, München 2016 und „Wenn das Wissen nicht mehr reicht.“ Komplett-Media, München u. a. 2017. Zurzeit arbeitet er an einem Buch über „Verbotenes Wissen“. Es erscheint im Herbst bei Rowohlt.

Mit Blick auf die Lehrkräfte ist für ihn ein zentraler Punkt, dass sie für ihr Fach brennen: „Eine begeisterte Lehrerin, ein begeisterter Lehrer ist ein Versprechen für das Glück im Leben der Kinder.“

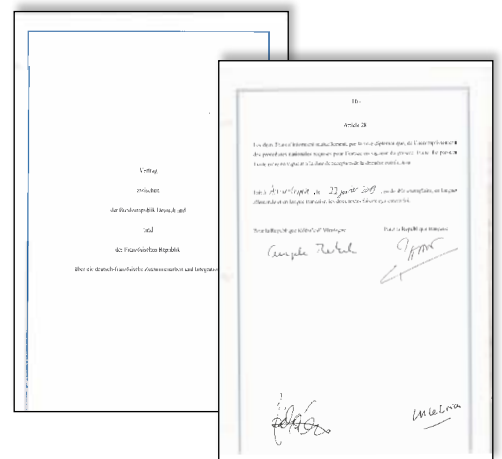
www.epfischer.com

Das europäische Miteinander stärken – die Begegnung der Menschen fördern

Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie im Krönungssaal des Aachener Rathauses haben Angela Merkel und Emmanuel Macron am 22. Januar ihre Unterschriften unter den Vertrag „über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration“ gesetzt. Acht Tage später nahm Bildungsministerin Dr. Hubig den Faden auf und gab im rheinland-pfälzischen Landtag eine Regierungserklärung ab. Sie trägt den Titel „Demokratie macht Schule: Rheinland-Pfalz stärkt Demokratiebildung, Erinnerungskultur und europäisches Miteinander“. Wir sprachen mit Bettina Becht über die sich ergebenden Perspektiven.



Angela Merkel und Emmanuel Macron am 22. Januar 2019 in Aachen – Foto: Adobe Stock



Welche Bedeutung hat der Aachener Vertrag für die deutsch-französischen Beziehungen?

» 1963 – Vieles von damals wird noch einmal bekräftigt – 2019

Frankreich und Deutschland stellen ihre bilateralen Beziehungen auf eine neue Stufe. Der Aachener Vertrag ist eine Aktualisierung des Élysée-Vertrags von 1963, einem Meilenstein der deutsch-französischen Freundschaft. Vieles von damals wird noch einmal bekräftigt, aber auch durch neue Aspekte ergänzt. Ich finde es bemerkenswert, dass in Zeiten, in denen viele Staaten zunehmend auf ihre nationale Souveränität achten, der Aachener Vertrag den Fokus auf eine intensive Zusammenarbeit zwischen zwei Ländern legt. Damit könnte er ein Beispiel für andere Staaten sein und neue Impulse für Europa setzen.

Wie kann Rheinland-Pfalz profitieren?

Das Alltagsleben in den Grenzregionen soll vereinfacht werden, das soll nicht nur durch das Erlernen der Nachbarsprache ge-

schehen, sondern auch durch den Abbau administrativer Hürden für Grenzgänger. Ich glaube, gerade für Rheinland-Pfalz als Nachbarland zu Frankreich ist das eine Chance und eine Herausforderung, über den bisherigen völkerverbindenden Austausch hinaus einiges zu bewirken.

Deutschland und Frankreich wollen auch ihre Bildungssysteme enger zusammen führen...

» Den Erwerb der Partnersprache fördern

Zum einen wollen beide Staaten den Erwerb der Partnersprache fördern. Sie sehen sich sogar der Zweisprachigkeit in den Grenzregionen verpflichtet. Das ist natürlich ein hohes Ziel. Allerdings gibt es schon vieles in Rheinland-Pfalz. Es gibt Schulen, die das AbiBac (deutsch-französisches Abitur) anbieten oder bilinguale Zweige haben. Es gibt Kindertagesstätten und Grundschulen, die bilingual arbeiten. Ich glaube, es ist ein wichtiger Impuls, dies alles noch zu verstärken. Es wird künftig auch darum gehen, Schul- und Berufsabschlüsse gegenseitig anzuerkennen, damit

die Ausbildungs- und Berufsmobilität zwischen den einzelnen Ländern einfacher wird.

Was bedeutet das für Rheinland-Pfalz?

» *Europa – ein unschätzbare Wert*

Eine gute Woche nach Vertragsabschluss hat die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Stephanie Hubig eine Regierungserklärung im rheinland-pfälzischen Landtag abgegeben, in der sie unter anderem die Stärkung des europäischen Miteinander in den Fokus rückt.

Sie will Kindern und Jugendlichen konkret bewusst und erfahrbar machen, welchen unschätzbaren Wert Europa darstellt. In der Regierungserklärung geht es auch um Fächer, zum Beispiel das Fach Sozialkunde, das aufgewertet werden soll.

Für das Erlernen der Fremdsprache Französisch finde ich sehr wichtig, dass sie nicht nur in Richtung Kompetenzorientierung und Spracherwerb gesehen, sondern in einen größeren Zusammenhang gestellt wird. Dem Fach wird auch ein Beitrag zugeschrieben zur Demokratieerziehung, zur Werteerziehung und zur Stärkung interkultureller Kompetenzen. Insofern unterstreicht das einen Aspekt des Französischlernens, der sonst eher weniger wahrgenommen wird. Es geht darum, mehr zu erreichen als nur das Erlernen einer weiteren Sprache.

Französisch als erste Fremdsprache?

Einen Tag nach der Regierungserklärung der Bildungsministerin hat die SPD-Fraktion im Mainzer Landtag im Rahmen einer aktuellen Stunde die Forderung erhoben, Französisch zur ersten Fremdsprache in Rheinland-Pfalz zu machen.

Es gibt ja bereits Angebote an Gymnasien, Französisch als erste Fremdsprache zu erlernen. Für mich liegt die Priorität weniger in der Frage, ob es um die erste oder zweite Fremdsprache geht. Es geht vielmehr darum, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die sich für Französisch entscheiden, auf eine breitere Basis gestellt wird und dass sie, wenn sie dann Französisch gewählt haben, mit Freude und Motivation bei der Sache bleiben.



Rheinland-Pfalz im Bildungscheck: Internationalisierung

Der zuletzt im August 2018 veröffentlichte „Bildungsmonitor“ des Instituts für soziale Marktwirtschaft will zeigen, inwieweit das Bildungssystem eines Bundeslandes zum Wachstum und Wohlstand der Wirtschaft beiträgt. Die Zahlen kommen von verschiedenen statistischen Einrichtungen wie beispielsweise den Statistischen Landesämtern und werden in Punkte umgerechnet. In die seit 2004 jährlich erstellte Studie fließen 93 Indikatoren ein.

Rheinland-Pfalz schneidet in den meisten der zwölf Handlungsfelder durchschnittlich ab. Stärken bestehen u.a. bei der Integration (1. Platz) und bei der Internationalisierung (5. Platz). Hierzu wird ausgeführt: Alle Grundschüler in Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2016 in Fremdsprachen unterrichtet. Damit liegt Rheinland-Pfalz an der Spitze der Bundesländer (Bundesdurchschnitt: 67,0 Prozent). Dagegen wies Rheinland-Pfalz bei den Berufsschulen mit 24,2 Prozent einen unterdurchschnittlichen Anteil an Schülern mit Fremdsprachenunterricht auf (Bundesdurchschnitt: 34,1 Prozent).

Wü/Quelle: PM v.15.8.2018 und <https://www.insm-bildungsmonitor.de/>

Französisch als Bedarfsfach

Eine parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Helga Lerch (FDP) zur „Situation des Faches Französisch an Realschulen plus“ vom März 2018 beantwortete die Bildungsministerin im August 2018 namens der Landesregierung.

Auszug Anfrage:
(...) Sieht die Landesregierung Probleme in der Abdeckung des Bedarfs an ausgebildeten Französisch-Lehrkräften an Realschulen plus in den kommenden Jahren?

Auszug Antwort:
(...) Den Informationen auf der Homepage des Ministeriums für Bildung kann entnommen werden, dass das Fach Französisch aktuell als sogenanntes „Bedarfsfach“ in Bezug auf Lehrkräfte mit dem Lehramt an Realschulen plus anzusehen ist. Das heißt, dass unter Berücksichtigung der derzeitigen Bewerberlage die Einstellungsaussichten für Lehrkräfte mit dem Lehramt an Realschulen plus und einer Lehrbefähigung im Fach Französisch für eine dauerhafte Beschäftigung im Schuldienst günstig sind. Der Landesregierung ist es ein großes Anliegen, dass der Unterricht in allen Fächern durch fachlich qualifizierte Lehrkräfte abgedeckt wird. (...)

Wü/Quellen: Landtags-Drucksache 17/6802 und Antwortschreiben der Bildungsministerin an den Landtagspräsidenten vom 7.8.18

Foto: Adobe Stock

Hätten Sie ein Rezept dafür?

» *Nichts prägt mehr als der persönliche Kontakt*

Ausschlaggebend ist nicht nur die Begegnung mit der Sprache und der Kultur, sondern vor allem die Begegnung mit dem Land und den Menschen. Gerade im Bereich der Schüleraustausche kann man mehr Unterstützung einfordern. Nichts

prägt Jugendliche mehr als der direkte Kontakt mit anderen Jugendlichen, der ihnen einen Einblick in deren Alltagsleben, Schulsystem und Wertesystem vermittelt. Wenn über die Sprache hinaus emotionale Bindungen zu Land und zu den Menschen entstehen, ist das sicher der Weg, Schülerinnen und Schüler zu motivieren und einen Grundstein für Toleranz und Offenheit zu legen. Dies geschieht natürlich nicht von ganz allein.



ZUR PERSON

Bettina Becht ist Fachleiterin für Französisch und Englisch am Studienseminar für Realschulen plus Kaiserslautern mit Teildienststelle Landau-Land. Ihren Vorbereitungsdienst machte sie an der Realschule plus in Edenkoben, wo sie seitdem immer noch unterrichtet.

Sie ist Mitglied der Fachdidaktischen Kommission zur Erarbeitung eines neuen Lehrplans für Französisch, arbeitete als Beraterin für Unterrichtsentwicklung im Bereich Fremdsprachen für das Pädagogische Landesinstitut in Speyer. Sie studierte in Paris, Frankfurt und Landau.

Es muss begleitet, vor- und nachbereitet werden und dazu bedarf es bestimmter Strukturen und Ressourcen.

Gilt das nur für Schülerinnen und Schüler, die Französisch lernen?

Keineswegs. Die Begegnung mit dem Nachbarn muss auch unabhängig vom Erlernen seiner Sprache erfolgen. Die Ministerin tut deshalb gut daran, die Mittel für den Austausch zu erhöhen, damit jede Schülerin und jeder Schüler einmal in seiner Schulzeit Gleichaltrigen im Ausland begegnen oder sie hier kennen lernen kann.

Hierbei gibt es viele Möglichkeiten. Die Jugendlichen halten sich im Rahmen von Schüleraustauschen in Gastfamilien auf, man kann Begegnungen am dritten Ort arrangieren oder Tagesfahrten nach Frankreich unternehmen. Für uns in Rheinland-Pfalz ist das alles gut machbar, weil wir so nah an der Grenze leben.

Ist der Eindruck zutreffend, dass auf französischer Seite das Interesse an der deutschen Sprache rückläufig ist?

» *Berufliche Aspekte motivieren*

Für unsere Partnerregionen Elsass oder das Burgund kann ich das nicht bestätigen. Deutschland ist weiterhin attraktiv wegen seines Arbeitsplatzangebots. Für viele in Deutschland beschäftigte französische Arbeitnehmer ist das Erlernen der deutschen Sprache besonders wichtig. Das wird mir auch im Burgund immer

wieder zurückgespiegelt, dass die beruflichen Aspekte eine besondere Motivation ausmachen können.

Das bedeutet letztlich, dass die Sprache nicht nur im gymnasialen Kontext vermittelt wird. Es geht darum, sie breit in der Bevölkerung, d.h. über alle Schularten und auch in den beruflichen Bildungswegen zu verstärken.

In den Gymnasien lernen ungefähr 50 % der Schülerinnen und Schüler Französisch. In den Realschulen sind das nur knapp 20 %.

Das hat einen einfachen Hintergrund. Im Gymnasium muss jeder Schüler eine zweite Fremdsprache lernen und hat in der Regel die Wahl zwischen Französisch und Latein. In der Realschule plus ist das Erlernen einer zweiten Fremdsprache fakultativ, man hat die Wahl zwischen vier Wahlpflichtfächern, von denen eben nur eins Französisch ist.

Es ist also nicht eine Frage der geringeren Wertschätzung, sondern eine Wirkung der breiteren Angebotspalette.

Es gibt übrigens noch immer einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich. In Frankreich lernen alle Schüler zwei Fremdsprachen. In Deutschland gilt das lediglich für die Gymnasien. In den anderen Schularten gibt es Alternativen zur zweiten Fremdsprache...

Das Gespräch führte Wolfgang Wünschel





Bezirk Koblenz

Rechtssichere Personalratsarbeit erfordert adressatenbezogene Schulungsangebote

Die erste Personalräteschulung 2019 legte ihren informatorischen Schwerpunkt auf den vorläufigen Gliederungsplan, die organisatorischen und personalrechtlichen Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte und die allgemeinen Rechte und Pflichten der Personalräte.

Adressatenbezogene und aktuelle Schulungsthemen

Bengjamin Bajraktari, Vorsitzender des Bezirkspersonalrates, zeigte sich erfreut über das Interesse der örtlichen Personalräte an den vom VRB angebotenen Schulungen. „Die Rückmeldungen zu unseren Schulungsangeboten helfen uns bei der Themenauswahl unserer Tagungen. Unser Anspruch ist es, adressatenbezogene und aktuelle Themen in unseren Veranstaltungen aufzubereiten“, stimmte er die Teilnehmer auf die Schulung ein.

Konstruktive Zusammenarbeit pflegen

In seinem Einstiegsreferat stellte der Bezirksvorsitzende dar, wie wichtig die konstruktive Zusammenarbeit der örtlichen Personalräte mit den Bezirks- und Hauptpersonalräten sei. Wesentliche

Impulse empfangen die Stufenvertreterinnen und –vertreter aus den Kontakten zu den örtlichen Personalräten für ihre Stellungnahmen und für ihre Gespräche mit den Dienststellen. Häufig seien die Stufenvertretungen gefragt, schwierige Situationen an den Schulen vor Ort gemeinsam mit allen Beteiligten zu klären. Das Thema Mehrarbeit und die neue ÜSchO seien Schwerpunktthemen am Anfang der neuen Amtsperiode in den beiden Stufenvertretungen gewesen.

Organisatorische und personalrechtliche Handreichungen nutzen

Die organisatorischen und personalrechtlichen Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte bieten nach Bengjamin Bajraktari eine wesentliche Orientierungs- und Entscheidungshilfe für alle



Bezirksvorsitzender Bengjamin Bajraktari freute sich über das Fortbildungs-Interesse und stimmte die Teilnehmer auf das Tagungsprogramm ein



Oben rechts: Mit den Rechten und Pflichten der Personalratsmitglieder setzte sich Bezirkspersonalratsmitglied Nicole Weiß-Urbach auseinander. Unten rechts: Gastreferent Jörg Kurtscheidt (ADD Koblenz) erläuterte Struktur und Tatbestände des Gliederungsplans.

Beteiligten in der Schule. Vor allem die Personalräte müssten die Handreichungen für die Personalratsarbeit nutzen. Bajraktari stellte die Handreichungen kurz dar und erarbeitete mit den Teilnehmern den Umgang an verschiedenen Beispielen aus dem täglichen Schulalltag.

Rechte und Pflichten kennen

Auf Grundlage des LPersVG referierte Nicole Weiß-Urbach über die grundlegenden Rechte und Pflichten der Personalräte. Neben den Rechten auf Fortbildung, Freistellung und Übernahme entstehender Kosten durch die Dienststelle genießen die Personalratsmitglieder einen Schutz vor Kündigung, Versetzung und Abordnung. Im Fokus der zu bearbeitenden Praxisbeispiele standen Beteiligungsrechte des Personalrates bei Maßnahmen der Dienststelle wie Mitwirkung, Erörterung und Mitbestimmung sowie das so wichtige Wächteramt. Zu den wichtigen Pflichten der Personalräte zählen die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Dienststelle, die Friedenspflicht und die Verschwiegenheitspflicht, die auch über das Ausscheiden aus dem Amt des Personalrats hinaus gilt.

Gliederungspläne lesen und verstehen können

Gastreferent Jörg Kurtscheidt, stellvertretender Referatsleiter von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Koblenz erläuterte am Nachmittag, welche Daten in den Bögen des Gliederungsplans aufgenommen werden und welche Handlungsspielräume den Schulen durch einzelne Eingaben entstehen. Er verwies die Personalratsmitglieder auf die Daten, die gerade für das Ausüben des Wächteramtes wichtig sind. Abgerundet wurde sein Vortrag durch wertvolle Tipps zum Lesen und Verstehen komplexer Tatbestände im Gliederungsplan, die sich beispielsweise aus Angaben der Unterrichtsversorgung, Klassenbildung, Poolstunden oder den Bedarfsfachmeldungen der Schulen ergeben.

Fragerunde zum Schullalltag

Den abschließenden Fragen aus dem Schulalltag stellten sich Jörg Kurtscheidt und Benjamin Bajraktari gemeinsam. Besonders Fragen zur neuen „VV Mehrarbeit“ brannte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unter den Nägeln. Dass geleistete Mehrarbeit vorrangig durch Dienstbefreiung ausgeglichen werden soll, wurde als beruhigende Aussage der Dienststelle aufgenommen.



Nicole Weiß-Urbach

nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Bezirk Neustadt

► PERSONLRÄTEFORTBILDUNG IN MUTTERSTADT

Im Mittelpunkt: Schul- und personalrechtliche Fragestellungen

Die Bezirksvorsitzende Saskia Tittgen begrüßte in Mutterstadt ca. 40 Mitglieder örtlicher Personalräte aus 21 Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen zur Frühjahrstagung des Bezirks. Die Teilnehmer erwartete ein auf aktuelle Themen abgestimmtes Programm, wobei die Referenten praxisbezogen auf Fragestellungen der Personalratsarbeit und auf aktuelle Entwicklungen in den Schulen eingingen.

ÜSchO soll nachgebessert werden

Der Vorsitzende des Hauptpersonalrats Realschulen plus (HPR RS plus) beim Bildungsministerium, Michael Eich, gab einen Überblick über die Schwerpunkte der Arbeit des Gremiums. Übergreifendes Anliegen ist die Stärkung und Weiterentwicklung der Realschulen plus. Folgende Großthemen sind stets im Blick: die Wechselprüfung II, Inklusion und Schwerpunktschulen, die Bewältigung der Veränderungen durch Migration, die Entwicklung der Fachoberschulen, das Verfahren zur schulischen Personalgewinnung (VSP), die Auswirkungen des Personalverwaltungssystems IPEMA und die Begleitung der Arbeit des Pädagogischen Landesinstituts (PL). Weiter werden Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungs-

entwürfen verfasst und im Gespräch mit Vertretern des Ministeriums konkrete Verbesserungsvorschläge eingebracht, wo diese nötig erscheinen. Zu den Entwürfen der Verwaltungsvorschriften zur Fort- und Weiterbildung, zur Mehrarbeit und der Dienstordnung wurden jeweils Nichtzustimmungen ausgesprochen. Nach wie vor zeigte sich, dass den gestiegenen Belastungen der Lehrkräfte zu wenig Rechnung getragen werde. Die kürzlich in Kraft getretene Übergreifende Schulordnung werde auch aufgrund kritischer Rückmeldungen des HPR Realschulen plus in einigen Punkten nachgebessert. Beispielsweise werden Regelungen, die negative Auswirkungen auf die Bildung abschlussbezogener Klassen in teilintegrativen Realschulen plus haben, korrigiert.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Personalräte-Fortbildung erwarten Antworten auf vielfältige Fragen aus dem schulischen Alltag...

„Versetzung – online“ kann seit kurzem genutzt werden

Bengjamin Bajraktari, der Vorsitzende des Bezirkspersonalrat Real-schulen plus (BPR RS plus), erstattete ausführlich Bericht über die Arbeit der Personalvertretung auf der Ebene der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD). Thematisch ging es um Gliederungspläne, Abordnung und Versetzung sowie Einstellungen auf Planstellen und in Vertretungsverträgen. Hier sorgt der Bezirkspersonalrat in vertrauensvoller Zusammenarbeit gemeinsam mit der ADD für eine angemessene Berücksichtigung der Rechte und Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen. Bengjamin Bajraktari stellte das neue Verfahren „Versetzung – online“ vor, das zum 1. Februar 2019 bereits genutzt wurde. Grundsätzlich ist dem BPR die direkte Kommunikation mit den örtlichen Personalräten wichtig. Das gelte insbesondere bei anstehenden Versetzungen und Abordnungen. Jeder Kollegin und jedem Kollegen stehe es zu, ihr oder sein Versetzungsanliegen durch den BPR RS plus gegenüber der ADD vertreten zu lassen.

Bei Einstellung auf Planstellen wird seit einigen Jahren zwischen sogenannten Poolplanstellen und herkömmlichen Planstellen unterschieden, führte der Vorsitzende des BPR RS plus weiter aus. Die Mittel für Poolplanstellen werden aus dem Topf für Vertretungsunterricht entnommen und führen zu Verbeamtung auf Planstelle. Die auf Poolplanstellen eingestellten Kolleginnen und Kollegen müssen allerdings während der ersten drei Jahre zu Versetzungen bereit sein.

VRB sieht Befristungen kritisch und setzt sich für dauerhafte Beschäftigung ein

Martin Radigk, VRB-Vertreter des Bezirks Neustadt im BPR RS plus, ergänzte die Ausführungen durch die Erläuterung der Problematik der Vertragsverlängerungen nach einer befristeten Beschäftigung von über vier Jahren. Betroffen von dieser Problematik sind

also Kolleginnen und Kollegen, die immer wieder befristet eingestellt wurden und jetzt in den Fünfjahreskorridor aufsteigen. Hier werden von der ADD alle Vertragsverhältnisse geprüft. Wenn keine Festanstellung möglich ist, wird den Betroffenen kein weiteres Angebot gemacht. Der VRB sieht diese Entwicklung kritisch und setzt sich grundsätzlich für dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse bzw. für Einstellungen auf Planstelle ein. Den betroffenen Kolleginnen und Kollegen empfiehlt Martin Radigk die Kontaktaufnahme mit den Mitgliedern des BPR RS plus.

Neu ist VRB-Personalrätin Nicole Weiß-Urbach aus dem Bezirk Koblenz zum Schuljahresbeginn in den BPR RS plus nachgerückt. Sie referierte zu Rechten und Pflichten des örtlichen Personalrats. Dabei hob sie auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen örtlichen Personalräten und Schulleitung ab, die als Grundlage angesichts der vielfältigen Anforderungen an Schule und Lehrkräfte für ein gutes Miteinander unverzichtbar ist.

Nächste Fortbildungsveranstaltung im September

Alle Referentinnen und Referenten standen in der abschließenden Fragerunde den Teilnehmern zur Verfügung. Saskia Tittgen griff die wesentlichen Themen der Schulung in ihrem Resümee auf und lud die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur nächsten Personalräte-Fortbildung im Bezirk Neustadt ein: Die Herbstschulung wird am 23. Oktober 2019 ebenfalls im Palatinum in Mutterstadt stattfinden.



Martin Radigk
martin.radigk@vrb-rlp.de



Saskia Tittgen
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de



VRB-Bezirks- und Hauptpersonalräte antworten (von li.): Saskia Tittgen, Mitglied des Hauptpersonalrates (Archivfoto), Bengjamin Bajraktari, Vorsitzender des Bezirkspersonalrats bei der ADD Trier, Michael Eich, Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Bildungsministerium und Nicole Weiß-Urbach, Mitglied des Bezirkspersonalrates

„Konstruktion der Welt – Kunst und Ökonomie“



Fotos: Wolfgang Wünschel und Bernd Zentler

Großen Zuspruch fand das Angebot zu einer Führung durch die aufsehenerregende Ausstellung „Konstruktion der Welt“ in der Kunsthalle Mannheim. Für den Rundgang mit den VRB-Gästen setzten die Kunsthistorikerin Christine Bauernfeind (unteres Foto) und die Leiterin des Bereichs Kunstvermittlung, Dr. Dorothee Höfert Schwerpunkte unter dem Blickwinkel „Wie reagiert die Kunst auf Wandel und Krise?“



Beim Gang durch den historischen Ausstellungsparcours sahen die Teilnehmer 250 Exponate von 150 Künstlern aus aller Welt. In der 90-minütigen Führung setzten die beiden Kunsthistorikerinnen Dr. Dorothee Höfert und Christine Bauernfeind Schwerpunkte unter dem Blickwinkel „Wie reagiert die Kunst auf Wandel und Krise?“

Im ersten Teil der Ausstellung wird die Zeit von 1919 bis 1939 beleuchtet, und zwar in Gegenüberstellung von Arbeiten aus den USA, Deutschland und der Sowjetunion. Dabei zeigen die Künstler unisono eine Rückwendung zur realistischen Darstellung, in der von Fortschritt und Technik bestimmten Zeit: Alltag und Arbeit, Großstadt und Klassenkampf, Mensch und Maschine. Die Unterschiede in diesen drei Ländern: sachliche Darstellung in den USA: z. B. Landschaft mit Fabrik, heroisierend die sowjetische Kunst: im Mittelpunkt der neue Mensch und in Deutschland: grüblerisch-kritisch die neue Sachlichkeit.

Im zweiten Teil der Ausstellung wird die Reaktion der Künstler auf die Bankenkrise von 2008 und die weltweiten Entwicklungen bis 2018 unter dem Blickwinkel „Welche Rolle spielt der Mensch in der

Begeisterung rief bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern schon die neue Kunsthalle in Mannheim hervor, die Großräumigkeit, die vielfältigen baulichen Möglichkeiten, Kunst zu präsentieren, die großen Fensterflächen mit Ausblicken auf den Wasserturm, den Friedrichsplatz mit seinen Jugendstil-Attributen auf der einen Seite und gen Westen der Blick auf das historische Kunsthallengebäude – einfach faszinierend.

globalisierten Arbeitswelt?“ gezeigt. In Installationen, Skulpturen, Fotografien und Filmen spüren die Künstlerinnen und Künstler den abstrakten Wirkmechanismen des weltumspannenden Wirtschaftssystems nach, wo körperliche Arbeit an den Rand gedrängt und Ausbeutung und Existenzängste unsichtbar werden.

Nach dem gut anderthalbstündigen, in vielfältiger Weise beeindruckenden Parcours durch die beiden Ausstellungen, bedankte sich VRB-Referentin Gudrun Deck bei den beiden Kunsthistorikerinnen für die fundierten Erläuterungen zu den vielfach nachdenklich machenden Exponaten.

Im angrenzenden Museumscafé war im Anschluss Zeit, die Eindrücke wirken zu lassen, sich auszutauschen und ins Gespräch zu kommen. Gudrun Deck wies auf die in der Planung befindlichen weiteren Veranstaltungen im Frühsommer hin. Im Focus stehen die Klosterruine Limburg bei Bad Dürkheim und die Festung Germersheim.



Gudrun Deck
gudrun.deck@vrb-rlp.de



Bezirk Trier

► STUDIENSEMINAR TRIER

VRB begrüßt neue Lehramtsanwärterinnen und -anwärter

Mitte Januar wurden 43 neue Lehramtsanwärterinnen und -anwärter am Studienseminar für Realschulen plus in Trier vereidigt. Sie haben achtzehn Monate anspruchsvollen Vorbereitungsdienst vor sich.

Die VRB-Vorstandsmitglieder Christoph Krier, Anna Becker und Nils Giesen überbrachten die Glückwünsche des VRB-Bezirksverbandes und standen den angehenden Lehrerinnen und Lehrern Rede und Antwort.

Dabei konnten die drei Verbandsvertreter auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen am Studienseminar bei den Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern punkten, da sie ebenfalls in den vergangenen Jahren ihre Lehrerausbildung in Trier absolviert haben.

Erfahrungsaustausch

Die VRB-Vertreter tauschten mit den neuen Kolleginnen und Kollegen Erfahrungen aus und beantworteten wichtige Fragen in Bezug auf ihre Einstellungschancen, die Planstellenvergabe und fachfremden Unterricht. Die Arbeit des Verbandes wurde erläutert und dabei die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, gerade im Vorbereitungsdienst, herausgestellt. In diesem Zusammenhang boten die Mitglieder des VRB bei allen aufkommenden Fragen und Herausforderungen während des Vorbereitungsdienstes Unterstützung und Hilfe an.

Am Ende des Austauschs wünschten die Bezirksvorstandsmitglieder den neuen Kolleginnen und Kollegen eine erfolgreiche, stressarme und vor allem aber erfüllende und lehrreiche Ausbildungszeit.



Bezirksvorsitzender Christoph Krier überbrachte mit seinem Team den neuen Referendarinnen und Referendaren die Glückwünsche des Verbandes Reale Bildung und bot Hilfe und Unterstützung während der Ausbildungszeit an


Nils Giesen

Kollegialer Austausch zu Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten

Bei der Frühjahrs-Fortbildung für die Örtlichen Personalräte im Bezirk Trier wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom Bezirksvorsitzenden Christoph Krier begrüßt. Nach allgemeinen Informationen zur Tagesordnung leiteten seine Stellvertreterinnen Katharina Becker und Anna Becker die Arbeitsphase ein. Die Personalratsmitglieder bearbeiteten potenzielle ÖPR-Aufgaben und hatten Gelegenheit, sich kollegial über ihre Erfahrungen auszutauschen.

Nach der Besprechung von Handlungsmöglichkeiten und Lösungsansätzen der

Fallbeispiele aus seinem Erfahrungsschatz und lieferte die rechtlichen Grundlagen für eine handlungsorientierte Arbeit im Personalrat.



Katharina Becker und Erwin Schneider sprachen aktuelle und schulalltagsrelevante Themengebiete an.



Die Personalratsmitglieder erhielten aktuelle Informationen, die sie in ihrer Tätigkeit unterstützen, bearbeiteten potenzielle ÖPR-Aufgaben und hatten Gelegenheit, ihre Erfahrungen im kollegialen Austausch zu kommunizieren.

Personalräte im Hinblick auf die „Organisatorischen und personalrechtlichen Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte“ konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Einblick in die Arbeit der Stufenvertretungen des Haupt- und Bezirkspersonalrates nehmen. Hierbei wurden von Katharina Becker (Ersatzmitglied im HPR) und Erwin Schneider (langjähriges Mitglied und ehemaliger Vorsitzender im BPR) aktuelle und schulalltagsrelevante Themengebiete angesprochen. Schneider erläuterte mit den Anwesenden zahlreiche

Schülerzahlen zu informieren, damit sie damit zusammenhängend die Personalsituation an der Schule im Blick behalten können.

Im Anschluss referierte Christoph Krier zu Handlungs- und Initiativmöglichkeiten im Rahmen der Personalratsarbeit. Grundlage bildeten Hinweise des „dbb beamtenbund und tarifunion“ sowie das Landespersonalvertretungsgesetz. Das Einbeziehen alltagsnaher Szenarien verdeutlichte zudem deren praktische Umsetzung für Personalratsmitglieder.



Rudolf Funken, Referent bei der ADD Trier, informierte die ÖPR-Mitglieder über den vorläufigen Gliederungsplan und erläuterte seine Funktion als Planungsinstrument für das kommende Schuljahr.

Die ÖPR-Mitglieder konnten im Laufe des Tages jederzeit eigene Fragen aus dem Alltag der Personalratsarbeit einbringen, die von den Referenten aufgenommen und beantwortet wurden. Insgesamt erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur eine Auffrischung ihres Vorwissens, sondern auch aktuelle Informationen für ihre Tätigkeit.



Anna Becker
anna.becker@vr-b-rlp.de



Christoph Krier
christoph.krier@vr-b-rlp.de

FEEDBACK AN DIE REDAKTION

*„Sehr geehrter Herr Rausch,
ich bin beeindruckt, wie umfassend und gleichzeitig
übersichtlich Sie in Heft 1–2/2019 die Geschichte des
„Digitalpakt Schule“ dargestellt haben. Als „Endadressat“ an
einer Schule bin ich davon genervt, wie lange es dauert, bis die
Mittel an ihrer Bestimmung ankommen. Ich teile Ihre
Auffassung, dass dies erst ein erster Schritt auf dem Weg
zu digital zukunftsfähigen Schulen ist.“*

Matthias Decker (Edenkoben)

In der kommenden Ausgabe ...



- berichten wir über die Ergebnisse des VRB-Delegiertentages und des Landeshauptvorstandes 2019,
- stellen wir den neu gewählten dbb-Landesvorstand und die Beschlüsse des dbb-Gewerkschaftstages 2019 vor,
- erfahren Sie, ob die Digitalpakt-Finanzmittel in den Schulen angekommen sind,
- informieren wir über Angebote, Seminare und Veranstaltungen der VRB-Bezirksverbände,
- stellen wir die Ergebnisse unserer Verhandlungen und Beratungen mit den Landtagsfraktionen, der Schulverwaltung, Schulträgern und Verbänden vor,
- setzen wir die Expertin-Reihe mit Anwältin Antonia Dufeu zum Thema Cybermobbing fort.

Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Timo Lichtenhäler
Felix-Blass-Straße 2
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel: 0 26 41 / 9 11 72 84
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Schatzmeister

Martin Radigk
Nachtigallenweg 55
67346 Speyer
Tel: 0 62 32 / 4 04 44
Fax: 0 62 32 / 1 21 33 18
schatzmeister@vrb-rlp.de

Redaktion

Wolfgang Wünschel
Am Schlossberg 20
76835 Hainfeld
Tel: 0 63 23 / 8 18 77
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Redaktionsteam

Michael Eich (Eic), Wolfgang Häring (Hr),
Bernd Karst (Ka), Wilfried Rausch (Ra),
Regina Sersch (Ser)

Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de
5.000 Stück, flyeralarm GmbH, Würzburg

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.

Stärken Sie unser Team – werden Sie Verbandsmitglied!



Wir stehen für ...

die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.

Wir vertreten Ihre Interessen ...

als Lehrkräfte an den Schulen im Sekundarbereich, als Referendarinnen und Referendare an den Studienseminaren und als Studierende an den Hochschulen.

Wir vertreten Sie ...

im schul- und bildungspolitischen Dialog mit der Landesregierung, den Parlamentariern, den Schulbehörden, den Kammern, den Eltern und den Verbänden.

Service und Leistungen für Mitglieder ...

Diensthauptpflichtversicherung • Schlüsselversicherung • Rechtsschutz und Rechtsberatung
• VRB-Handbuch für Lehrkräfte • Schuljahres-Kalender • Internationaler Lehrerausweis •
Fortbildungsveranstaltungen • VRB-Zeitschrift sowie weitere Print- und Online-Medien

**Aktion Mitglieder werben Mitglieder:
20,- € Einkaufsgutscheine* für beide.
Jetzt alle Vorteile sichern.**

* Die Aktion läuft im Schuljahr 2018/19. VRB-Mitglied und Neumitglied erhalten je einen Einkaufsgutschein in Höhe von 20,- Euro (Amazon-Gutschein). Einfach auf dem Beitrittsformular im orangenen Feld den Namen des werbenden Mitglieds eintragen.



Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



„like us“ auf [facebook.com: VRB RLP](https://www.facebook.com/vrb-rlp)



www.vrb-rlp.de



Übergangskoach und LBB statt BerEb

Inkonsistente Berufseinstiegsbegleitung in Rheinland-Pfalz

Berufsberatung und Berufseinstiegsbegleitung sind wichtige Bausteine der Berufs- und Studienorientierung. Dabei sind die Schulen auf die Unterstützung außerschulischer Experten angewiesen. Neben den Berufsberaterinnen und Berufsberatern der Agentur für Arbeit sind das oftmals Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinnützig anerkannter Bildungsträger. Letztere waren für die Schulen wichtige Kooperationspartner bei der Berufseinstiegsbegleitung (BerEb). BerEb wurde mittels eines befristeten Förderprogramms des Bundes und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Der Bund steigt nun aus. Aus heiterem Himmel kam das nicht. Erfreulich ist jedoch, dass sowohl das Bildungsministerium als auch die Bundesanstalt für Arbeit die Schulen bei der Berufsberatung und Berufseinstiegsbegleitung weiter unterstützen wollen. Unverständlich hingegen ist, dass diese Unterstützung mit jeweils eigenen, nicht aufeinander abgestimmten Programmen erfolgen soll.

Berufsberatung und Berufseinstiegsbegleitung müssen langfristig angelegt werden

BerEb funktioniert an unseren Schulen unterschiedlich gut. Der Erfolg oder Misserfolg des Programms hängt allerdings entscheidend davon ab, wie gut oder schlecht die Kooperation mit den Bildungsträgern funktioniert. Ein ständiger Wechsel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort erschwert die Zusammenarbeit. Umso ärgerlicher ist die Beendigung des BerEb-Programms für diejenigen Schulen, an denen sich stabile personelle Bezugsstrukturen etabliert haben. Im Interesse der jungen Menschen müssen feste Strukturen und langfristige Planungssicherheit angestrebt werden.

Berufseinstiegsbegleitung ist nicht nur Aufgabe des Bildungsministeriums

Zweifel sind angebracht, ob Planungssicherheit und stabile Rahmenbedingungen erwartet werden können. Grundsätzlich ist es positiv zu sehen, dass Rheinland-Pfalz mit sogenannten „Übergangskoachs“ die Berufseinstiegsbegleitung aufrechterhalten möchte. Allerdings sind die hierfür veranschlagten Mittel viel zu gering angesetzt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum „Übergangskoachs“ ausschließlich aus dem Etat des Bildungsministeriums finanziert werden sollen. Warum beteiligt sich das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie nicht an der Finanzierung? Jeder hier ausgegebene Euro ist gerade auch

für dieses Ministerium eine lohnende Zukunftsinvestition. Junge Menschen in Lohn und Brot belasten den Etat des „Arbeits- und Sozialministeriums“ nicht als Sozialhilfe-Empfänger.

Konkurrenz oder Kooperation: „Übergangskoach“ und „Lebensbegleitende Berufsberatung“

Weniger Schulen als bisher werden von dem BerEb-Nachfolge-Programm „Übergangskoach“ profitieren – nur jene Schulen nämlich, die Profil-AC einführen. Diese Verknüpfung mag inhaltlich gesehen folgerichtig sein, der Widerstand dagegen sollte das Bildungsministerium allerdings nicht überraschen. Aufwand und Ertrag stehen bei Profil-AC noch nicht in einem angemessenen Verhältnis – ansonsten wären die Vorbehalte nicht so groß. Kritisch zu sehen ist auch, dass das Bildungsministerium und die Bundesanstalt für Arbeit Folgeprogramme entwickelt haben, die isoliert nebeneinanderstehen. Wechselseitige Schulzuweisungen helfen den Schulen nicht weiter, denen zudem aus dieser Ausgangslage ein organisatorischer Mehraufwand erwächst. Im Interesse eines stringenten Konzepts zur Berufs- und Studienorientierung müssen Schulen leisten, was versäumt wurde: Sie müssen die „Übergangskoachs“ und die „Lebensbegleitende Berufsberatung“ (LBB) vor Ort zusammenführen und dabei unproduktive Dopplungen oder im Widerspruch stehende Konkurrenzveranstaltungen unbedingt vermeiden. Coachs und Berater sollten die Schulen gemeinsam im Sinne eines stimmigen Übergangsmagements bei der Durchführung des Profil-AC unterstützen.

KlarText: Berufsberatung und Berufseinstiegsbegleitung sind wichtige Aufgaben. Sie gehören allerdings nicht zu den originären der Schulen bzw. des Bildungsbereichs. Die Landesregierung insgesamt steht in der Verantwortung, für eine angemessene Finanzierung Sorge zu tragen. Nach dem unrühmlichen „Aus“ für BerEb sollten jetzt Planungssicherheit und Nachhaltigkeit die Ziele sein. Kompetenzstreitigkeiten werden letztlich auf Kosten derjenigen Schülerinnen und Schüler ausgefochten, die auf Unterstützung beim Übergang von Schule in Beruf angewiesen sind. Und auch den Schulen und Lehrkräften ist ein weiterer Mehraufwand nicht mehr zumutbar.

Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Name Vorname Geb.-Datum E-Mail

Straße PLZ und Wohnort Telefon/Fax/Mobil-Nr.

Dienstbezeichnung Schule Prüfungsfächer

Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L

Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden Ich bin Mitglied im ÖPR

Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar voraussichtlich bis zum

Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.
 Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

Bankleitzahl Name der Bank Kontonummer

(sofern bekannt) IBAN BIC

Ort Datum Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der jeweiligen Besoldung und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst, zuletzt am 1. Januar 2016.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		18,50
A 15		17,50
A 14		15,-
A 13		14,-
A 12	oder darunter	13,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
TV-L	Vollbeschäftigung	12,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	9,-
Pensionäre		7,-
Lehramtsanwärter		3,-

- Lehrkräfte mit einem Deputat**
- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
 - von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.
- Mitglieder in Alterszeit**
- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
 - nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.
- Beurlaubte, Pensionäre**
zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.
- Ehegatten, Lebenspartner**
Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.
- Lehramtsanwärter**
zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.



Impressionen

Ingelheimer Fachkongress 2019



Fotografen: Karin Berneburg und Wolfgang Würnschel